



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

Die Hilfe zur Erziehung in Ausgestaltung des § 33 SGBVIII
(Vollzeitpflege) - Eine Arbeitshilfe für Mitarbeiter/innen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Elena Pflanz

Studienjahr 2012/2013

Erstgutachterin: Frau Prof. Ute Vondung
Zweitgutachterin: Frau Christiane Wahlicht

Vorwort

Die vorliegende Bachelorarbeit wurde im Rahmen meines Studiums „Public Management“ an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg verfasst.

Sie befasst sich mit dem Thema der Vollzeitpflege in der Kinder- und Jugendhilfe, deren wichtigsten Inhalte in Gestalt einer Arbeitshilfe für die Wirtschaftliche Jugendhilfe zusammengefasst wurden.

Die Idee für dieses Thema hat sich in Gesprächen mit Frau Prof. Ute Vondung und Herrn Klaus-Dieter Pieper ergeben, bei denen ich mich an dieser Stelle für die gute Unterstützung bei der Themenentwicklung und die intensive Betreuung während der Entstehung der Arbeit herzlich bedanken möchte.

Mein Dank gilt des Weiteren Frau Christiane Wahlicht, die sich bereit erklärt hat, die Zweitkorrektur meiner Bachelorarbeit zu übernehmen, sowie den zahlreichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Jugendamtes Stuttgart, die sich für meine Arbeit die Zeit für ausführliche, interessante und konstruktive Gespräche genommen haben.

Ein besonderer Dank geht an Frau Gabi Lässig und Frau Sabine Gasmi, die in das sprachliche und inhaltliche Korrekturlesen meiner Bachelorarbeit viel Zeit und Mühe investiert haben.

Zur besseren Lesbarkeit sowie aus Vereinfachungsgründen wird in der vorliegenden Arbeit auf die Differenzierung der weiblichen und männlichen Form verzichtet. Die männliche Form dient lediglich als Abkürzung für beide Geschlechtsformen und spricht stets auch Frauen bzw. weibliche Kinder und Jugendliche an.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	II
Inhaltsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	VII
Verzeichnis der Anlagen.....	IX
1 Einführung	1
2 Rechtlicher Rahmen der Vollzeitpflege	2
2.1 Grundsätze des Jugendhilferechts	2
2.1.1 Grundlage Grundgesetz	2
2.1.2 § 1 SGB VIII – die Generalklausel des SGB VIII	4
2.2 Hilfen zur Erziehung/ Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder u. Jugendliche/ Hilfe für junge Volljährige	5
2.2.1 Vollzeitpflege gemäß § 33 SGB VIII	7
2.2.2 Besondere Arten der Vollzeitpflege	8
2.2.2.1 Sonderpflegestellen.....	8
2.2.2.2 Verwandtenpflege	9
2.2.2.3 Kurzzeitpflege	9
2.3 Die Pflegeerlaubnis	9
2.4 Hilfeplanungsverfahren nach § 36 SGB VIII	11
2.5 Leistungen zum Unterhalt nach § 39 SGB VIII und Krankenhilfe nach § 40 SGB VIII	13

2.6	Zuständigkeit und Kostenerstattung	15
2.6.1	Sachliche Zuständigkeit (Vor- und Nachrangregelung des § 10 SGB VIII)	16
2.6.2	Örtliche Zuständigkeit.....	17
2.6.2.1	Grundzuständigkeit (§ 86 Abs. 1 - 5 SGB VIII).....	18
2.6.2.2	Sonderzuständigkeit nach zwei Jahren (§ 86 Abs. 6 SGB VIII).....	19
2.6.3	Kostenerstattung bei fortdauernder Vollzeitpflege.....	19
2.7	Kostenbeteiligung nach §§ 91 ff. SGB VIII	20
3	Mitwirkende Dienste im Hilfeprozess	22
3.1	Allgemeiner Sozialdienst/ Wirtschaftliche Jugendhilfe.....	22
3.2	Der Pflegekinderdienst	23
3.3	Beistandschaften, Vormundschaften, Pflegschaften	24
3.4	Das Familiengericht.....	25
4	An der Leistung Beteiligte	25
4.1	Das Pflegekind	25
4.1.1	Kindeswohlgefährdung.....	26
4.1.2	Anrufung Familiengericht	27
4.1.3	Amtsvormundschaft bzw. Pflegschaft.....	28
4.2	Die Pflegeeltern - Rechte und Pflichten.....	28
4.2.1	Gegenüber dem Pflegekind.....	28
4.2.2	Gegenüber dem zuständigen Jugendamt	30
4.3	Die Herkunftsfamilie - Rechte und Pflichten	31

5 Innerbehördliches Verfahren für die Gewährung von Vollzeitpflege am Beispiel der Stadt Stuttgart	32
5.1 Vor der Hilfestellung.....	32
5.1.1 Antragsstellung auf Hilfe zur Erziehung	32
5.1.2 Falleingabe & Fallbesprechung im Stadtteilteam	34
5.1.3 Überprüfung der Zuständigkeit.....	35
5.1.3.1 Örtlich.....	35
5.1.3.2 Sich ggf. aus der Zuständigkeit ergebende Kostenerstattungen.....	37
5.1.4 Auswahl der Pflegefamilie	38
5.1.5 Das Kontraktgespräch/ die Hilfeplanung	39
5.2 Während der Hilfe	40
5.2.1 Die Bewilligung.....	40
5.2.2 Mitteilungen über Kostenbeitragspflicht und Kostenbeitragsberechnung.....	42
5.2.3 Beantragung von Sozialleistungen	43
5.3 Einstellung der Hilfe/ Beendigung des Pflegeverhältnisses.....	43
5.3.1 Rückführung in die Herkunftsfamilie.....	44
5.3.2 Eingliederung in eine andere Fremdunterbringung	45
5.3.3 Adoption	46
5.3.4 Verselbstständigung.....	47
6 Aktuelle Statistik	47
6.1 In Baden-Württemberg	48
6.2 In Stuttgart.....	48
7 Fazit	49

Anlagen	51
Literaturverzeichnis	108
Erklärung der Verfasserin.....	110

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ASD	Allgemeiner Sozialdienst
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BZ	Beratungszentrum (des Jugendamtes)
BZRG	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
etc.	et cetera
f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamG	Familiengericht
ff.	fortfolgende
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hrsg.	Herausgeber
HzE	Hilfe zur Erziehung
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit

KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales
LKJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden- Württemberg
Nr.	Nummer
PKD	Pflegekinderdienst
S.	Seite
SGB I	Erstes Buch Sozialgesetzbuch, Allgemeiner Teil
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch, Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB VIII	Achtes Buch Sozialgesetzbuch, Kinder- und Jugendhilfe
SGB X	Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, Sozial- verwaltungsverfahren und Sozialdaten- schutz
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch, Sozialhilfe
u.a.	unter anderem
usw.	und so weiter
VA	Verwaltungsakt
vgl.	vergleiche
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WJH	Wirtschaftliche Jugendhilfe
z.B.	zum Beispiel

Verzeichnis der Anlagen

Anlage 1: Interview mit Frau Heugel (PKD).....	51
Anlage 2: Der allgemeine Sozialdienst des Jugendamtes 56 Stuttgart. (GRDrS 817/2001)	56
Anlage 3: Interview mit Frau Weibler (ASD)	58
Anlage 4: Referat Soziales, Jugend und Gesundheit Stuttgart; Kinder in Pflegefamilien – Konzeption (Auszug).....	61
Anlage 5: Interview mit Frau Fox-Rappold (Vormundschaften)	63
Anlage 6: KVJS Ratgeber: Was Pflegeeltern wissen sollten (Auszug)	70
Anlage 7: Handbuch für Pflegefamilien Stuttgart, Informationen und Empfehlungen, 2012 (Auszug)	71
Anlage 8: Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und Leistungs- erbringung der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart (Auszüge)	74
Anlage 9: Interview mit Frau Lässig (WJH)	90
Anlage 10: Checkliste: Leitfaden zum Überprüfungsverfahren neuer Pflegeeltern	93
Anlage 11: KVJS: Die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen in Baden-Württemberg im Jahr 2011- Kerntendenzen	94
Anlage 12: KVJS: Kreisbezogene Auswertungen der Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen im Jahr 2011 – Tabellen.....	98

1 Einführung

Die Unterbringung von Kindern außerhalb ihres Elternhauses, in Heimen oder in „fremden“ Familien, reicht historisch bis ins Altertum zurück.¹ Der Stellenwert von Vollzeitpflegestellen war und ist sowohl von politischen, gesellschaftlichen und historischen Interessen und Entwicklungen als auch dem aktuellen Menschenbild abhängig.

Heutzutage ist die Vollzeitpflege eine der stationären Hilfen zur Erziehung. Sie sichert den Unterhalt und die Erziehung von Kindern und Jugendlichen in familiärem Rahmen und soll deren persönliche und soziale Entwicklung fördern. Grundsätzlich erfolgt die Vollzeitpflege mit der Zielsetzung, auf die Rückkehr des Kindes oder Jugendlichen in seine Herkunftsfamilie hinzuwirken. Sollte dies nicht möglich sein, wird der Verbleib des Kindes in der Pflegefamilie geplant. Für beide Varianten bedarf es vor und während der Vollzeitpflege einer qualifizierten Unterstützung der Pflegepersonen und ihrem Pflegekind, sowie einer intensiven Beratung und Begleitung der Herkunftsfamilie von Seiten des Jugendamtes.

Die vorliegende Arbeitshilfe fasst die momentane Rechtslage in der Vollzeitpflege unter Berücksichtigung aktueller Rechtsprechung zusammen und geht auf rechtliche und praktische Probleme ein, die sich in der Ausgestaltung der Hilfe im Praxisalltag ergeben können.

Die Arbeit hat ihren Zweck erreicht, wenn sie zur Lösung von Problemen im Praxisalltag – besonders von den Mitarbeiter der wirtschaftlichen Jugendhilfe - als Nachschlagewerk selbstverständlich und gewinnbringend zur Hand genommen wird und dadurch idealerweise zur weiteren Qualifizierung im Bereich der Vollzeitpflege beitragen kann.

Durch ein Praktikum in der wirtschaftlichen Jugendhilfe im Bereich Stuttgart-Zuffenhausen im Rahmen meines Studiums und zahlreichen Gesprächen mit Mitarbeitern verschiedener Dienste des Jugendamtes war es mir

¹ Vgl. Rauschenbach/Züchner/Schilling, in Münder/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 59.

möglich, einen guten Einblick in das Thema zu erlangen und daraus Erkenntnisse für bestimmte Inhalte der Bachelorarbeit zu ziehen. Das Ergebnis in Form dieser Orientierungshilfe wird – voraussichtlich im März 2013 – im Großteam der wirtschaftlichen Jugendhilfe der Stadt Stuttgart vorgestellt.

Zu Beginn der Arbeit werden in Kapitel 2 zuerst die rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen der Vollzeitpflege geklärt. Um eine Abgrenzung der einzelnen, am Hilfeprozess mitwirkenden Dienste zu erleichtern, werden ihre Aufgaben im Rahmen einer Vollzeitpflege im weiteren Verlauf dargestellt. Anschließend wird der Weg eines Kindes bis zum Pflegekind beleuchtet, sowie die Rechte und Pflichten der Herkunftsfamilie und der Pflegefamilie herausgearbeitet. Auf die einzelnen Rechtspositionen aller Beteiligten dieser Dreieckskonstellations wird ausführlich Bezug genommen. Den Ablauf eines Pflegeverhältnisses werde ich anhand eines beispielhaften Hilfeverlaufes in Stuttgart aufzeigen und im gleichen Zug auf die sich in der Praxis ergebenden praktischen und rechtlichen Probleme eingehen. Anschließend wird die aktuelle Situation der Vollzeitpflege in Baden-Württemberg und der Landeshauptstadt Stuttgart anhand statistischer Daten erläutert. Im letzten Teil der Arbeit werden die Kerngedanken der Orientierungshilfe gesammelt und in einem Fazit zusammengefasst.

2 Rechtlicher Rahmen der Vollzeitpflege

2.1 Grundsätze des Jugendhilferechts

2.1.1 Grundlage Grundgesetz

Um das Thema Vollzeitpflege ausführlich erörtern zu können, müssen zunächst einige Grundsätze der Kinder- und Jugendhilfe besprochen werden, die bereits im Grundgesetz (GG) verankert sind.

Der Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe leitet sich vom Wort „sozial“ aus Art. 20 Abs. 1 GG ab, der die Bundesrepublik als einen demokratischen und sozialen Bundesstaat beschreibt. Auch Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG formu-

liert: „Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.“

Über diese Begrifflichkeit ist die Generalklausel des Jugendhilferechts (§ 1 SGB VIII) inhaltlich mit den Handlungsaufträgen und Leistungsverpflichtungen des Sozialstaatsprinzips aus den Artikeln 20 Abs. 1 GG und 28 Abs. 1 S. 1 GG verknüpft.² Hinter dem Begriff „Sozialstaat“ verbirgt sich der Auftrag des Staates, für einen sozialen Ausgleich sowie für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu sorgen. Des Weiteren steht die staatliche Gemeinschaft in der Pflicht, Lebensrisiken in der Bevölkerung zu mindern oder zu beseitigen.

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“³

Die grundsätzliche Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, die Entwicklung junger Menschen zu fördern und ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu unterstützen und ergänzen. Gemäß Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG tragen die Eltern die primäre Erziehungsverantwortung und müssen dabei stets das Wohl des Kindes gewährleisten; nur dann handeln sie im Rahmen ihres Elternrechts. Dieses Ziel verwirklicht die Kinder- und Jugendhilfe in erster Linie dadurch, dass sie die elterliche Erziehungsverantwortung stärkt, ergänzt und notfalls – unter Einverständnis der Eltern – ersetzt.⁴ Gemäß Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG ist es demnach Aufgabe des Staates, über die Wahrnehmung der elterlichen Erziehungsverantwortung zu wachen und die Kinder und Jugendlichen vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen.⁵

² Vgl. Jestaedt, in Mündler/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 102.

³ Auszug aus dem Grundgesetz: Art. 6 Abs. 2 GG.

⁴ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 65.

⁵ Vgl. Wiesner, in Mündler/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 169.

Das in Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG beschriebene Elternrecht wurde in das Kinder- und Jugendhilferecht übernommen und findet sich wortgleich in § 1 Abs. 2 Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) wieder.

2.1.2 § 1 SGB VIII – die Generalklausel des SGB VIII

Das SGB VIII ist im Sozialrecht der sich neu herausgebildeten Säule der „Sozialen Förderung“ zuzuordnen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen liefern das SGB I (Allgemeiner Teil) und das SGB X (Sozialverfahren und Sozialdatenschutz). Kapitel 1 des SGB VIII enthält in den §§ 1 - 10 SGB VIII eine Reihe von allgemeinen Vorschriften, die für alle in diesem Gesetz folgenden Bestimmungen gemeinsam gelten.⁶

§ 1 SGB VIII ist die Generalklausel für den Bereich der Jugendhilfe. Wie bereits angeführt, ist diese Leitnorm inhaltlich mit den sich aus dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes ergebenden Rechten und Pflichten verknüpft.

Der erste Absatz des § 1 SGB VIII hebt das Recht aller jungen Menschen auf Förderung der Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit hervor. Absatz 2 zitiert Art. 6 Abs. 2 GG und betont dementsprechend die verfassungsmäßig garantierte Erziehungsverantwortung der Eltern und die Pflicht des Staates, als „Wächteramt“ die Pflege und Erziehung der Kinder sicherzustellen.⁷ In Absatz 3 findet sich schließlich ein konkreter Aufgabenkatalog der Jugendhilfe mit Fokus auf der Förderung junger Menschen in ihrer Entwicklung, dem Abbau von Benachteiligungen, der Beratung und Unterstützung von Erziehungsberechtigten, dem Schutz junger Menschen vor Gefahren und der Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt.

⁶ Vgl. Bernzen, Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, 2005, S. 9.

⁷ Vgl. Kunkel (Hrsg.), Sozialgesetzbuch VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2011, S. 35 f.

2.2 Hilfe zur Erziehung/ Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche/ Hilfe für junge Volljährige

Die Hilfe zur Erziehung (HzE) gem. § 27 SGB VIII, die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gem. § 35a SGB VIII und die Hilfe für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII verkörpern jeweils Einzelfall-Leistungen und sind in Gesetz und Praxis von zentraler Bedeutung.

Auf die Hilfe zur Erziehung und die Eingliederungshilfe besteht ein (einklagbarer) Rechtsanspruch, da diese Paragraphen subjektive, öffentliche Rechte enthalten. Das bedeutet, dass diese Leistungsnormen den Träger der Jugendhilfe zu einem bestimmten Tun verpflichten und den Schutz eines Einzelnen (Schutzzwecktheorie) bezwecken müssen.⁸ Auf die Hilfe für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII besteht der Rechtsanspruch hingegen lediglich im Regelfall. In atypischen Fällen liegt die Entscheidung über die Gewährung der Leistung im Ermessen des zuständigen Jugendamtes.⁹

Anspruchsberechtigte des § 27 SGB VIII sind gem. Abs. 1 stets und ausschließlich die Personensorgeberechtigten. Im Regelfall sind das die leiblichen Eltern, ausnahmsweise ein Vormund oder Pfleger. Besteht für ein Kind das gemeinsame Sorgerecht der Herkunftseltern, ist der Antrag auf Hilfe zur Erziehung von beiden Elternteilen zu unterzeichnen.¹⁰ Als formelle Voraussetzung der Hilfen zur Erziehung muss dieser Antrag der Personensorgeberechtigten unbedingt aktenkundig gemacht werden.

Tatbestandliche Voraussetzung für eine Hilfe zur Erziehung ist ein Erziehungsdefizit bei einem Kind oder Jugendlichen (gem. § 7 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB VIII), d.h. eine dem Wohl des Kindes entsprechende Erziehung ist von Seiten der Eltern oder der Familie nicht gewährleistet. Ein Erziehungsmangel besteht demnach nicht nur beim Kind, sondern auch auf

⁸ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 102.

⁹ Vgl. Fischer, in Schellhorn/Fischer/Mann/Kern, SGB VIII, Kommentar, 2012, S. 360.

¹⁰ Vgl. Fischer, in Schellhorn/Fischer/Mann/Kern, SGB VIII, Kommentar, 2012, S. 242.

Seiten der Eltern. Die beabsichtigte Hilfe muss dem Bedarf des Einzelfalles gerecht werden und sowohl geeignet (die Möglichkeit der Beseitigung des Erziehungsdefizits durch die konkrete Maßnahme muss gegeben sein), als auch notwendig sein (die Behebung des Erziehungsdefizits ist nicht durch eine weniger intensive Maßnahme möglich).

Liegen die Leistungsvoraussetzungen einer Hilfe zur Erziehung gem. § 27 Abs. 1 SGB VIII vor, kommt nach § 27 Abs. 2 SGB VIII „insbesondere“ eine der in den §§ 28 - 35 SGB VIII aufgeführten Ausgestaltungsformen in Betracht. Bei der Formulierung „insbesondere“ handelt es sich um eine Öffnungsklausel, die es ermöglicht, in Anlehnung an den bereits existierenden Katalog der Hilfen neuartige Hilfen zu entwickeln, sollte der Einzelfall dies erforderlich machen.¹¹ Die „Soll“-Formulierung dieser Paragraphen dient lediglich der Beschreibung des Zwecks der verschiedenen Hilfearten und lässt die Anspruchsnorm des § 27 SGB VIII unberührt.¹² Eine Hilfe zur Erziehung kann daher nie losgelöst nach §§ 28 - 35 SGB VIII gewährt werden, sondern steht immer in Verbindung mit der Anspruchgrundlage § 27 SGB VIII. Der Leistungskatalog der §§ 27 ff. SGB VIII umfasst sowohl ambulante, als auch teilstationäre und stationäre Hilfeangebote, deren Ausgestaltung in Inhalt und Umfang variiert.

Seelisch behinderte Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Der eigene Rechtsanspruch der Kinder liegt darin begründet, dass diese Hilfe nicht mit Einschränkungen des elterlichen Erziehungsrechts verbunden ist. Der Umfang der Eingliederungshilfe richtet sich nach § 54 SGB XII, der wiederum auf § 26 SGB IX verweist. Die Gewährung der Eingliederungshilfe ist unabhängig davon, ob die Voraussetzungen einer Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII vorliegen oder nicht. Die beiden Jugendhilfeleistungen können vielmehr parallel geleistet werden kann. Die Ausgestaltung des § 35a SGB VIII ist in

¹¹ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 148.

¹² Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 142.

Absatz 2 aufgelistet und entspricht in ihrer Form den bereits genannten Hilfearten der §§ 28 - 35 SGB VIII.¹³

Mit Erreichen der Volljährigkeit endet zwar die Hilfe zur Erziehung kraft Gesetzes, nicht aber die Jugendhilfe. Alle Hilfen der §§ 28 – 30 und 33 – 35 SGB VIII sind gem. § 41 Abs. 2 SGB VIII als Hilfen für die gesunde Persönlichkeitsentwicklung i.d.R. auch an junge Volljährige zu gewähren, solange diese Hilfen aufgrund der individuellen Situation notwendig sind. Normalerweise werden sie nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt; in begründeten Einzelfällen sind sie aber maximal bis zum Erreichen des 27. Lebensjahres möglich.¹⁴

2.2.1 Vollzeitpflege gemäß § 33 SGB VIII

Die Vollzeitpflege wird unter § 33 SGB VIII in den Kontext der Hilfen zur Erziehung gestellt und ist somit der Gesamtheit der Regelungen dieses Abschnittes unterworfen.¹⁵ Sie gehört zum stationären, „familienersetzenden“ Repertoire der Kinder- und Jugendhilfe.

Unter Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII versteht man die Unterbringung und Betreuung eines Kindes oder Jugendlichen (§ 7 Abs. 1 Nr. 1, 2 SGB VIII) über Tag und Nacht in familiärem Rahmen außerhalb des Elternhauses. Im Katalog der Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII nimmt sie eine Sonderstellung ein, da Vollzeitpflege zwar unter öffentlicher Beteiligung, jedoch in privatem Raum stattfindet.¹⁶ Die Hilfe kann je nach Alter und Entwicklungsstand des Kindes sowie den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie¹⁷ entweder als zeitlich begrenzte Erziehungshilfe oder als auf Dauer angelegte Lebensform ausgestaltet werden.

Entgegen der Formulierung in § 33 SGB VIII ist es nicht zwingende Voraussetzung, dass die Hilfe in einer anderen Familie erfolgt. Die §§ 44

¹³ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 164 f.

¹⁴ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 175.

¹⁵ Vgl. Pietsch, Entwicklung in Nischen – Resilienz bei Pflegekindern, 2009, S. 24.

¹⁶ Vgl. Wiesner, SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe – Kommentar, 2011, S. 486.

¹⁷ Vgl. Kunkel (Hrsg.), Sozialgesetzbuch VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2011, S. 330.

Abs. 1 S. 1 und 86 Abs. 6 S. 1 SGB VIII sprechen von einer „Pflegeperson“, die die Betreuung des Pflegekindes übernimmt. Es ist prinzipiell also möglich, dass Einzelpersonen die Hilfe leisten, wenn im Einzelfall eine angemessene und Erfolg versprechende Erziehung zu erwarten ist.

Ogleich sich die Vollzeitpflege wie alle Hilfen zur Erziehung an die Personensorgeberechtigten und damit im Normalfall an die Eltern richtet, versteht sie sich in erster Linie als Angebot an Kinder und Jugendliche. § 33 SGB VIII enthält keine Altersbeschränkung, trotzdem wird die Hilfe tendenziell v.a. bei sehr jungen Kindern erbracht (in Stuttgart sind ca. $\frac{3}{4}$ der Kinder in Vollzeitpflege unter 6 Jahre alt¹⁸). Gem. § 41 SGB VIII kann sie jedoch ebenso für junge Volljährige gewährt werden.

Im Gegensatz zur Heimerziehung oder den immer mehr verbreiteten, professionellen Erziehungsstellen nach § 34 SGB VIII besitzt eine Hilfe in Vollzeitpflege weder einen institutionellen Rahmen, noch benötigen die Pflegepersonen eine fachliche Qualifikation als Pädagogen. Vielmehr bietet sich die Pflegefamilie als eine Art Kompensator misslungener familiärer Sozialisation an, indem sie ihre eigenen, familienähnlichen Strukturen als pädagogisches Element einsetzt¹⁹ und versucht, mit der Zeit ein stabiles, emotionales Näheverhältnis mit dem Pflegekind aufzubauen.²⁰

2.2.2 Besondere Arten der Vollzeitpflege

2.2.2.1 Sonderpflegestellen

Für besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder und Jugendliche sind gem. § 33 S. 2 SGB VIII geeignete Formen der Familienpflege bereitzustellen. Diese Sonderpflegestellen bzw. heilpädagogischen Pflegestellen sind darauf angelegt, Minderjährige besonders intensiv pädagogisch und therapeutisch zu betreuen, weshalb i.d.R. von mindestens einer der Pfle-

¹⁸ Vgl. Interview mit Frau Heugel (PKD), 26.06.2012, Anlage 1.

¹⁹ Vgl. Pietsch, Entwicklung in Nischen – Resilienz bei Pflegekindern, 2009, S. 23.

²⁰ Vgl. Bernzen, Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, 2005, S. 72.

gepersonen eine pädagogische oder therapeutische Ausbildung erwartet wird.²¹

2.2.2.2 Verwandtenpflege

Als „andere Familie“ i.S.d. § 33 S. 1 SGB VIII kann auch die Verwandtschaft des Kindes – z.B. die Großeltern, Onkel oder Tante - als Pflegefamilie bzw. einzelne Pflegeperson in Betracht kommen.²² Auch Verwandte müssen als Pflegeperson allerdings bereit und geeignet sein, den Hilfebedarf des Kindes in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt nach Maßgabe der §§ 36, 37 SGB VIII zu decken (vgl. § 27 Abs. 2a SGB VIII). Für eine Entscheidung über diese in § 27 Abs. 2a SGB VIII integrierte Grundgeeignetheit erfolgt in Stuttgart eine Überprüfung der zukünftigen Pflegestelle durch den Pflegekinderdienst, auch wenn Verwandte gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII keine Pflegeerlaubnis benötigen.

2.2.2.3 Kurzzeitpflege

Eine weitere Sonderform der Vollzeitpflege i.S.d. § 33 SGB VIII ist die Kurzzeit- bzw. Übergangspflege.

Fallen Eltern vorübergehend - z.B. krankheitsbedingt – aus, können deren Kinder für diese Zeit in eine spezielle Übergangspflegestelle aufgenommen werden. Dieser Aufenthalt ist zeitlich begrenzt und nur dann als Hilfe zur Erziehung notwendig, wenn die erzieherische Mangelsituation nicht durch eine weniger intensive, ambulante Betreuung beseitigt werden kann.

2.3 Die Pflegeerlaubnis

Werden Kinder oder Jugendliche im Rahmen von Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege untergebracht, muss bereits vorher sichergestellt sein, dass die Pflegepersonen eine dem Wohl des Kindes förderliche Erziehung gewährleisten können (§ 37 Abs. 3 SGB VIII). Da Pflegekinder aufgrund der

²¹ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, Schaubild auf S. 154.

²² Vgl. OVG Bautzen, Urteil vom 29.05.2009, Az.: 1 A 54/08.

Trennung von den Eltern besonderen, staatlichen Schutz benötigen, bedarf es einer Überprüfung der zukünftigen Pflegepersonen durch das Jugendamt und der Erteilung einer öffentlich-rechtlichen Pflegeerlaubnis gem. § 44 SGB VIII. Die Pflegepersonen müssen sowohl persönlich geeignet sein, als auch geordnete häusliche Verhältnisse vorweisen können. Aus diesem Grund soll das zuständige Jugendamt gem. § 46 i.V.m. § 87a SGB VIII die Voraussetzungen einer Pflegeerlaubnis auch vor Ort durch Hausbesuche prüfen.²³

Die Erlaubniserteilung zur Vollzeitpflege stellt einen begünstigenden Verwaltungsakt (VA) i.S.d. § 31 SGB X dar, dessen Rechtmäßigkeit eine Begründung gem. § 35 SGB X, sowie eine Anhörung der Pflegepersonen gem. § 24 SGB X voraussetzt. Wirksam wird der VA erst mit Bekanntgabe (§ 39 SGB X) gegenüber dem Adressaten, in diesem Fall gegenüber der Pflegeperson.²⁴

Von der Notwendigkeit einer Pflegeerlaubnis sind die in § 44 Abs. 1 S. 2 Nr.1 bis 6 SGB VIII aufgeführten Fälle ausgenommen. Demnach sind z.B. weder enge Verwandte gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII noch Kurzzeitpflegestellen bis zu acht Wochen gem. § 44 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 SGB VIII erlaubnispflichtig. Familien, die Kinder in Kurzzeitpflege aufnehmen, sind oftmals Freunde oder Nachbarn der kurzzeitig ausfallenden Eltern. Sie sollen durch eine Befreiung von der Pflegeerlaubnis, der direkten Kontrolle und Einflussnahme des Jugendamtes entzogen werden.

Gem. § 44 Abs. 2 SGB VII ist eine Pflegeerlaubnis nur dann zu versagen, wenn das Wohl des Kindes in der Pflegestelle nicht gewährleistet ist.²⁵ Das setzt grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Erlaubnis zur Vollzeitpflege voraus. Das Jugendamt steht demnach in der Beweislast und muss die Ungeeignetheit der Pflegefamilie nachweisen. Einschlägig vorbestrafte Personen des § 72 a Nr. 1 und 5 SGB VIII sind bspw. von

²³ Vgl. Bernzen, Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, 2005, S. 87.

²⁴ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 187.

²⁵ In § 19 Abs. 3 S. 2 AGKJHG findet sich eine Auflistung, in welchen Fällen die Pflegeerlaubnis „insbesondere“ zu versagen ist.

Vorneherein von der Wahrnehmung von Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe ausgenommen. Bei einer nicht nach § 44 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB VIII vermittelten Pflegeperson sollen sich die öffentlichen Jugendhilfeträger daher ein Führungszeugnis i.S.d. § 30a Abs. 1 BZRG vorlegen lassen, um einer potenziellen Gefährdung des Kindes vorzubeugen.²⁶

Um dem Jugendamt seine gesetzlich verankerte Kontrollfunktion zu ermöglichen, muss die Pflegeperson das Jugendamt gem. § 44 Abs. 4 SGB VIII über wichtige Ereignisse wie z.B. Umzüge oder Krankheitsfälle unterrichten. Ist das Wohl des Kindes in der Pflegefamilie gefährdet und diese nicht bereit oder in der Lage die Gefährdung abzuwenden, kann die Erlaubnis nach § 44 Abs. 3 S. 2 SGB VIII zurückgenommen (die Gefährdung bestand schon bei der Erlaubniserteilung) oder widerrufen (die Gefährdung trat erst nach Erlaubniserteilung ein) werden.²⁷

Hat eine erlaubnispflichtige Pflegeperson die Pflegeerlaubnis vor Inpflegenahme eines Kindes nicht eingeholt, begeht sie gem. § 104 SGB VIII eine Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

2.4 Hilfeplanungsverfahren nach § 36 SGB VIII

Für bestimmte Leistungen in der Kinder- und Jugendhilfe ist ein Hilfeplanungsverfahren vorgeschrieben. Bei diesen Leistungen handelt es sich um die Hilfe zur Erziehung gem. §§ 27 ff. SGB VIII, die Hilfe für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII und die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder- und Jugendliche gem. § 35a SGB VIII.²⁸

Die Vorschrift des § 36 Abs. 1 SGB VIII regelt die Mitwirkungs- und Mitgestaltungsrechte von Kindern und Jugendlichen, Eltern und Personensorgeberechtigten bei der Planung und Durchführung einer Hilfe. Die Leistungsadressaten sind gem. Abs. 1 S. 1 vor der Inanspruchnahme oder der Änderung einer Hilfe umfassend zu beraten und auf mögliche Folgen für die Entwicklung des Kindes hinzuweisen. Ihre Wahl und ihre Wünsche

²⁶ Vgl. Mann, in Schellhorn/Fischer/Mann/Kern, SGB VIII, Kommentar, 2012, S. 397.

²⁷ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 188.

²⁸ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 162.

sind bei der Entscheidung zwischen einer stationären Einrichtung und einer Pflegefamilie gem. § 36 Abs. 1 S. 3 und 4 SGB VIII entsprechend der Bestimmungen in § 5 SGB VIII zu berücksichtigen.

Über die im konkreten Einzelfall geeignete Hilfeart entscheiden letztendlich mehrere Fachkräfte (Sozialarbeiter, Ärzte, Psychologen, etc.) gemeinsam, wenn anzunehmen ist, dass die Hilfe voraussichtlich auf längere Zeit angelegt ist. Bei Eingliederungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit seelischen Behinderungen nach § 35a SGB VIII soll zusätzlich zu den übrigen Beteiligten ein mit dem Fall vertrauter, fachkundiger Arzt in die Hilfeplanung und –durchführung miteinbezogen werden.

Das Ergebnis der Hilfeplanung soll nach § 36 Abs. 2 S. 2 SGB VIII ein Hilfeplan sein, der von den zuständigen Fachkräften in Zusammenarbeit mit den Personensorgeberechtigten und dem Kind oder Jugendlichen aufgestellt wird. Er soll Feststellungen über den erzieherischen Bedarf, die Art der Hilfe, ihr Ziel, sowie die notwendigen Leistungen enthalten und die Hilfe in ihrem Verlauf regelmäßig auf ihre aktuelle Notwendigkeit und Geeignetheit überprüfen.

Schwierigkeiten in der Ausgestaltung des Hilfeplans macht v.a. die möglichst konkrete Formulierung der Hilfeziele. Trotzdem ist die Arbeit, die in eine Zielbeschreibung investiert wird, durchaus sinnvoll. Die einzelnen Schritte einer Hilfe werden für die Beteiligten etwas transparenter, was wichtig für deren Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft im Hilfeverlauf ist. Für den öffentlichen Träger hingegen bietet sich die Zielvorgabe zum Einen als Instrument der Selbstkontrolle an, zum Anderen schafft sie eine Möglichkeit, die bisherige Arbeit des Trägers zu überprüfen, zu bewerten und ggf. notwendige Veränderungen anzuleiten.²⁹

Die Voraussetzungen der Hilfe, die im Hilfeplanungsverfahren gesammelt werden, ermittelt das Jugendamt gem. § 20 SGB X von Amts wegen, d.h. ohne Antrag der Personensorgeberechtigten. Die Inhaber des Sorgerech-

²⁹ Vgl. Bernzen, Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, 2005, S. 58.

tes (bei gemeinsamem Sorgerecht beide Sorgerechtsinhaber) müssen jedoch ihr Einverständnis zur Durchführung der geplanten Hilfe geben, was in der Praxis oft in Form eines Hilfeantrages ausgestaltet wird.³⁰

2.5 Leistungen zum Unterhalt nach § 39 SGB VIII und Krankenhilfe nach § 40 SGB VIII

Die Sicherstellung des Lebensunterhaltes des Kindes gem. § 39 SGB VIII ist keine selbstständige Aufgabe der Jugendhilfe, sondern eine Annexleistung zur Hilfegewährung. Aus diesem Grund haben Pflegeeltern, die im Rahmen einer Hilfe nach § 33 SGB VIII tätig werden, keinen eigenen Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich für den notwendigen Unterhalt des Pflegekindes (Unterkunft, Ernährung, etc.) und die Kosten der Erziehung vom öffentlichen Träger der Jugendhilfe.

Solange im SGB VIII der Anspruchsberechtigte nicht ausdrücklich angegeben ist, ist davon auszugehen, dass Annexleistungen - wie schon die Pflege und Erziehung des Kindes gem. § 1 Abs. 2 SGB VIII - dem Personensorgeberechtigten als natürliches Recht zustehen.³¹ Diese treten ihre Ansprüche auf Kostenübernahme gem. §§ 27, 33, 39 SGB VIII in einem zivilrechtlichen Pflegevertrag an die Pflegeeltern ab, die daraufhin die wirtschaftlichen Jugendhilfeleistungen direkt vom Jugendamt verlangen können.

Für die Leistung von Unterhalt ist es unerheblich, ob die Betreuung des Kindes in einer fremden Familie oder bei Verwandten wie z.B. den Großeltern stattfindet. Voraussetzung für die wirtschaftliche Hilfe nach § 39 SGB VIII ist lediglich, dass das Jugendamt gem. § 27 Abs. 1 SGB VIII eine Hilfe zur Erziehung leistet.³² Nach aktueller Rechtsprechung haben Großeltern, die ihre Enkelkind in Vollzeitpflege betreuen sogar dann ein Recht auf Pflegegeld, wenn die Kindsmutter mit im gleichen Haushalt wohnt. Die Pflege kann demnach auch dann „in einer anderen Familie“ im Sinne des

³⁰ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 162.

³¹ Vgl. BVerwG, Urteil vom 12.09.1996, Az.: 5 C 31.95.

³² Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 161.

§ 33 S. 1 SGB VIII und „außerhalb des Elternhauses“ im Sinne des § 27 Abs. 2a und des § 39 Abs. 1 S. 1 SGB VIII erfolgen, wenn keine räumliche Trennung der Eltern und des Kindes oder Jugendlichen vorliegt.³³

Das Pflegegeld kann bei unterhaltsverpflichteten Verwandten der Kinder unter Berücksichtigung des Einzelfalls „angemessen“ (i.d.R. bis zu 30%) gekürzt werden (vgl. § 39 Abs. 4 S. 4 SGB VIII). Mit der Verpflichtung der unterhaltsverpflichteten Pflegeperson zur Offenlegung ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse gem. § 97a Abs. 2 S. 2 SGB VIII ist die Prüfung der Angemessenheit der Kürzung im Einzelfall möglich geworden.

In Baden-Württemberg wird das Pflegegeld von den einzelnen Jugendämtern, nach Altersstufen gestaffelt, festgesetzt und kontinuierlich an die Empfehlungen des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge“ angepasst.³⁴ Der regelmäßig wiederkehrende Bedarf des Pflegekindes soll gem. § 39 Abs. 2 S. 1 SGB VIII durch einen monatlichen Pauschalbetrag gedeckt werden. Nach § 39 Abs. 4 S. 2 SGB VIII umfassen diese laufenden Leistungen auch die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson.

Problematisch wird es, wenn ein Kind oder ein Jugendlicher in einer Pflegefamilie im Bereich eines anderen Jugendamts untergebracht wird oder dessen Pflegefamilie in einen anderen Jugendamtsbezirk umzieht. Die Höhe des zu gewährenden Pauschalbetrages richtet sich ab diesem Zeitpunkt nach den an diesem Ort geltenden Regelungen (§ 36 Abs. 4 S. 3 SGB VIII) was ggf. bedeuten kann, dass die Pflegepersonen und ihr Pflegekind weniger Pflegegeld oder weniger Sonderleistungen erhalten als bisher. Die unterschiedlichen Beträge lassen sich jedoch i.d.R. mit den Unterschieden der Lebenshaltungskosten in Deutschland begründen. Jedes Bundesland spricht deshalb eigene Empfehlungen aus.

³³ Vgl. BVerwG, Urteil vom 01.03.2012, Az.: 5 C 12.11.

³⁴ Vgl. Blandow, Pflegekinder und ihre Familien, 2004, S. 91 - 92.

Ein anderer Sonderfall tritt ein, wenn ein Kind oder eine Jugendliche während ihres Aufenthaltes in einer Pflegefamilie selbst Mutter eines Kindes wird. Hierfür findet sich in § 39 Abs. 7 SGB VIII eine Regelung die sicherstellt, dass auch der notwendige Lebensunterhalt dieses Kindes vom zuständigen Jugendamt geleistet wird.

Neben dem monatlich gewährten Pauschalbetrag für das Pflegekind, können zusätzlich auch einmalige Beihilfen und Zuschüsse, z.B. die Erstaussstattung einer Pflegefamilie oder Urlaubs- und Ferienreisen des Pflegekindes, gewährt werden (§ 39 Abs. 3 SGB VIII).

Pflegekinder sind zwar vorrangig bei den leiblichen Eltern oder Großeltern mitzuversichern, können ansonsten aber auch in die Krankenversicherung der Pflegefamilie aufgenommen werden, da sie unter Maßgabe des § 56 Abs. 2 Nr. 2 SGB I in § 10 Abs. 4 SGB V leiblichen Kindern gleichgestellt werden. Ist für das Pflegekind bei keiner der beiden Familien eine Krankenversicherung möglich, muss das Jugendamt gem. § 40 SGB VIII die Krankenhilfe gewährleisten. Genauere Informationen über den Umfang der vom öffentlichen Träger zu leistenden Krankenhilfe finden sich in den §§ 47 bis 52 SGB XII.³⁵

2.6 Zuständigkeit und Kostenerstattung

Die Gewährung einer Leistung, im Fall dieser Arbeitshilfe die Bewilligung einer Vollzeitpflege, stellt einen begünstigenden VA dar. Sie regelt einen Einzelfall und entfaltet als Entscheidung auf dem Gebiet des öffentlichen Rechtes Außenwirkung (§ 31 SGB X). Liegt das Jugendamt im Begriff, durch einen VA gem. § 8 SGB X ein Verwaltungsverfahren zu beginnen, muss es zuerst seine sachliche und örtliche Zuständigkeit klären.³⁶ Mit der Entscheidung über die Zuständigkeit und Kostenerstattung der öffentlichen Träger untereinander wird festgelegt, welcher Jugendhilfeanbieter

³⁵ Vgl. Tammen, in Mündler/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 271.

³⁶ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 254 - 255.

die tatsächliche Hilfe erbringen muss und welcher die dadurch entstehenden Kosten zu tragen hat.³⁷

2.6.1 Sachliche Zuständigkeit (Vor- und Nachrangregelung des § 10 SGB VIII)

Die sachliche Zuständigkeit des Jugendamtes richtet sich nach § 85 SGB VIII und legt fest, welche Handlungsebene der öffentlichen Jugendhilfe bei welcher Art von Aufgabe zum Handeln verpflichtet ist.³⁸ Grundsätzlich wird entsprechend Abs. 1 bei der Gewährung von Leistungen und der Erfüllung anderer Aufgaben nach dem SGB VIII die Allzuständigkeit der örtlichen Träger vermutet. In Baden-Württemberg sind das gem. § 1 Abs. 1 LKJHG die Landkreise, die Stadtkreise und die nach § 5 LKJHG zu örtlichen Trägern bestimmten kreisangehörigen Gemeinden. In Konkurrenz treten die in Abs. 2 aufgezählten Fälle, für die im Regelfall die überörtlichen Träger (§ 3 LKJHG) zuständig werden.

Die Vollzeitpflege gehört zu den in Kapitel 2 des SGB VIII aufgeführten Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe und ist kein in § 85 Abs. 2 SGB VII genannter Ausnahmefall. Daraus ergibt sich für die Gewährung von Vollzeitpflege die sachliche Zuständigkeit des örtlichen Trägers. Für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben errichtet jeder örtliche Träger ein Jugendamt, jeder überörtliche Träger ein Landesjugendamt (§ 69 Abs. 3 SGB VIII).

§ 10 SGB VIII regelt das Verhältnis von Jugendhilfemaßnahmen zu konkurrierenden, deckungsgleichen Leistungen und Verpflichtungen. Unterhaltsverpflichtungen und Leistungen anderer Sozialleistungsträger sind gem. § 10 Abs. 1 und 2 SGB VIII grundsätzlich vorrangig vor Jugendhilfeleistungen zu gewähren. In jedem Fall einer Vollzeitpflege geht die Pflicht der leiblichen Eltern, sich in Form eines Kostenbeitrages gem. 91 ff. SGB VIII an den Kosten für die Unterbringung ihres Kindes in der Pflegefamilie zu beteiligen vor den §§ 39, 40 SGB VIII.

³⁷ Vgl. Bernzen, Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, 2005, S. 150.

³⁸ Vgl. Kunkel (Hrsg.), Sozialgesetzbuch VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2011, S. 926.

Leistungen der Jugendhilfe hingegen haben gem. § 10 Abs. 4 SGB VIII Vorrang vor den Sozialhilfeleistungen des SGB XII. Eingliederungshilfen für behinderte Kinder in Pflegefamilien sind Ausnahmefälle, die je nach Art der Behinderung entweder dem Bereich der Jugendhilfe oder dem Bereich der Sozialhilfe zugeordnet werden. Sie dienen dabei sowohl behinderten-spezifischen Zielen wie z.B. der Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, als auch der Erfüllung des erzieherischen Bedarfs.³⁹

Seelisch behinderte Kinder und Jugendliche können gem. § 35a Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII in Vollzeitpflege aufgenommen werden. Diese spezielle Regelung garantiert betroffenen Kindern, zusätzliche Leistungen wie z.B. besondere therapeutische Angebote wahrnehmen zu können.⁴⁰

Für körperlich oder geistig behinderte Kinder werden hingegen nach Maßgabe des § 54 Abs. 3 SGB XII der Sozialhilfe geeignete Pflegefamilie gesucht (§ 10 Abs. 4 S. 2 SGB VIII).

2.6.2 Örtliche Zuständigkeit

Bei der Vollzeitpflege handelt es sich, wie bereits im vorhergehenden Kapitel angeführt, um eine Leistung der Kinder- und Jugendhilfe. Daher ergibt sich die örtliche Zuständigkeit des Jugendamtes aus § 86 SGB VIII. Sonderfälle, wie z.B. die Betreuung von jungen Volljährigen in Pflegefamilien, werden in den besonderen Zuständigkeitsregelungen der §§ 86a - 86d SGB VIII normiert.

Zu beachten bei der Feststellung der Zuständigkeit sind außerdem die ausländerrechtlichen Voraussetzungen des § 6 Abs.2 S.1 SGB VIII, nach dem Ausländer Leistungen des SGB VIII nur dann beanspruchen können, wenn sie rechtmäßig oder aufgrund einer ausländerrechtlichen Duldung ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben.

³⁹ Vgl. Kunkel (Hrsg.), Sozialgesetzbuch VIII, Lehr- und Praxiskommentar, 2011, S. 333.

⁴⁰ Vgl. Blandow, Pflegekinder und ihre Familien, 2004, S. 88.

2.6.2.1 Grundzuständigkeit (§ 86 Abs. 1 - 5 SGB VIII)

Grundsätzlich zuständig für die Gewährung von Leistungen für Pflegekind und Pflegefamilie und die hiermit verbundenen fachlichen Aufgaben ist gem. § 86 Abs. 1 SGB VIII der örtliche Träger, in dessen Bereich die leiblichen Eltern oder, solange die Vaterschaft nicht gerichtlich festgestellt wurde, die Mutter des Kindes ihren „gewöhnlichen Aufenthalt“ haben. Sinn und Zweck der Bezugnahme auf die Eltern liegt darin, die Zugehörigkeit des Kindes zu seiner Herkunftsfamilie anzuerkennen und deren notwendige Mitwirkung am Hilfeprozess sicherzustellen.⁴¹ Der „gewöhnliche Aufenthalt“ meint den Ort, den eine Person als ihren Lebensmittelpunkt definiert und an dem er oder sie nicht nur vorübergehend verweilt (vgl. § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I).

Die Grundregel des § 86 Abs. 1 S. 1 SGB VIII kann dazu führen, dass die Zuständigkeit während einer Vollzeitpflege mehrmals wechselt, nämlich immer dann, wenn die leiblichen Eltern in einen anderen Jugendamtsbereich umziehen.⁴² In diesen Fällen spricht man von der sogenannten „wandernden Zuständigkeit“.⁴³

Die weiteren Absätze des § 86 SGB VIII gehen auf die Fälle ein, in denen die Eltern entweder verschiedene gewöhnliche Aufenthalte oder keinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben, wobei der Vorrang der Bezugnahme immer bei dem personensorgeberechtigten Elternteil liegt. Besteht kein gewöhnlicher Aufenthalt der Eltern, richtet sich die Zuständigkeit nach dem tatsächlichen Aufenthaltsort der Eltern bzw. des personensorgeberechtigten Elternteils. Wenn sich bei dieser Überprüfung keine Anknüpfungspunkte für die Klärung der örtlichen Zuständigkeit ergeben, wird auf den gewöhnlichen und im letzten Schritt auf den tatsächlichen Aufenthalt des Kindes verwiesen.⁴⁴

⁴¹ Vgl. Schindler, in: Mündler/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 422.

⁴² Vgl. Bernzen, Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, 2005, S. 152.

⁴³ Vgl. OVG SL, Urteil vom 03.09.2007, Az.: 3 Q 133/06, FEVS 59, 134, in: Schindler, in: Mündler/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 422.

⁴⁴ Vgl. Bernzen, Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, 2005, S. 152.

2.6.2.2 Sonderzuständigkeit nach zwei Jahren (§ 86 Abs. 6 SGB VIII)

Die örtlichen Zuständigkeitsregelungen des § 86 SGB VIII sind grundsätzlich so angelegt, dass sie von einer Rückkehr des Kindes in die Herkunftsfamilie ausgehen.⁴⁵ Daher richten sie sich nach dem gewöhnlichen Aufenthalt der Eltern. Abweichend von dieser „Grundregel“ bestimmt Abs. 6, dass die Zuständigkeit bei Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII kraft Gesetzes wechselt, wenn die Vollzeitpflege zwei Jahre andauert und eine dauerhafte Fortsetzung der Hilfe zu erwarten ist. Zuständig wird dann der Jugendhilfeträger, in dessen Zuständigkeitsbereich die Pflegeeltern ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Das bisher zuständige Jugendamt bleibt gem. § 86 c SGB VIII solange zur Fortsetzung der Leistungsgewährung verpflichtet, bis das nach § 86 (6) SGB VIII zuständig werdende Jugendamt den Fall übernimmt. Unklarheiten und Verzögerungen im Rahmen des Zuständigkeitswechsels sollen nicht zu Lasten des Hilfeempfängers gehen, sondern über eine nachträgliche Kostenerstattung zwischen den Jugendämtern ausgetragen werden.⁴⁶

Sobald eine Hilfe zur Erziehung in einer Pflegefamilie beendet wird, endet auch die Zuständigkeit nach § 86 Abs. 6 S. 1 SGB VIII und es wird für Folgehilfen auf die Grundregel der Abs. 1 bis 5 und 7 zurückgegriffen.

2.6.3 Kostenerstattung bei fortdauernder Vollzeitpflege

Die örtliche Zuständigkeit bei Dauerpflegeverhältnissen wechselt gem. der Voraussetzungen aus § 86 Abs. 6 SGB VIII an den gewöhnlichen Aufenthalt der Pflegepersonen. Damit wird der öffentliche Jugendhilfeträger erstattungspflichtig, der zuvor örtlich zuständig (§ 89 a Abs. 1 SGB VIII) bzw. kostenerstattungspflichtig (§ 89a Abs. 2 SGB VIII) war oder gewesen wäre.

⁴⁵ Vgl. Kern, in Schellhorn/Fischer/Mann/Kern, SGB VIII, Kommentar, 2012, S. 644.

⁴⁶ Vgl. Schindler, in Münder/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 428.

Die Regelung zur Kostenerstattung bei fortdauernder Vollzeitpflege gem. § 89a SGB VIII verfolgt damit das Ziel, dass letztendlich der gem. § 86 Abs. 1 – 5 SGB VIII vom Grundsatz zuständige Träger die Finanzierung übernehmen muss.⁴⁷ Auf diese Weise soll eine ungleichmäßige Kostenbelastung der Jugendhilfeträger, insbesondere in Ballungsgebieten und Großstädten und ein dadurch möglicherweise drohender Abbau von Pflegefamilien verhindert werden.⁴⁸

Für den Zeitraum zwischen Zuständigkeitswechsel und tatsächlicher Übernahme besteht außerdem ein Kostenerstattungsanspruch nach § 89c Abs. 1 SGB VIII, der einer absichtlichen Verzögerung der tatsächlichen Fallübergabe vorbeugen soll.

2.7 Kostenbeteiligung nach §§ 91 ff. SGB VIII

Wird eine Hilfe zur Erziehung gem. § 27 Abs. 1 i.V.m. § 33 SGB VIII gewährt, erhält die Pflegefamilie im Normalfall das gesamte Pflegegeld direkt vom zuständigen Jugendamt. Die Herkunftsfamilie des Kindes oder Jugendlichen, im Falle von Volljährigkeit der junge Mensch selbst, ist jedoch unter Maßgabe der §§ 91 ff. SGB VIII zu einem Kostenbeitrag in angemessenem Umfang verpflichtet.

§ 92 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 SGB VIII enthält eine Aufzählung, welche kostenbeitragspflichtigen Personen zu den Kosten welcher Leistungen heranzuziehen sind. Im Rahmen der Vollzeitpflege können das das Kind, die Eltern oder aber der noch in einer Pflegefamilie lebende junge Volljährige selbst sein. Elternteile werden gem. § 92 Abs. 2 S. 2 SGB VIII getrennt zu einem Kostenbeitrag herangezogen und erhalten jeweils einen eigenen Bescheid.⁴⁹ Junge Volljährige sind gem. § 92 Abs. 1a SGB VIII zu den Kosten vollstationärer Leistungen zusätzlich zu ihrem Einkommen auch aus ihrem Vermögen heranzuziehen.

⁴⁷ Vgl. Schindler, in Münder/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 437.

⁴⁸ Vgl. Kern, in Schellhorn/Fischer/Mann/Kern, SGB VIII, Kommentar, 2012, S. 680.

⁴⁹ Vgl. Kunkel, Jugendhilfrecht, 2010, S. 281.

Die Festsetzung des Kostenbeitrages erfolgt durch den sog. Leistungsbescheid (§ 92 Abs. 2 SGB VIII), der einen VA i.S.d. § 31 SGB X darstellt. Gegen den Leistungsbescheid sind der Widerspruch gem. § 68 VwGO und die Anfechtungsklage gem. § 42 VwGO mit jeweils aufschiebender Wirkung als Rechtsmittel einsetzbar.⁵⁰

Grundsätzlich muss der Kostenbeitrag angemessen sein. Die Heranziehung zu einem Kostenbeitrag nach § 91 ff. SGB VIII unterliegt dabei folgender Rangfolge: Zuerst wird der junge Mensch auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse überprüft, in einem zweiten Schritt dessen Ehegatte oder Lebenspartner und abschließend die Elternteile des jungen Menschen. In der Regel gibt es bei in Pflegefamilien betreuten Kindern kein anrechenbares Einkommen, oder aber der Beitrag des jungen Menschen reicht allein nicht aus, um die Kosten seiner Unterbringung vollständig abzudecken. Daher werden auch die nachrangig benannten Pflichtigen des § 92 SGB VIII auf ihre Leistungsfähigkeit überprüft und ggf. weitere Kostenbeiträge festgesetzt.

Die Kosten zu denen herangezogen wird, umfassen gem. § 91 Abs. 3 SGB VIII neben den Aufwendungen für pädagogische und therapeutische Leistungen außerdem den notwendigen Unterhalt (§ 39 SGB VIII) und die Krankenhilfe (§ 40 SGB VIII) in der Pflegefamilie. Verwaltungskosten bleiben nach Abs. 4 außer Betracht.

In der Höhe orientiert sich der Kostenbeitrag am Einkommen der Eltern, bzw. an Einkommen und Vermögen des jungen Volljährigen. Die dafür benötigte Berechnung des Einkommens erfolgt auf der Grundlage des § 93 SGB VIII.⁵¹ Die Regelung des § 94 Abs. 3 SGB VIII ermöglicht es dem Gesetzgeber bei vollstationären Leistungen, vom kindergeldberechtigten Elternteil mindestens einen Kostenbeitrages in Höhe des Kindergeldes zu fordern.

⁵⁰ Vgl. Fiesler/Herborth, Recht der Familie und Jugendhilfe, 2010, S. 457.

⁵¹ Vgl. Bernzen, Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, 2005, S. 162 - 163.

Von der Heranziehung zu einem Kostenbeitrag wird allerdings gem. § 92 Abs. 4 SGB VIII dann abgesehen, wenn das Kind, die Jugendliche, die junge Volljährige oder die Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII schwanger ist oder ein leibliches Kind bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres betreut.

3. Mitwirkende Dienste im Hilfeprozess

Um die Rolle der einzelnen Institutionen und Dienste zu veranschaulichen, werden ihre Aufgaben in diesem Kapitel sowohl allgemein, als auch speziell auf die Vollzeitpflege bezogen, zusammengefasst.

3.1 Allgemeiner Sozialdienst/ Wirtschaftliche Jugendhilfe

Das Jugendamt der Stadt Stuttgart ist seit dem Jahr 1999 in zehn Beratungszentren (BZ) gegliedert, in denen die Leistungen dezentral- und stadtteilbezogen vorgehalten werden. Jeder dieser Steuerungsbereiche besteht aus Mitarbeitern des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) und Mitarbeitern der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WJH). Als Erstanlaufstelle stellt das BZ die Leistungen des Kinder- und Jugendhilferechts zur Verfügung oder vermittelt diese. Der Kinderschutz steht dabei jederzeit im Vordergrund.⁵²

Der ASD setzt sich aus Sozialarbeitern, Pädagogen und Therapeuten zusammen. Er ist in erster Linie für die Beratung von Familien, Kindern und Jugendlichen bei psychischen und sozialen Problemen zuständig und prüft die Voraussetzungen und die Notwendigkeit der Hilfen zur Erziehung.⁵³ Bei Vollzeitpflegefällen trägt der ASD die Fallverantwortung und ist insbesondere für die Herkunftsfamilie des Pflegekindes als Ansprechpartner verfügbar.⁵⁴

⁵² Vgl. Landeshauptstadt Stuttgart, Referat Soziales/Jugend und Gesundheit, Der Allgemeine Sozialdienst des Jugendamtes, GRDrS 817/2001, 25.10.2001, Anlage 2.

⁵³ Vgl. Fiesler/Herborth, Recht der Familie und Jugendhilfe, Arbeitsplatz Jugendamt/ Soziale Dienste, 2010, S. 449.

⁵⁴ Vgl. Interview mit Frau Weibler (ASD), 23.07.2012, Anlage 3.

In der WJH hingegen arbeiten v.a. Verwaltungsfachkräfte und Betriebswirte, die die Rechtmäßigkeit der beantragten Leistungen prüfen und sich mit den finanziellen Aspekten der Jugendhilfe beschäftigen. Auf der einen Seite stellt die WJH finanzielle Hilfen bereit, z.B. indem sie in Vollzeitpflegefällen der Pflegefamilie ein Pflegegeld gewährt, auf der anderen Seite ist sie auch befugt, die Herkunftsfamilie des Pflegekindes gem. § 91 ff. SGB VIII zu einem Kostenbeitrag heranzuziehen.⁵⁵

3.2 Der Pflegekinderdienst

Der Pflegekinderdienst (PKD) in Stuttgart ist ein zentraler Dienst für das gesamte Stadtgebiet, der an die Erziehungshilfen des Jugendamtes Stuttgart angegliedert ist. Ein solcher Dienst existiert noch nicht deutschlandweit. Zu seinen Aufgaben gehört u.a. die Suche und Gewinnung von Pflegefamilien, deren Eignungsüberprüfung und Qualifizierung, die Vermittlung von Kindern in die ausgesuchten Familien und die Begleitung von Pflegeverhältnissen.⁵⁶ Außerdem umfasst sein Angebot auch die Vermittlung von Adoptionsverhältnissen.

In Stuttgart ist der PKD für alle Hilfen nach § 33 SGB VIII (Vollzeitpflege) und für die Fälle der Bereitschaftspflege nach § 42 SGB VIII mit sachlicher und örtlicher Zuständigkeit Stuttgart verantwortlich. Dabei arbeitet er in der Hilfeplanung eng mit dem ASD zusammen.

In der Hilfgewährung selbst ist der PKD i.d.R. nicht fallverantwortlich.⁵⁷ Sein Hauptaugenmerk liegt auf der prozessbegleitenden Beratung und Unterstützung der Pflegefamilie und deren Pflegekind durch regelmäßige Hausbesuche – meistens zwei bis vier Mal Minimum pro Jahr - und einem vertrauensvollen Kontakt zum betroffenen Pflegekind.⁵⁸

⁵⁵ Vgl. Kunkel, Jugendhilferecht, 2010, S. 232.

⁵⁶ Vgl. Referat Soziales/ Jugend und Gesundheit, Kinder in Pflegefamilien – Konzeption, Januar 2012, S. 8, Anlage 4.

⁵⁷ Fallverantwortlich ist der PKD in Stuttgart dann, wenn die leiblichen Eltern des Kindes verstorben oder unbekannten Aufenthaltes sind, oder nicht in Stuttgart leben.

⁵⁸ Vgl. Interview mit Frau Heugel (PKD), 26.06.2012, Anlage 1.

3.3 Beistandschaften, Vormundschaften, Pflegschaften

In bestimmten Fällen in der Kinder- und Jugendhilfe kommt es entweder kraft Gesetzes (z.B. durch das Ruhen der elterlichen Sorge, wenn die leibliche Mutter eines Kindes minderjährig ist, da dies ein rechtliches Hindernis gem. §§ 1673 Abs. 1, 1791c Abs. 1 BGB darstellt) oder kraft richterlicher Anordnung (z.B. nach § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB wegen Gefährdung des Kindeswohls) dazu, dass die Eltern ihre elterliche Sorge (vgl. § 1626 BGB) nicht mehr ausüben können oder dürfen. An ihre Stelle tritt gem. § 1773 Abs. 1 BGB ein Vormund als „Elternersatz“, der für die gesamte elterliche Sorge (Personen- und Vermögenssorge, sowie die rechtliche Vertretung des Kindes) verantwortlich wird.

Die Vormundschaft kann durch eine natürliche Person, einen Verein oder das Jugendamt wahrgenommen werden. Das Jugendamt als Amtsvormund kann allerdings nur durch natürliche Personen tätig werden, weshalb die Aufgaben des Vormunds nach § 55 Abs. 2 SGB VIII einzelnen Angestellten oder Beamten der Dienststelle Beistandschaften, Pflegschaften, Vormundschaften des Jugendamtes übertragen werden. Das Jugendamt bleibt als Institution gesetzlicher Vertreter des Kindes (§ 1791b BGB).⁵⁹

Der Amtsvormund muss ausschließlich dienstlichen Anweisungen nachkommen. Ansonsten ist er nicht weisungsgebunden und nur dem Wohl seines Mündels verpflichtet. Er ist zur Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen für sein Mündel berechtigt und wirkt im Hilfeplanverfahren nach § 36 SGB VIII mit.

Neben der Vormundschaft ist auch die Pflegschaft gem. § 1909 BGB ein Typus der "stellvertretenden" Sorge. Bei der Pflegschaft werden nur Teile der elterlichen Sorge, bspw. lediglich das Aufenthaltsbestimmungsrecht und die Gesundheitsfürsorge, auf den Pfleger übertragen.

⁵⁹ Vgl. Interview mit Frau Fox-Rappold (Vormundschaften), 27.06.2012, Anlage 5.

Um das Vormundtschaftswesen sicherer und transparenter zu gestalten, ist der Vormund dazu verpflichtet, in jährlichem Abstand einen Bericht über seine Arbeit an das Familiengericht zu übersenden (§ 1840 BGB).⁶⁰

3.4 Das Familiengericht

Familiengerichte sind Abteilungen der Amtsgerichte gem. § 23b Abs. 1 GVG und für alle Familiensachen im Sinne des § 111 FamFG zuständig. Familiensachen sind demnach u.a. Ehe-, Kindschafts-, Abstammungs-, Adoptions- und Unterhaltssachen.

Besondere Bedeutung in der Kinder- und Jugendhilfe und damit auch im Falle einer Vollzeitpflege haben die Kindschaftssachen des FamFG. Diese sind dem Familiengericht zugewiesene Verfahren, die nach § 151 FamFG die elterliche Sorge, das Umgangsrecht, die Kindesherausgabe, die Vormundschaft, die Pflegschaft, die Genehmigung einer zivilrechtlichen freiheitsentziehenden Unterbringung sowie die Aufgaben nach dem Jugendgerichtsgesetz betreffen.⁶¹

Ist für ein Kind oder einen Jugendlichen in Vollzeitpflege ein Vormund eingeschaltet, übernimmt das Familiengericht dessen Beratung und führt die Fachaufsicht über dessen gesamte Tätigkeit (§ 1837 BGB).

4. An der Leistung Beteiligte

4.1 Das Pflegekind

Von der Gewährung der Vollzeitpflege am Stärksten betroffen ist natürlich das Kind, das in einer anderen Familie in Pflege genommen wird. Eine Definition für Pflegekinder findet sich in § 56 Abs. 2 Nr. 2 des SGB I. Demnach sind Pflegekinder Personen, die mit einem nach § 30 SGB I Sozialhilfeberechtigten durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis mit häuslicher Gemeinschaft wie Kinder mit Eltern verbunden sind.

⁶⁰ Vgl. Interview mit Frau Fox-Rappold (Vormundschaften), 27.06.2012, Anlage 5.

⁶¹ Vgl. Hoffmann, in: Münster/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 546.

Grundsätzlich gibt es zwei Varianten, warum ein Kind einer anderen Familie in Vollzeitpflege anvertraut wird:

Im ersten Fall erfolgt die Fremdunterbringung mit Einverständnis der sorgeberechtigten Eltern, die sich in der Einsicht, dass eine solche Hilfe derzeit das Beste für ihr Kind ist, selbst für eine Pflegefamilie entschieden haben. I.d.R. begleitet das Jugendamt diese Entscheidung durch eingehende Beratung.

Im anderen Fall haben die Eltern die Trennung von ihrem Kind nicht freiwillig beschlossen. Ihnen wurden durch gerichtliche Entscheidung entweder Teile oder aber das gesamte Sorgerecht entzogen. Auf diese Variante wird in den nachfolgenden Abschnitten genauer eingegangen.

4.1.1 Kindeswohlgefährdung

Das Wohl des Kindes markiert mit Sicherheit die bedeutsamste verfassungsrechtliche Vorgabe der staatlichen Kinder- und Jugendhilfe.

Als eine Ausprägung der Menschenwürde gem. Art. 1 Abs. 1 S. 1 GG, ist es auf die Sondersituation des (noch) nicht selbstbestimmungsfähigen Kindes ausgerichtet und beinhaltet sowohl den Anspruch, als auch die besondere Pflicht zu Achtung, Schutz und Förderung des Kindes oder Jugendlichen.⁶²

In Fragen von Pflege und Erziehung des Kindes haben wie bereits in Kapitel 2 bei den Grundsätzen des Jugendhilferechts dargestellt, die Eltern gem. Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG den Vorrang. Kommen die Eltern ihrer Erziehungsverantwortung nicht nach oder ist sogar ein Verdacht auf eine Schädigung des Kindeswohls gegeben und die Eltern können oder wollen diese nicht abwenden, so ist die staatliche Gemeinschaft in der Pflicht, ihr nachrangiges Erziehungsmandat wahrzunehmen und die Gefahr für das Kindeswohl abzuwenden.⁶³

⁶² Vgl. Jestaedt, in Münder/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 103 f.

⁶³ Vgl. Jestaedt, in Münder/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 109 f.

4.1.2 Anrufung Familiengericht

Werden dem ASD des Jugendamtes Informationen bekannt, die eine Gefahr für das körperliche, geistige oder seelische Wohl oder das Vermögen eines Kindes vermuten lassen, ist dieser zur eingehenden Prüfung der Situation verpflichtet. Bestätigt sich diese Befürchtung im Kontakt mit der Familie, sind die Eltern aber nicht willens oder nicht in der Lage einer notwendigen Hilfe ohne familiengerichtliche Maßnahmen zuzustimmen⁶⁴, stellt der ASD einen begründeten Antrag auf teilweisen oder vollständigen Sorgerechtsentzug gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB beim zuständigen Familiengericht. Eine Trennung des Kindes von der Herkunftsfamilie ist jedoch nur dann zulässig, wenn die Gefahr nicht anderweitig, z.B. durch eine ambulante Hilfe als niederschwelliges Angebot, abgewendet werden kann (§ 1666a Abs. 1 BGB).⁶⁵

In dringenden Fällen, z.B. bei Misshandlung oder Missbrauch innerhalb der Familie, werden die Kinder gem. § 42 SGB VIII in Obhut genommen. Eine Zustimmung der Sorgeberechtigten ist dabei nicht nötig. Wenn die Eltern mit der Maßnahme nicht einverstanden sind oder nicht informiert werden können, muss innerhalb von drei Tagen das FamG informiert werden. In der Regel reicht es dann aus, das Aufenthaltsbestimmungsrecht bzw. das Recht, Hilfe zur Erziehung zu beantragen, auf das Jugendamt zu übertragen. Ein Antrag auf Entzug des Sorgerechts wird nur dann gestellt, wenn eine Arbeit mit den Eltern absolut nicht möglich und das Kindeswohl dadurch gefährdet ist. Damit kommt das Jugendamt in Gestalt des ASD dem Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung gem. § 8a Abs. 3 SGB VIII nach⁶⁶ und befindet sich von nun an mit dem Familiengericht in einer Verantwortungsgemeinschaft für das Kindeswohl⁶⁷.

⁶⁴ Vgl. Fieseler/Herborth, Recht der Familie und Jugendhilfe, Arbeitsplatz/Soziale Dienste, 2010, S. 283.

⁶⁵ Vgl. Fieseler/Herborth, Recht der Familie und Jugendhilfe, Arbeitsplatz Jugendamt/ Soziale Dienste, 2010, S. 284.

⁶⁶ Vgl. Fieseler/Herborth, Recht der Familie und Jugendhilfe, Arbeitsplatz Jugendamt/ Soziale Dienste, 2010, S. 285.

⁶⁷ Vgl. Ernst, in Münder/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 572.

Kommt es zur Einleitung eines Verfahrens, entscheidet das Familiengericht durch Beschluss über den Antrag des ASD (§ 116 FamFG).

4.1.3 Amtsvormundschaft bzw. Pflegschaft

Kommt es durch das familiengerichtliche Verfahren dazu, dass den Eltern das Sorgerecht vollständig entzogen wird, wird für das Kind oder den Jugendlichen ein Vormund bestellt, der die allgemeine Fürsorge übernimmt. Wenn den Eltern hingegen lediglich ein Teil der elterlichen Sorge, meist das Aufenthaltsbestimmungsrecht, entzogen wird, reicht die Bestellung eines Pflegers für diese Teile der Personensorge aus.

Die Aufgaben der „elterlichen Vertreter“ richten sich nach den allgemeinen Vorschriften des BGB über Vormünder und Pfleger (§ 56 Abs.1 SGB VIII i.V.m. §§ 1773 ff. bzw. §§ 1909 ff. BGB)⁶⁸, auf die in Kapitel 3.3 „Beistandschaften, Vormundschaften, Pflegschaften“ bereits eingegangen wurde.

4.2 Die Pflegeeltern - Rechte und Pflichten

Die Pflegefamilie spielt schon vom Gesetz her eine außergewöhnliche Rolle innerhalb der Erziehungshilfen. Im Zusammenleben mit den von ihnen aufgenommenen Kindern balancieren die Pflegeeltern tagtäglich zwischen Autonomie und Fremdbestimmung.⁶⁹

4.2.1 Gegenüber dem Pflegekind

Das BGB sieht in § 1688 BGB das Recht der Pflegeeltern vor, ihr Pflegekind für die Dauer des Pflegeverhältnisses in Angelegenheiten des täglichen Lebens zu vertreten, den Arbeitsverdienst des Kindes zu verwalten, sowie dessen Unterhalts-, Versicherungs-, Versorgungs- und sonstige Sozialleistungen geltend zu machen und zu verwalten. Dinge des täglichen Lebens sind solche, die häufig vorkommen und keine schwer abzuändernden Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes haben. Beispiele hierfür sind die alltäglichen Kontakte, die Planung eines Urlaubs, die Wahl

⁶⁸ Vgl. Fieseler/Herborth, Recht der Familie und Jugendhilfe, Arbeitsplatz Jugendamt/ Soziale Dienste, 2010, S. 251.

⁶⁹ Vgl. Claudia Pietsch, Entwicklung in Nischen, Resilienz bei Pflegekindern, 2009, S. 25.

des Kindergartens, als Ansprechpartner für die Schule oder den Ausbildungsbetrieb zur Verfügung zu stehen oder aber das Recht auf freie Arztwahl für das Pflegekind.

Geben die Herkunftseltern ihr Kind für längere Zeit in Familienpflege, so kann das Familiengericht auf Antrag der Eltern oder der Pflegeperson Angelegenheiten der elterlichen Sorge auf die Pflegeperson übertragen (§ 1630 Abs. 3 BGB). Damit haben die Pflegeeltern die Rechte und Pflichten eines Pflegers. Um diese Rechte bestmöglich wahrnehmen zu können, haben Pflegeeltern seit der Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes zum 01.01.2004 die Möglichkeit, mit Zustimmung ihres Arbeitgebers Elternzeit in Anspruch zu nehmen (§ 15 Abs. 1 Nr. 1c) BEEG).⁷⁰ Ein Anspruch auf Eltern- oder Erziehungsgeld für ein Pflegekind besteht allerdings nicht.

Je nach Art und Dauer des Pflegeverhältnisses, besteht selbst nach dessen Beendigung weiterhin das Recht der Pflegefamilie auf Umgang mit dem ehemaligen Pflegekind gem. § 1685 BGB.

Grundsätzlich verpflichtet sich die Pflegefamilie, die Rechte des Kindes oder Jugendlichen, die sich v.a. aus den § 1 Abs. 3 SGB VIII, § 1626 BGB und § 1631 Abs. 2 BGB ergeben, zu beachten und zu schützen. Dazu gehört das Recht des Kindes auf Förderung seiner Entwicklung, sowie auf gewaltfreie Pflege und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. Die gesunde Entwicklung soll die Pflegefamilie auch dadurch unterstützen, dass sie zum Wohl des Kindes mit den leiblichen Eltern zusammenarbeitet, vereinbarte Besuchskontakte wahrnimmt und fördert und dem Kind ein nicht belastendes Bild seiner Herkunftsfamilie vermittelt.

Außerdem sind die Pflegeeltern zur Aufsicht über das ihnen anvertraute Kind verpflichtet und haften gem. § 832 BGB für von diesem verursachte Schäden gegenüber Dritten. Die Stadt Stuttgart hat als Absicherung ihrer

⁷⁰ Vgl. KVJS Ratgeber: Was Pflegeeltern wissen sollten, Stand: September 2009, S. 15, Anlage 6.

Pflegefamilien eine Haftpflicht-/ und Unfallversicherung abgeschlossen, die in solchen Situationen für die verursachten Kosten aufkommen soll.⁷¹

4.2.2 Gegenüber dem zuständigen Jugendamt

Gem. § 37 Abs. 2 SGB VIII hat die Pflegeperson vor der Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Anspruch auf ortsnahe, fachliche Beratung und Unterstützung.

Oftmals schließen das zuständige Jugendamt und die Pflegeeltern einen den § 1688 Abs. 1 BGB ergänzenden Pflegevertrag mit einer Regelung zur Unterhaltsgewährung ab. Pflegefamilien steht demnach eine monatliche Pflegegeldleistung nach § 39 SGB VIII zu, die sich aus dem Grundbetrag zur Sicherstellung des Lebensunterhalts des Kindes (Sachaufwand) und einem Erziehungsbeitrag für Leistungen bei der Pflege und Erziehung zusammensetzt. Zusätzlich können einmalige Leistungen, z.B. zur Erstausstattung oder für Urlaubsreisen beim Jugendamt genehmigt werden.

Zu den Pflichten der Pflegeeltern gegenüber dem zuständigen Jugendamt gehört gem. § 37 Abs. 3 S. 2 SGB VIII die Weiterleitung von Informationen über wichtige Vorkommnisse oder Änderungen in den familiären oder wirtschaftlichen Verhältnissen an das Jugendamt. Diese Unterrichtungspflicht gilt nach § 44 Abs. 4 SGB VIII ebenso bei der erlaubnispflichtigen Familienpflege.

Der Pflegefamilie bekannte Informationen über ihr Pflegekind und seine Herkunftsfamilie müssen als Sozialgeheimnis gewahrt werden und dürfen aus Datenschutzgründen nicht unbefugt offenbart werden. Ausgenommen sind Informationen, die Grundlage für eine sinnvolle Zusammenarbeit, z.B. mit der Schule oder Ausbildungsstelle des Pflegekindes sind.

In Stuttgart verpflichten sich die Pflegefamilien im sog. Pflegevertrag, das bereitgestellte Beratungsangebot des Jugendamtes anzunehmen und zumindest die ersten zwei Jahre des Pflegeverhältnisses an den Fortbildun-

⁷¹ Vgl. Handbuch für Pflegefamilien Stuttgart, Informationen und Empfehlungen, 2012, S. 48 - 50, Anlage 7.

gen des Pflegekinderdienstes sowie einem Gesprächskreis teilzunehmen.⁷²

4.3 Die Herkunftsfamilie - Rechte und Pflichten

Die Herkunftsfamilien der Pflegekinder haben gem. § 36 Abs. 1 und 2 SGB VIII einen Anspruch darauf, an der Hilfe beteiligt zu werden und im Hilfeplan aktiv mitzuwirken. Durch Beratung und Unterstützung soll die Beziehung zu ihrem Kind beibehalten und gefördert werden. Die Erziehungsbedingungen innerhalb der Herkunftsfamilie sollen so verbessert werden, dass sie das Kind wieder selbst erziehen kann (§ 37 SGB VIII).

Haben die Eltern auch während der Dauer des Pflegeverhältnisses das Sorgerecht für ihr Kind, können sie gem. § 1632 Abs. 1 BGB dessen Herausgabe aus der Pflegefamilie verlangen. Die Personensorge beinhaltet nämlich das Recht, den Umgang des Kindes auch mit Wirkung für und gegen Dritte zu bestimmen. Aus diesem Grund können die Eltern bspw. verlangen, dass die Pflegeperson ihr Kind an die leiblichen Großeltern herausgibt. Die Betreuung des Kindes durch die Großeltern ist durch die Beziehung des Kindes zu seiner Herkunftsfamilie i.d.R. vorrangig vor einer Betreuung durch nicht familienangehörige Pflegepersonen.⁷³

Gegenüber ihren Kindern sind die leiblichen Eltern zum Unterhalt verpflichtet. Die privatrechtliche Unterhaltspflicht ergibt sich aus §§ 1603 Abs. 2, 1606 Abs. 3 S. 2, 1609, 1612 Abs. 2 S. 3, 1612a, 1615a BGB. Für die Dauer einer stationären Jugendhilfe, hier der Unterbringung in einer Vollzeitpflegestelle, ruht die Unterhaltspflichtung. Die Eltern sind jedoch gem. §§ 91 ff. SGB VIII für diesen Zeitraum zur Erbringung eines (öffentlich-rechtlichen) Kostenbeitrages verpflichtet.

⁷² Vgl. Interview mit Frau Heugel (PKD), 26.06.2012, Anlage 1.

⁷³ OLG Karlsruhe, Urteil vom 20.09.2004, Az.: 16 UF 88/04.

5. Innerbehördliches Verfahren für die Gewährung von Vollzeitpflege am Beispiel der Stadt Stuttgart

Dieses Kapitel hat zum Ziel, den Ablauf einer Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII bei der Stadt Stuttgart beispielhaft zu skizzieren. Es baut auf den rechtlichen Grundlagen aus Kapitel 2 auf, arbeitet aber auch Probleme heraus, die sich durch bestimmte Regelungen und Rechtsprechungen in der Praxis ergeben können.

5.1 Vor der Hilfegewährung

5.1.1 Antragsstellung auf Hilfe zur Erziehung

Innerhalb des Jugendamtes Stuttgart ist der ASD die zentrale Anlaufstelle, bei der erste Informationen über einen möglichen Hilfebedarf eingehen und gesammelt werden.⁷⁴ Entweder treten Eltern selbst mit einer Anfrage an das Jugendamt heran, oder der ASD erlangt von anderer Seite, z.B. durch die Schule, die Nachbarn oder die Polizei Kenntnis davon, dass in der betreffenden Familie eine Unterstützung in der Erziehung notwendig erscheint.

In einem auf diese Informationen aufbauenden ersten Orientierungsgespräch versucht der ASD gemeinsam mit dem Leistungsberechtigten – i.d.R. sind das die sorgeberechtigten Eltern, bei Volljährigkeit der Jugendliche selbst – die Problemsituation der Familie zu erfassen und anschließend über mögliche Hilfeangebote zu informieren.

Stellt der ASD einen Hilfebedarf im Rahmen einer Hilfe zur Erziehung gem. §§ 27 ff. SGB VIII, einer Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII oder einer Hilfe für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII fest, kann der Leistungsberechtigte die entsprechende Hilfe beantragen.⁷⁵ Dieser Antrag muss bei gemeinsamem Sorgerecht unbedingt von beiden Elternteilen unterzeichnet werden. Im Anschluss werden in einem HzE-Grundbogen

⁷⁴ Vgl. Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und Leistungserbringung der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart, 2002, S. 11, Anlage 8.

⁷⁵ Vgl. Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und Leistungserbringung der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart, 2002, S. 11, Anlage 8.

die persönlichen Daten der Familie wie Adresse, Alter und Herkunft erfasst und der Mitarbeiter des ASD kann die Falleingabe ins Stadtteilteam (STT) vorbereiten. Der Falleingabe gehen Gespräche mit den Adressaten der möglichen Erziehungshilfe, sowie den unmittelbar Betroffenen (Verwandte, Freunde, Ärzte, etc.) voraus, um die Problemsituation von möglichst allen Seiten gründlich zu beleuchten.

Wird der Hilfebedarf von den Eltern abgestritten, die familiäre Situation ist aber problematisch und das Wohl des Kindes dadurch deutlich gefährdet, kann das Jugendamt beim Familiengericht einen Antrag auf Entzug der elterlichen Sorge gem. § 1666 Abs. 3 Nr. 6 BGB stellen. Das Familiengericht prüft kritisch die Gegebenheiten und kommt unter Umständen zu einem Beschluss über den Entzug bzw. Teilentzug der elterlichen Sorge. Parallel dazu ordnet das Familiengericht entweder die Pflegschaft (bei Teilentzug des Sorgerechtes) oder die Vormundschaft (bei Entzug der kompletten elterlichen Sorge) an und bestellt das Jugendamt Stuttgart bzw. einen Mitarbeiter der Abteilung „Beistandschaften, Vormundschaften, Pflegschaften“ als Pfleger oder Vormund. Dadurch hat das Jugendamt die Möglichkeit, den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen und wenn nötig außerhalb der Herkunftsfamilie, z.B. in einer Pflegefamilie unterzubringen.

Werden dem ASD Informationen zugetragen, die eine sofortige Herausnahme des Kindes aus seiner Herkunftsfamilie indizieren, wird das Kind vorübergehend vom Jugendamt „in Obhut genommen“ (§ 42 SGB VIII) und je nach Alter, eigenem Wunsch, etc. bis zur Entscheidung des Familiengerichts über die Sorgeberechtigung der Eltern in einer Bereitschaftspflegefamilie oder in einem Notaufnahmehaus untergebracht. Auch bei der Inobhutnahme ist ein Bewilligungsbescheid des Jugendamtes an die Sorgeberechtigten erforderlich. Der Aufenthalt in der Bereitschaftspflegestelle wird eingestellt, wenn das Kind auf Anordnung des Familiengerichts in seine Herkunftsfamilie rückzuführen ist, oder wenn bei voraussichtlich länger andauernder Fremdunterbringung gem. § 33 SGB VIII eine geeignete Pflegefamilie gefunden wird.

5.1.2 Falleingabe & Fallbesprechung im Stadtteilteam

Das System des STT in Stuttgart ist noch etwas sehr Besonderes in Deutschland. Während in anderen Landkreisen ASD-Mitarbeiter alleine über ihre Fälle und die für sie angezeigten Hilfearten entscheiden müssen, geben die ASD-Mitarbeiter in Stuttgart ihre Neufälle innerhalb von vier Wochen nach der Orientierungsberatung anonymisiert zur Besprechung in das für ihren Stadtteil zuständige STT. Die vier Wochen sind zwar vorgeschrieben, können in der Praxis durch zu hohe Fallbelastungen einzelner Mitarbeiter in weniger dringenden Fällen jedoch oft nicht eingehalten werden.

Das STT hat die Funktion eines Qualitätszirkels, bei dem sich Mitarbeiter des ASD, Mitarbeiter des Schwerpunktträgers⁷⁶ und Mitarbeiter der WJH im Rahmen des Hilfeplanverfahrens (§ 36 SGB VIII) gemeinsam über alle in ihrem Bereich beginnenden oder sich verändernden Hilfen beraten. Wird bereits vor Eingabe des Falles ins STT die Vollzeitpflege als möglicherweise geeignete Hilfe angedacht, kann auch ein Mitarbeiter des PKD an der Fallbesprechung im STT teilnehmen, da dieser später für die Betreuung der Pflegefamilie zuständig sein wird. Oftmals nehmen auch Amtsvormünder oder Pfleger die Möglichkeit wahr, bei der Falleingabe ihres Mündels im STT anwesend zu sein.

Ziel des Ideen- und Erfahrungsaustausches der verschiedenen Fachkräfte ist es, eine für den Leistungsberechtigten möglichst passgenaue Hilfestellung zu erarbeiten. Das Ergebnis einer Fallbesprechung ist aber eher eine protokollierte, ergebnisoffene Sammlung von möglichst konkreten Lösungsideen und Vorschlägen für den jeweiligen Einzelfall. Die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Leistung kann nur im Kontrakt-

⁷⁶ Schwerpunktträger in Stuttgart für den Bereich Mühlhausen, Stammheim und Zuffenhausen ist das Flattichhaus der eva (Evangelische Gesellschaft) in Stuttgart.

gespräch mit dem Personensorgeberechtigten und dem Kind getroffen werden.⁷⁷

Über die Rechtmäßigkeit der angebotenen und später gewährten Hilfen wacht die WJH als Vertreter der öffentlichen Jugendhilfe.

5.1.3 Überprüfung der Zuständigkeit

5.1.3.1 Örtlich

Die frühzeitige Feststellung der örtlichen Zuständigkeit der Stadt Stuttgart nach § 86 ff. SGB VIII gehört ebenfalls zum Aufgabenbereich der WJH. Über das Meldeportal werden Daten über den aktuellen Wohnsitz der Eltern bzw. der Personensorgeberechtigten erfragt, da sich die Zuständigkeit für die Hilfestellung gem. § 86 Abs. 1 S. 1 SGB VIII grundsätzlich nach dem gewöhnlichen Aufenthalt der Eltern richtet. Befindet sich dieser in Stuttgart, ist das Jugendamt Stuttgart für die Leistungsgewährung zuständig.

Schwieriger wird es ab dem Moment, ab dem ein Kind außerhalb Stuttgarts in Vollzeitpflege untergebracht wird, für das die Stadt Stuttgart jedoch aufgrund des gewöhnlichen Aufenthaltes der Eltern örtlich zuständig ist. Für diese Fälle gilt das Territorialprinzip. Das bedeutet, dass Pflegeverhältnisse nach den Regelungen des Bereiches der Pflegeeltern geführt werden müssen, obwohl die örtliche Zuständigkeit Stuttgarts mindestens in den ersten zwei Jahren besteht. Dadurch soll verhindert werden, dass Pflegestellen in einem Jugendamtsbereich je nach belegendem Jugendamt unterschiedlich behandelt werden und eine Konkurrenz aus rein fiskalischen Gründen stattfindet. Zwar variieren die Regelungen (z.B. über die Höhe des Pflegegeldes oder der Sonderleistungen) i.d.R. nicht allzu stark, die vorher notwendige Informationsbeschaffung im anderen Jugendamt ist jedoch oftmals mit einem hohen Zeit- und Arbeitsaufwand verknüpft.⁷⁸ Die Orientierung an den Verhältnissen des Pflegestellenortes sichert außer-

⁷⁷ Vgl. Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und Leistungserbringung der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart, 2002, S. 13 - 14, Anlage 8.

⁷⁸ Vgl. Interview mit Frau Lässig (WJH), 11.07.2012, Anlage 9.

dem die Kontinuität der Hilfegewährung im Falle des Zuständigkeitswechsels nach § 86 (6) SGB VIII.

Nach zwei Jahre Aufenthalt in einer Pflegefamilie in einem anderen Bereich wechselt die Zuständigkeit unter den Voraussetzungen des § 86 Abs. 6 SGB VIII kraft Gesetzes auf das Jugendamt, in dessen Zuständigkeitsbereich die Pflegefamilie mit dem Kind leben. Aus diesem Grund legen die Mitarbeiter der WJH in Stuttgart ihre in anderen Zuständigkeitsbereichen untergebrachten Pflegekinder auf Wiedervorlage, um eine mögliche Fallabgabe nach § 86 Abs. 6 SGB VIII rechtzeitig vorzubereiten. Mit dem Wechsel der Zuständigkeit wird der Fall inklusive der Fallverantwortung an das dortige Jugendamt übergeben, während das vorher zuständige Jugendamt der Stadt Stuttgart kostenerstattungspflichtig wird.

Probleme in der Praxis bereitet die Feststellung der „auf Dauer“ angelegten Hilfe nach § 86 Abs. 6 SGB VIII. Der unbestimmte Rechtsbegriff „auf Dauer“ bedarf der Auslegung und unterliegt der vollen gerichtlichen Überprüfung. Die Grundlage für eine möglichst sichere Prognose über den künftigen Verbleib des Kindes oder Jugendlichen bilden der Hilfeplan und die in ihm festgehaltenen, bekannten Informationen.

Durch den Zuständigkeitswechsel versucht das Gesetz, die wachsende Bedeutung der Pflegefamilie für das Kind anzuerkennen und Dauerpflegeverhältnissen mit Beratung und Unterstützung in einem Jugendamt vor Ort zur Seite stehen zu können. Auf der anderen Seite können sich durch einen Wechsel der Zuständigkeit auch Probleme ergeben, da dieser mit einem personellen Wechsel, einem Wechsel der Fallverantwortung und dadurch mit Belastungen der Leistungsadressaten und somit des gesamten Hilfeprozesses einhergeht.⁷⁹

Eine Besonderheit in Stuttgart ist es, dass der § 86 Abs. 6 SGB VIII in den zehn Bereichen innerhalb Stuttgarts keine Anwendung findet. Es kommt in

⁷⁹ Vgl. Schindler, in Münder/Wiesner/Meysen (Hrsg.), 2011, S. 421.

Hilfen innerhalb Stuttgarts demnach zu keinen Bereichs- und Mitarbeiterwechseln.⁸⁰

5.1.3.2 Sich ggf. aus der Zuständigkeit ergebende Kostenerstattungen

Durch die Kostenerstattung werden Orte mit einer Vielzahl an Pflegestellen und Einrichtungen vor finanziellen Mehrbelastungen geschützt, die ihnen durch die verhältnismäßig hohe Anzahl von Jugendhilfeleistungen entstehen.

Kommt es in einem Vollzeitpflegefall zu einem Wechsel der Zuständigkeit gem. § 86 Abs. 6 SGB VIII von Stuttgart an einen anderen Jugendamtsbereich, stellt die WJH Stuttgart die Hilfe durch einen Einstellungsbescheid ein. Die pädagogische Betreuung und Beratung sowie die Auszahlung der finanziellen Leistungen an die Pflegefamilie übernimmt ab diesem Zeitpunkt das nunmehr zuständig gewordene Jugendamt. Die Stadt Stuttgart ist jedoch zur Erstattung der anfallenden Kosten für zukünftige Leistungen im Rahmen der Vollzeitpflege verpflichtet und bezahlt regelmäßig Erstattungsrechnungen (§ 89a SGB VIII). Trotz der Pflicht zur Kostenerstattung, führt die Fallübergabe zu Einsparungen für das Jugendamt Stuttgart, da Verwaltungskosten, z.B. für die Vorhaltung von Personal, nicht erstattet werden müssen.⁸¹ Trotzdem geben viele Mitarbeiter die Verantwortung für ihre Fälle nicht gerne an andere Jugendämter ab. Sie haben die Kinder und ihre Familien zwei Jahre, manchmal sogar länger, betreut, kennen alle Beteiligten und deren Lebenssituation und setzen auf Kontinuität im Hilfeverlauf.

⁸⁰ Vgl. Interview mit Frau Lässig (WJH), 11.07.2012, Anlage 9.

⁸¹ BVerwG, Urteil vom 05.11.1992, Az.: 5 C 15.92.

5.1.4 Auswahl der Pflegefamilie

Wird in der Fallbesprechung der Fachkräfte die Vollzeitpflege als geeignete Hilfevariante dargestellt und vom Kind und den Personensorgeberechtigten ernsthaft in Betracht gezogen, gilt es eine für das Kind und seine Lebenssituation passende Pflegefamilie zu finden.

Der erste Schritt bei der Auswahl der geeigneten Pflegefamilie ist oftmals, die nähere Verwandtschaft des Kindes zu durchleuchten, sollten sich diese eine Unterbringung des Kindes in ihrem Haushalt wünschen. Auch Verwandte müssen nach § 27 Abs. 2a SGB VIII als Pflegestelle grundgeeignet sein und die Sorgeberechtigten bei einer Entscheidung mit ihrem Wunsch- und Wahlrecht berücksichtigt werden. Sind Verwandte bereit und in der Lage, den erzieherischen Hilfebedarf des Kindes zu decken, werden sie unter Gesamtabwägung aller Argumente i.d.R. vorrangig vor fremden Pflegefamilien eingesetzt.

Scheiden Verwandte als Pflegepersonen aus, wird in Stuttgart zuerst der Schwerpunktträger nach geeigneten Familien durchsucht. Wenn z.B. im Bereich Zuffenhausen das Flattichhaus eine Familie anbieten kann, kooperiert es im weiteren Verlauf mit dem PKD. Kann der Schwerpunktträger aber keine Familie anbieten, muss der PKD eine sowohl generell geeignete, als auch eine für das Kind und seine Bedürfnisse speziell geeignete Pflegefamilie finden.⁸² Die Eltern und das Kind werden an dieser Auswahl beteiligt.

Zu Problemen kann es dann kommen, wenn sich PKD und ASD bei der Auswahl der Pflegefamilie fachlich uneinig sind. Die Überprüfung und Bereitstellung einer geeigneten Familie ist in Stuttgart zwar Aufgabe des PKD, der ASD trägt jedoch die Fallverantwortung in HzE-Fällen.⁸³ Für den weiteren Hilfeverlauf ist es von großer Bedeutung, eine Einigung der beiden Dienste zu erlangen, um eine gute Zusammenarbeit zu gewährleisten.

⁸² Zur Verdeutlichung siehe Checkliste: Leitfaden zum Überprüfungsverfahren neuer Pflegeeltern, Anlage 10.

⁸³ Vgl. Interview mit Frau Heugel (PKD), 26.06.2012, Anlage 1.

Nach Auswahl der geeigneten Familie arbeiten die Sozialarbeiter des PKD und des ASD gemeinsam an der Vorbereitung der Inpflegenahme.

5.1.5 Das Kontraktgespräch/die Hilfeplanung

In Kontraktgesprächen wird wie bereits der Name schon vermuten lässt, ein „Kontrakt“ der mitwirkenden Parteien geschlossen. Die Leistung soll mittels eines Vertrages entwickelt werden, der die Mitwirkungsbereitschaft der Leistungsberechtigten verdeutlicht und auf ihr aufbaut. An den Gesprächen sind alle für die Leistungserbringung wichtigen Personen zu beteiligen. Im Rahmen einer Vollzeitpflege sind das u. a. der zuständige Mitarbeiter des ASD, der PKD, die Pflegeeltern, ggf. das Pflegekind und die Herkunftsfamilie und/oder der Vormund⁸⁴. Bei Bedarf können auch die Mitarbeiter der WJH an den Kontraktgesprächen teilnehmen, um die Rechtmäßigkeit der Leistung zu beurteilen und die Beteiligten über finanzielle Leistungen (bspw. das Pflegegeld) bzw. die Heranziehung der Eltern zu den Kosten der Fremdunterbringung zu informieren.

In jedem Kontraktgespräch wird ein Hilfeplan aufgestellt, in dem der aktuelle Stand und zukünftige Ziele formuliert werden. Es werden Absprachen über die weitere Zusammenarbeit getroffen, Kontaktzeiten der beiden Familien des Kindes vereinbart und die kurz- und langfristige Perspektive des Kindes in der Pflegefamilie erarbeitet.

Kontraktgespräche finden prinzipiell vor Beginn einer Hilfe statt und dann in regelmäßigen, zeitnahen Abständen; gängige Praxis in Stuttgart sind alle drei Monate, was je nach Bedarf aber beliebig ausgeweitet werden kann. Soll die bereits bestehende Hilfe oder ihre Ziele verändert oder ergänzt werden, werden hierzu ebenfalls Kontraktgespräche angesetzt bzw. der Fall erneut ins STT eingegeben. Die Kontrakte sind abschließend jeweils von allen am Gespräch Beteiligten zu unterzeichnen.⁸⁵

⁸⁴ Falls es einen Vormund gibt, muss dieser als Sorgeberechtigter unbedingt beim Kontraktgespräch anwesend sein.

⁸⁵ Vgl. Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und Leistungserbringung der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart, 2002, S. 16 - 17, Anlage 8.

Probleme in der Praxis können auch hier in der Zusammenarbeit des ASD und des PKD liegen. Die beiden Dienste vertreten durch ihre intensive Arbeit mit jeweils einer der beiden Familien vorrangig meist deren Interessen in Bezug auf das (Pflege-) Kind, was natürlich zu Konfliktpotenzial während des gesamten Hilfeverlaufes führt.⁸⁶

5.2 Während der Hilfe

5.2.1 Die Bewilligung

Die im Kontraktgespräch vereinbarten Maßnahmen müssen rechtlich in einem von der WJH ausgestellten Bewilligungsbescheid der Leistung bestätigt werden. Dieser sogenannte Leistungsbescheid über die Hilfe zur Erziehung in Form der Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII wird (mit Postzustellungsurkunde) an die Sorgeberechtigten als Adressaten versandt. Nur sie haben gem. § 27 Abs. 1 SGB VIII einen Anspruch auf Hilfe zur Erziehung. Je nach Fallkonstellation können das entweder die Eltern, das Jugendamt als Amtsvormund oder die Pflegefamilie als Vormund sein. Die übrigen an der Hilfe beteiligten Personen erhalten eine Mehrfertigung des Bescheides zur Kenntnis. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird der Bewilligungsbescheid in Stuttgart mit dem Bescheid verbunden, der das Pflegegeld für die Unterbringung und Erziehung des Pflegekindes gewährt (§ 39 SGB VIII ist Annexanspruch).

Die Herkunftsfamilie des Kindes weiß dadurch genau, wie viel Pflegegeld die Pflegefamilie ihres Kindes erhält, was bei Fremdunterbringungen gegen den Willen der Eltern möglicherweise zu Unverständnis und Konflikten führen kann.⁸⁷

Zusätzlich zum laufenden Pflegegeld kann die Pflegefamilie direkt oder über den PKD bei der WJH sogenannte einmalige Leistungen beantragen, z.B. einen Betrag für die Erstausrüstung oder einen Ferienzuschuss für Urlaube mit der Pflegefamilie. Jeder dieser Zuschüsse wird einzeln und

⁸⁶ Vgl. Interview mit Frau Weibler (ASD), 23.07.2012, Anlage 3.

⁸⁷ Vgl. Interview mit Frau Heugel (PKD), 26.06.2012, Anlage 1.

nur auf Antrag bewilligt. Ein Vorschlag des PKD Stuttgart in den letzten Jahren ging in die Richtung eines Pauschalbetrages, der alle einmaligen Leistungen einheitlich für alle Pflegefamilien beinhalten soll. Diese Gesamtzahlung würde zu einer Vereinfachung des Alltages der meisten Pflegefamilien führen, da Leistungen bei Bedarf nicht immer extra beantragt werden müssten. Die geringere Anzahl an Anträgen würde auch den Arbeitsaufwand für die WJH einschränken, die alle Anträge gesondert prüfen und anschließend bewilligen oder ablehnen muss. Andererseits muss auch in Erwägung gezogen werden, dass rechtlich nicht allen Pflegefamilien alle einmaligen Leistungen zustehen (z.B. erhalten Pflegefamilien keinen Zuschuss für die Erstausrüstung der Pflegestelle, wenn sie diese bereits besitzen). Ein Pauschalbetrag wäre somit zwar eine Erleichterung im Alltag für Pflegefamilie und Verwaltung, bringt insgesamt aber höhere Gesamtkosten mit sich. Diese Argumente müssen bei der Entscheidung für oder gegen einen Pauschalbetrag mit berücksichtigt werden.

Zu Problemen in der Praxis führt das Thema des erhöhten Erziehungszuschlages, der des Öfteren vom Pflegekinderdienst der Stadt Stuttgart bei der WJH beantragt wird. Er wird bei besonders schwierigen und verhaltensauffälligen Kindern oder Jugendlichen gewährt, um die zeitliche und therapeutische Mehrbelastung auszugleichen. Bisher gibt es keine klaren Regelungen, welche genauen Voraussetzungen für welche Erhöhung erfüllt sein müssen, was eine Einschätzung für oder gegen eine Gewährung des Zuschlages für die Verwaltungsmitarbeiter im Jugendamt relativ schwierig macht.⁸⁸

Eine Besonderheit in Stuttgart ist die Tatsache, dass die Hilfe für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII entgegen der Gesetzesformulierung als sogenannte „Soll-Leistung“, i.d.R. als Pflichtleistung angesehen wird. Wird ein Antrag gestellt und die Voraussetzungen liegen vor, erhalten junge Volljährige ohne große Schwierigkeiten eine Hilfe. Das sollte zwar im Hin-

⁸⁸ Vgl. Interview mit Frau Heugel (PKD), 26.06.2012, Anlage 1.

blick auf die Kinder- und Jugendhilfe die Regel sein, dennoch kommt es in vielen Städten oft in diesen Bereichen zu Einsparungen.

Parallel zum Bewilligungsbescheid erstellen WJH, ASD und PKD eigene, getrennte Akten und die WJH legt die bereits vorhandenen Daten über das Kind, seine Familie, gewährte Hilfen und finanzielle Leistungen in ihrem EDV-System, genannt Prosoz, an.⁸⁹

5.2.2 Mitteilungen über Kostenbeitragspflicht und Kostenbeitragsberechnung

Mit dem Bewilligungsbescheid der Vollzeitpflege erhalten die leiblichen Elternteile des Kindes jeweils eine gesonderte Mitteilung über ihre Pflicht zur Erbringung eines Kostenbeitrages an der gewährten Hilfe. Dieses Schreiben wird in Stuttgart immer mit einer zu unterzeichnenden Empfangsbestätigung verschickt, da erst der Zeitpunkt der Zustellung den Beginn der Kostenbeitragspflicht markiert.

Neben der Mitteilung über die Kostenbeitragspflicht erhalten die Eltern außerdem eine Anfrage über ihre jeweilige Einkommenshöhe, die mit entsprechenden Nachweisen bestätigt werden muss. Nur so kann die WJH die Unterhaltsfähigkeit der Eltern feststellen und die angemessenen Kostenbeiträge berechnen.

Erhalten die Eltern noch Kindergeld für das nun in Vollzeitpflege untergebrachte Kind, müssen sie einen Mindestkostenbeitrag in Höhe des Kindergelds zahlen (§ 94 Abs. 3 SGB VIII). Kommen die Eltern dieser Pflicht nicht nach, kann die WJH einen Erstattungsanspruch bei der Familienkasse (§ 74 Abs. 2 EStG i.V.m. §§ 104 und 111 SGB X) anmelden, um die Abzweigung des Kindergeldes zur Deckung der Jugendhilfekosten in die Wege zu leiten. Das Kindergeld steht bei Vollzeitpflege den Pflegeeltern zu, wird aber anteilig auf das Pflegegeld angerechnet (§ 39 Abs. 6 SGB VIII).

⁸⁹ Vgl. Interview mit Frau Lässig (WJH), 11.07.2012, Anlage 9.

5.2.3 Beantragung von Sozialleistungen

Eine sehr wichtige Aufgabe der WJH in einem Vollzeitpflegefall ist es, die Kosten der Unterbringung und des täglichen Lebens des Kindes bereitzustellen. Neben der Berechnung des Kostenbeitrags der Eltern, prüft sie daher auch Ansprüche des Kindes gegen Dritte und beantragt diese.

Sind ein oder beide Elternteile verstorben, steht dem Kind Halb- bzw. Vollwaisenrente i.d.R. aus der gesetzlichen Renten- oder Unfallversicherung des verstorbenen Elternteiles zu. Sie soll den entfallenden Unterhaltsanspruch der Kinder gegen den oder die Verstorbenen ersetzen.

Jugendliche in Berufsausbildung oder während dem Studium können unter bestimmten Voraussetzungen Berufsausbildungsbeihilfe bzw. Bafög erhalten, die die WJH beim zuständigen Amt für Ausbildungsförderung bzw. beim Studentenwerk der zuständigen Hochschule beantragt.

5.3 Einstellung der Hilfe/ Beendigung des Pflegeverhältnisses

Ein Pflegeverhältnis kann aus unterschiedlichen Gründen beendet werden. Unabhängig davon sollte die Beendigung sorgfältig geplant und alle Beteiligten dabei pädagogisch begleitet werden. In einem Abschlussgespräch wird die Geeignetheit der Hilfe nachträglich eingeschätzt und die erreichten Ziele von den Beteiligten bewertet. Bei Bedarf werden Abschlussvereinbarungen getroffen oder eventuell notwendige, weiterführende Hilfen für das Kind und/oder die Herkunftsfamilie in die Wege geleitet.⁹⁰ Die WJH sendet den Bescheid über die Einstellung der Hilfe an die Personensorgeberechtigten als Adressaten, sowie an die übrigen Beteiligten zur Kenntnisnahme.

Manchmal kann das abrupte Ende einer Vollzeitpflege allerdings nicht verhindert werden. Die Eltern können ihr Kind gem. § 1631 Abs. 1 BGB z.B. aus der Pflegefamilie herausnehmen, solange sie noch über das Aufenthaltsbestimmungsrecht verfügen. Auch bei einem Widerruf oder der

⁹⁰ Vgl. Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und Leistungserbringung der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart, 2002, S. 18 - 19, Anlage 8.

Rücknahme der Pflegeerlaubnis der betreuenden Pflegepersonen muss es zu einer schnellen Beendigung der Hilfe im Haushalt der Pflegefamilie kommen. Das Wohl des Kindes ist offensichtlich nicht mehr gewährleistet und der PKD muss nach einer anderen Unterbringungsmöglichkeit suchen.

5.3.1 Rückführung in die Herkunftsfamilie

Im Rahmen der Kontraktgespräche wird von Seiten des ASD mit dem Pflegekind, der Pflegefamilie und der Herkunftsfamilie eine Entscheidung darüber getroffen, ob die Hilfe in Fremdunterbringung auf Dauer angelegt oder aber zeitlich begrenzt sein soll. Wenn sich die Bedingungen in der Herkunftsfamilie positiv und nachhaltig verändert haben und eine Rückkehr realisiert werden soll, braucht es eine gute Vorbereitung aller Parteien von Seiten des Jugendamtes. Der ASD berücksichtigt dabei das Alter des Kindes - bei kleineren Kindern dauert eine Rückführung oft weniger lang als bei größeren, für deren Wiedereinbindung in seine leibliche Familie sogar über ein Jahr vergehen kann. Das Kind kann je nach Alter außerdem von seinem Wunsch und Wahlrecht gem. § 5 SGB VIII Gebrauch machen. Hilfe erhalten Kinder und Jugendliche vom ASD und PKD, die ihnen Orientierung bei der Entscheidungsfindung liefern sollen.

Der Großteil der Pflegeverhältnisse in Stuttgart ist jedoch dauerhaft angelegt. Im Jahr 2012 waren es lediglich drei Kinder, die nach ein bis zwei Jahren der Fremdunterbringung in ihr Elternhaus zurückgekehrt sind. Das liegt sicherlich auch mit an dem sehr gut ausgebauten Bereitschaftspflegesystem vor Ort, das bei kurzweiligen bzw. spontanen Vollzeitpflegefällen vorrangig bereitstehen muss.⁹¹ Bereitschaftspflegefamilien nehmen Kinder und Jugendliche nur für kurze Zeiträume z.B. in Notfällen oder als Übergangslösung in ihrem Haushalt auf, bis die Kinder in andere Familien oder Unterbringungen weitervermittelt oder in ihre Herkunftsfamilie zurückgebracht werden können.

⁹¹ Vgl. Interview mit Frau Heugel (PKD), 26.06.2012, Anlage 1.

Eine Betreuung durch ambulante Beratungsdienste oder ggf. eine sozialpädagogische Familienhilfe kann der Herkunftsfamilie und dem Kind in der Anfangszeit nach der Rückführung hilfreiche Unterstützung bieten.

Schwierig wird eine vom ASD geplante Rückführung dann, wenn sie dem Willen des Vormundes des Kindes entgegensteht. Probleme mit dem Familiengericht sind in diesen Fällen vorprogrammiert, da das Aufenthaltsbestimmungsrecht zu den Rechten des Vormundes gehört.⁹²

5.3.2 Eingliederung in andere Unterbringung

Kann die Hilfe zur Erziehung in der gegenwärtigen Pflegefamilie nicht fortgesetzt werden, wird entweder die Unterbringung in einer anderen Pflegefamilie oder ein Wechsel der bisherigen Hilfeart, z.B. in eine Heimerziehung oder ein betreutes Jugendwohnen, nötig. Die Aufgabe des zuständigen ASD-Mitarbeiters ist es nun im Hilfeplanverfahren herauszufinden, aus welchen Gründen das Pflegeverhältnis gescheitert ist und welche weiterführende Hilfeform für das Kind oder den Jugendlichen in seiner Situation geeignet wäre. Für die Suche nach einer neuen Pflegefamilie arbeitet der ASD erneut eng mit dem PKD zusammen, während bei der Suche nach einem Heimplatz v.a. die Kooperation mit dem Schwerpunktträger oder im Einzelfall mit anderen als geeignet bewerteten Heimträgern erforderlich ist. Wichtig ist, dass das Kind oder der Jugendliche während des Wechsels seinen bekannten Ansprechpartner beim ASD (und ggf. PKD) behält, um den Übergang so einfach wie möglich zu gestalten.

⁹² Vgl. Interview mit Frau Fox-Rappold (Vormundschaften), 27.06.2012, Anlage 5.

5.3.3 Adoption

Vor und während langfristiger Hilfen außerhalb des Elternhauses ist das Jugendamt (der ASD) gem. § 36 Abs. 1 S. 2 SGB VIII dazu verpflichtet, die Möglichkeit einer Annahme des Kindes zu prüfen. Eine Adoption ist nicht als Zwang zu verstehen, gegenüber einer Fremdunterbringung aber grundsätzlich vorrangig.⁹³

In der Praxis adoptieren Pflegefamilien, die ein Kind bereits als Pflegekind betreuen, eher selten. Ein Grund dafür ist die im Regelfall benötigte Zustimmung der Eltern gem. § 1747 Abs. 1 BGB. Wenn die Eltern die Zustimmung verweigern, kann diese in bestimmten Fällen nach eingehender Prüfung der Gesamtsituation durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden, bspw. bei anhaltender oder grober Pflichtverletzung der Eltern, Gleichgültigkeit gegenüber dem Kind oder geistigem Gebrechen der Sorgeberechtigten. Die Schwelle für eine solche Ersetzung der Zustimmung ist demnach relativ hoch.⁹⁴ Neben der Einwilligung der Eltern in die Adoption ist außerdem auch die des Kindes (mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters) nötig, wenn es das 14. Lebensjahr erreicht hat.

Die Adoption eines Pflegekindes bringt möglicherweise aber auch finanzielle Probleme mit sich. Da mit der Annahme des Kindes die Leistungsvoraussetzungen einer Hilfe zur Erziehung in Form der Vollzeitpflege gem. §§ 27 i.V.m. 33 SGB VIII entfallen, wird diese von der WJH eingestellt. Gleichzeitig mit der Einstellung der Vollzeitpflege enden auch die wirtschaftlichen Jugendhilfeleistungen wie das Pflegegeld gem. § 39 SGB VIII für das Kind. Die Adoptivpflegeeltern werden daraufhin nach § 1751 Abs. 4 BGB dem Kind gegenüber vorrangig zum Unterhalt verpflichtet. Da die Lebenshaltungskosten im Raum Stuttgart relativ teuer sind und i.d.R. ein Pflegeelternteil wegen der Betreuung des Kindes nicht oder nur halbtags arbeiten kann, können viele Pflegefamilien nur sehr schwer auf das Pflegegeld verzichten.

⁹³ Vgl. Blandow, Pflegekinder und ihre Familien, 2004, S. 105.

⁹⁴ Vgl. Blandow, Pflegekinder und ihre Familien, 2004, S. 105.

5.3.4 Verselbstständigung

Vollzeitpflegen enden, wie alle Hilfen zur Erziehung, mit Erreichen der Volljährigkeit kraft Gesetzes. Der junge Mensch ist nicht mehr Kind oder Jugendlicher i.S.d. § 7 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB VIII und damit liegt eine wichtige Voraussetzung des § 27 Abs. 1 SGB VIII nicht mehr vor. In begründeten Einzelfällen soll die Vollzeitpflege gem. § 41 Abs. 1 SGB VIII allerdings weitergewährt werden, wenn der erzieherische Bedarf fortbesteht und die Entwicklung des jungen Menschen ansonsten gefährdet wäre.

Für die Gewährung einer Hilfe für junge Volljährige ist ein erneuter Antrag erforderlich, diesmal jedoch vom jungen Menschen, der ab Erreichen der Volljährigkeit selbst anspruchsberechtigt wird. Der zuständige ASD-Mitarbeiter muss dann den erzieherischen Bedarf überprüfen und ggf. bestätigen.

Die Stuttgarter Kinder- und Jugendhilfe hat sich zum Ziel gesetzt, diese „Soll-Vorschrift“ nicht als Sparmaßnahme zu sehen und auf die Finanzierung der jungen Menschen durch ihre Pflegefamilien zu setzen, sondern zum Wohl des jungen Menschen jede notwendige Hilfe zu leisten.

Auch nach Beendigung einer entsprechenden Hilfe sollen junge Volljährige gem. § 41 Abs. 3 SGB VIII im notwendigen Umfang vom Jugendamt beraten und unterstützt werden.

6. Aktuelle Statistik

Seit einigen Jahren veröffentlicht der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg eine Auswertung zur Fallzahlenentwicklung der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen in Baden-Württemberg. Durch die landesweit einheitlich erhobenen Daten der örtlichen Jugendhilfeträger lassen sich Rückschlüsse auf bestimmte Trends und Wendepunkte in der Vollzeitpflege ziehen.

6.1 In Baden-Württemberg

Im Jahr 2011 lebten in Baden-Württemberg insgesamt 2.262.287 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 21 Jahre. 56.616 von ihnen erhielten eine Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 – 35 SGB VIII. Das ergibt eine Steigerung der HzE-Fälle von den in 2010 erfassten 55.221 Hilfen um 3 %.⁹⁵

Diese wenngleich auch relativ geringe Steigerung macht deutlich, dass trotz dem fortschreitenden Geburtenrückgang und somit einer Abnahme der Bevölkerung im Alter von 0 bis 21 Jahre, der Bedarf nach Beratung und Unterstützung von Kindern und ihren Familien nicht parallel zurückgegangen, sondern im Gegenteil sogar größer geworden ist.

8.541 Kinder und Jugendliche haben in 2011 eine Hilfe nach § 33 SGB VIII erhalten, was eine leichte Steigerung zum Jahr 2010 mit 8.426 Fällen aufzeigt. Im Vergleich dazu stiegen die Fälle der Heimerziehung gem. § 34 SGB VIII von 10.494 in 2010 auf 10.587 in 2011 ebenfalls nur um 1 %.⁹⁶

Durch die geringe Veränderungsdynamik in den Hilfen zur Erziehung hat sich also auch an der Verteilung der stationären Hilfe auf Vollzeitpflege und Heimerziehung relativ wenig geändert.

6.2 In Stuttgart

In der Landeshauptstadt Stuttgart lag die Zahl der 0 bis 21-jährigen im Jahr 2011 bei 107.393. Die Anzahl an HzE-Fällen blieb mit 3.048 in 2010, zu 3.054 in 2011 nahezu konstant.

Im Gegensatz zu Baden-Württemberg verzeichnet Stuttgart jedoch einen 2 %-igen Rückgang der Hilfen nach § 33 SGB VIII von 559 Fällen in 2010 auf 547 in 2011. Von diesen 547 Kostenfällen wurden allerdings nur 426

⁹⁵ Vgl. KVJS: Die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen in Baden-Württemberg im Jahr 2011- Kerntendenzen, 2011, Anlage 11.

⁹⁶ Vgl. KVJS: Die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen in Baden-Württemberg im Jahr 2011- Kerntendenzen, 2011, Anlage 11.

wirklich vom Jugendamt Stuttgart betreut. Bei den restlichen Hilfen handelte es sich lediglich um Kostenerstattungsfälle gem. §§ 89 ff. SGB VIII.

Neben den Fällen nach § 33 SGB VIII, gab es im Jahr 2011 außerdem 10 seelisch behinderte Kinder oder Jugendliche, die auf der Grundlage des § 35a SGB VIII in einer Pflegefamilie lebten und vermutlich noch leben. Auch im Rahmen der Hilfen für junge Volljährige kann gem. § 41 Abs. 2 SGB VIII Vollzeitpflege gewährt werden. In Stuttgart gab es im Jahr 2011 41 dieser Hilfen, was sich prozentual ungefähr mit dem Gesamtergebnis in Baden-Württemberg deckt.⁹⁷

Interessant ist, dass in Stuttgart ungefähr doppelt so viele Kinder in Heimerziehung nach § 34 SGB VIII betreut werden (im Jahr 2011 waren es 1171⁹⁸), wie gem. §§ 27 Abs. 1, 33 SGB VIII in Pflegefamilien leben. Diese Zahlen sind über die letzten Jahre zwar konstant geblieben, zeigen aber, dass die Vollzeitpflege in Stuttgart - im Vergleich zu den Gesamtzahlen in Baden-Württemberg - durchaus noch ausbaufähig ist.

7. Fazit

Zu Beginn der vorliegenden Bachelorarbeit wurde das Ziel formuliert, den rechtlichen Rahmen der Vollzeitpflege umfassend darzustellen und anschließend den praktischen Ablauf einer Hilfe anhand des Beispiels der Stadt Stuttgart zu veranschaulichen.

Obwohl die Stadt Stuttgart in ihrer Position als Landeshauptstadt bestrebt ist, die Ausgestaltung ihrer Hilfen in der Kinder- und Jugendhilfe zu optimieren, lässt sich feststellen, dass auch sie sich im Bereich der Vollzeitpflege immer wieder mit rechtlichen Unklarheiten sowie kleineren (Abgrenzungs-)Problemen und Herausforderungen in der täglichen Fallarbeit konfrontiert sieht. Es muss allerdings festgehalten werden, dass die Auswirkungen dieser Abgrenzungsprobleme und rechtlichen Unklarheiten mi-

⁹⁷ Vgl. KVJS: Kreisbezogene Auswertungen der Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen im Jahr 2011 – Tabellen, 2011, Anlage 12.

⁹⁸ Vgl. KVJS: Kreisbezogene Auswertungen der Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen im Jahr 2011 – Tabellen, 2011, Anlage 12.

nimiert werden können, solange die zuständigen Dienste intern wie auch extern sinnvoll vernetzt sind, miteinander kooperieren und sich regelmäßig austauschen. All dies dient dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen, welches letztlich im Mittelpunkt einer jeden Leistung der Kinder- und Jugendhilfe stehen sollte.

Anlagen

Anlage 1:

Interview mit Frau Helga Heugel - Leitung Pflegekinderdienst/ Bereitschaftspflege Stuttgart - am 26.06.2012

Fragenkatalog:

1. Wie würden Sie Ihren Arbeitsalltag beschreiben? Was sind Ihre Aufgaben, Rechte und Pflichten?

- Stellung als Bereichsleitung
- Die Leitungstätigkeit beinhaltet sowohl Personalverantwortung und die Betreuung von Einzelfällen.
- Der PKD betreut Kinder in Pflegefamilien mit örtlicher Zuständigkeit Stuttgart (Vollzeitpflegefälle nach § 33 SGB VIII und § 41 SGB VIII; Bereitschaftspflegefälle nach § 33 SGB VIII oder bei Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII).
- Erteilung von Pflegeerlaubnissen gem. § 44 SGB VIII
- Vermittlung von Adoptionsverhältnissen

2. Wie lange sind Sie schon im Pflegekinderdienst tätig? Gibt es besonders positive und negative Aspekte in Ihrer Arbeit?

- Studium der Sozialen Arbeit in Würzburg; Abschluss 1996
- Ab Herbst 1996 bis 2003 Arbeit im Beratungszentrum Wangen.
- Seit 2003 im PKD Stuttgart Mitte tätig.
- Positiv: Pflegekinderarbeit ist ein dankbares Arbeitsfeld; für die Kinder ergeben sich in bzw. nach Pflegeverhältnissen bessere Chancen; Zusammenarbeit mit vielen routinierten und qualifizierten Mitarbeitern; man lernt in seiner Arbeit viele unterschiedliche Menschen und Familien kennen.
- Negativ: Arbeit in einem großen Spannungsfeld, vor allem bei Besuchskontakten.

3. Für welches Gebiet und ab welchem Zeitpunkt sind Sie zuständig?

- Zeitpunkt: ab Bedarf der Unterbringung des Kindes in einer Pflegefamilie/ Bereitschaftspflegefamilie; BZ kontaktiert PKD.
- Räumlich: Für ganz Stuttgart; die Mitarbeiter des PKD sind zwar auf Gebiete aufgeteilt, haben jedoch eine gewisse Flexibilität in der Zu-

teilung der Fälle; die Zuständigkeiten können sich intern ändern;
Kontinuität in der Betreuung steht im Vordergrund

4. Welche Arten der Vollzeitpflege gibt es?

- Fremdpflegefamilie
- Verwandtenpflegefamilie

5. Wie wird die Eignung einer möglichen Pflegefamilie überprüft?

- Es gibt wenig „harte“ Kriterien, die im Gesetz festgehalten sind. Ein großer Teil der Überprüfung ist Profilarbeit mit der möglichen Pflegefamilie.
- Bei Fremdpflegefamilien: Zuerst allgemeine Überprüfung (Hausbesuche, Formalien), dann spezielle Überprüfung für konkretes Kind (Familie und Kind sollen möglichst gut zueinanderpassen).

6. Wie oft finden Hausbesuche in Pflegefamilien statt?

- Es gibt keine rechtliche Vorgabe, die Anzahl der Kontakte ist nicht allgemein festgelegt.
- In Stuttgart sind es 2 - 4 Besuchskontakte Minimum pro Jahr, ist aber nach oben offen.
- Meist trifft sich der Mitarbeiter des PKD mit den Kindern und der Pflegefamilie. Wenn möglich und mit Zustimmung des PKD kann auch die Herkunftsfamilie teilnehmen.
- Der Kontakt zu den Kindern muss auch in Einzelgesprächen gegeben sein.

7. Sind die Pflegekinder in Stuttgart eher dauerhaft in Pflegefamilien vermittelt oder nur als Übergangslösung? Warum?

- Zum Großteil sind die Vollzeitpflegefälle in Stuttgart dauerhaft untergebracht.
- Das liegt an dem sehr gut ausgebauten Bereitschaftspflegefamiliensystem, d.h. Kinder kommen erst dann in eine Pflegefamilie, wenn die Fremdunterbringung auf längere Sicht oder von Vorneherein dauerhaft nötig ist.
- Ausnahmen sind geplante Aufenthalte, d.h. Kurzzeitpflege.
- In 2012 sind 3 Kinder nach jeweils ca. 1-2 Jahren in ihr Elternhaus zurückgekehrt.

8. Gibt es eine landes- oder bundesweite Verwaltung der Pflegefamilien? (z.B. bezüglich der Eignung)

- Nein, so etwas gibt es (noch?) nicht. Es gibt jedoch viel Kooperation zwischen umliegenden Jugendämtern.
- Für behinderte Kinder und Jugendliche gibt es den „Bundesverband für behinderte Kinder“.

9. Gibt es in Deutschland einheitliche Standards im Pflegekinderwesen?

- Es gibt generell wenige Rechtsgrundlagen zum Thema Pflegekinderwesen. Einige stehen jedoch im BGB und SGB VIII.
- Einheitliche Standards und Qualitätsstandards in der Arbeit der PKD gibt es in Deutschland eher nicht.
- Es fehlt auch an einer Forschung, inwieweit eine Vollzeitpflege bzw. eine Betreuung durch den PKD dem Pflegekind Nutzen bringt oder was als besonders positiv/negativ erlebt wird.

10. Gibt es den Pflegekinderdienst deutschlandweit?

- Nein. Das Angebot der Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII gibt es allerdings deutschlandweit.
- Die Organisation ist jedoch sehr unterschiedlich. In Stuttgart ist der PKD bspw. nicht fallverantwortlich.

11. Haben Sie aktuelle Statistiken zu Pflegefamilien in Stuttgart (aktueller Stand, Entwicklung, Vergleich mit anderen Städten)?

- Siehe Unterlagen des KVJS (Jugendhilfe Statistiken 2011)
- Momentan leben 238 Kinder in Pflegefamilien, für die Stuttgart zuständig ist. Etwa 86 % davon leben wirklich in Stuttgart, der Rest außerhalb.
- Ca. 200 Familien in Stuttgart sind mit Pflegekindern „belegt“.
- Der PKD umfasst 4,25 Stellen. Einige Mitarbeiter arbeiten in Teilzeit.
- Die Entwicklung in der Vollzeitpflege ist nur leicht steigend, ansonsten relativ konstant (Grund hierfür kann eine Fokussierung auf den Kinderschutz sein, die tendenziell schnellere Eingriffe und Fremdunterbringungen mit sich bringt).

12. Gibt es Besonderheiten in Stuttgart?

- Der PKD ist ein zentrales Angebot und unabhängig von den Schwerpunktträgern der einzelnen Bereiche.
- Der PKD ist angegliedert an die Erziehungsstellen des Jugendamtes.

13. Gibt es Probleme in Ihrer Arbeit (z.B. gesetzlich; mit den Herkunftsfamilien)?

- Antragssteller ist der Sorgeberechtigte bzw. Vormund, der Kostenbescheid ergeht an die leiblichen Eltern → Selbst wenn die Eltern kein Sorgerecht mehr innehaben, erfahren sie immer von der Fremdunterbringung und teilweise auch, wo genau ihr Kind untergebracht wird.
- Wenn Pflegefamilien bei besonders schwierigen Kindern zusätzliche Hilfe (z.B. eine ambulante Unterstützung durch das Jugendamt) benötigen und nicht Inhaber der Personensorge sind, muss die Hilfe vorher von den Personensorgeberechtigten, i.d.R. den leiblichen Eltern beantragt werden. Das kann zu erheblichen Spannungen zwischen den beiden Familien führen.
- Angebote für leibliche Eltern fehlen, z.B. ein spezieller HzE-Baustein für Eltern und Kind, psychologische Beratung, etc.

14. Gibt es Ihrer Meinung nach Änderungsbedarf im Gesetz/ Jugendhilferecht? Wenn ja, wo genau?

- Große Unsicherheit, da rechtliche Situation des Pflegekindes meist offen. Eine Adoption kann (fast) nur mit Zustimmung der Eltern erfolgen.
- Andere Länder handhaben dies unterschiedlich. Das deutsche Recht ist hier (vielleicht durch die deutsche Geschichte mit Zwangsadoptionen in der DDR) sehr vorsichtig.
- Das BGB ist stark elternorientiert, während das SGB VII schon fortschrittlicher und mehr auf das Kind ausgerichtet ist.

15. Haben Sie Verbesserungsvorschläge z.B. für Arbeitsabläufe oder die Handhabung von gesetzlichen Regelungen?

- Das Anfertigen einer Arbeitshilfe für die WJH, da bei einigen gesetzlichen Regelungen noch viele Unklarheiten bestehen.

- Einmalige Leistungen an Pflegefamilien könnten zur Vereinfachung eventuell pauschal ausgezahlt werden.
- Es gibt bisher keine einheitlichen, verbindlichen Standards, wann ein erhöhtes Pflegegeld bewilligt wird und welche Kriterien für welche Erhöhungen vorliegen müssen. Außerdem sind die Erziehungszuschläge immer nur für ein Jahr bewilligt, was einem Einkommensausfall bei pädagogischen Fachkräften, die ein besonders schwieriges Pflegekind Vollzeit betreuen, nicht gerecht wird.

16. Heim oder Pflegefamilie - Wie würden Sie das beurteilen?

- Das kann man nicht genau sagen. Es kommt erheblich auf den Einzelfall an.
- Es handelt sich hierbei auch um eine Kostenfrage, da Heimplätze deutlich teurer sind als die Unterbringung eines Kindes in einer Pflegefamilie.
- In Stuttgart gibt es aber glücklicherweise keinen Druck aus Kostengründen.

Anlage 2:**Der allgemeine Sozialdienst des Jugendamtes Stuttgart - Mitteilungsvorlage (GRDrS 817/2001; Stuttgart, den 25.10.2001)**

Landeshauptstadt Stuttgart
Referat Soziales/Jugend und
Gesundheit
Gz: SJG

GRDrS 817/2001

Stuttgart, 25.10.2001

Der Allgemeine Sozialdienst des Jugendamtes

Mitteilungsvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuß	Beratung	öffentlich	05.11.2001

Bericht:

Der Allgemeine Sozialdienst (ASD) des Jugendamtes ist ein Dienstleistungsangebot für die gesamte Landeshauptstadt, das die kommunale Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger sicherstellt. Er stellt Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und nach dem Bundessozialhilfegesetz zur Verfügung oder vermittelt diese. Er berät zu psychischen, sozialen und materiellen Problemen, die Familien, Kinder, Jugendliche und Erwachsene betreffen.

Der ASD übernimmt die Funktion einer Erstanlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger mit dem Ziel von Clearing, Information, Vermittlung, Beratung und Begleitung und der Krisenintervention.

Die Aufgaben des ASD sind im Produktkatalog der Landeshauptstadt Stuttgart detailliert beschrieben (Siehe Anlage 2). Aufgeteilt in die 10 Steuerungsbereiche des Jugendamtes stehen 10 Leitungsstellen und 82 Fachkraftstellen (Sozialarbeiter/ Sozialpädagogen) für die Basisarbeit zur Verfügung (Siehe Anlage 3).

Der Kinderschutz hat in den letzten Jahren als Aufgabe für den ASD in seiner Bedeutung erheblich zugenommen und hat deswegen in der Aufgabenpriorisierung absolute Vorrangstellung erhalten. Das ASD-Kinderschutzprojekt (Anlage 5) ist eine der Antworten darauf. Als Folge der Qualifizierung der Kinderschutzarbeit steht an, die Schnittstellen zu den wichtigsten Kooperationspartnern (z.B. Hilfen zu Erziehung, Suchthilfe, Sozialpsychiatrische Dienste, Sozialhilfe) mit dem Ziel verbindlicher Kooperationsabsprachen neu zu bearbeiten.

Grundlagenordner Stammwerk
Stand: 1. Oktober 2002

In der Zwischenzeit haben mannigfaltige Veränderungen in der Gesellschaft, bei den rechtlichen Grundlagen, in der Aufgabenstellung des Kinderschutzes, durch die Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsentwicklung des Jugendamts, durch den Ausbau der Krisenarbeit und durch die Einführung eines neuen Konzepts der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart die Arbeit des ASD beeinflusst und den Dienst vor neue fachliche Herausforderungen gestellt. Neue Aufgaben, die bisher nicht vom ASD wahrgenommen werden mußten, sind hinzugekommen (Siehe ausführliche Begründung in Anlage 1).

Als Folge aus diesen Entwicklungen ist eine deutliche Steigerung der Arbeitsqualität zu verzeichnen, die aus der konsequenten Einführung neuer partizipativer Arbeitskonzepte, dem Ausbau der Krisenarbeit und der Einarbeitung in neue Arbeitsinhalte resultiert.

Der Preis dafür liegt in einer extrem hohen Arbeitsverdichtung für die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die kombiniert ist mit einem Arbeitsdruck, der in Einzelfällen die persönlichen Belastungsgrenzen schon überstiegen hat. Dieser Arbeitsdruck hat die Qualität einer ständigen Hochspannung in bezug auf Entscheidungen bei Kindeswohlgefährdungen zwischen den Möglichkeiten der verbindlichen Zusammenarbeit mit den Betroffenen und des Eingreifens in das Sorgerecht von Eltern.

Mit dem internen Entwicklungsprozeß "ASD in Bewegung" hat das Jugendamt seine derzeitigen Möglichkeiten der Strukturierung und Priorisierung der Aufgabenerfüllung des ASD ausgeschöpft. Dieser Prozess brachte folgende Ergebnisse: Der Zugang zum ASD wird in Zukunft über eine Rezeption gesteuert, die täglich den ganzen Tag erreichbar ist. In einer Eingangsberatung durch eine Fachkraft werden die ersten Weichen gestellt. In einer Fallverteilung im Team wird der Fall der Fachkraft zugeordnet, deren Kompetenzprofil und zeitliche Möglichkeit eine zeitnahe und effiziente Bearbeitung garantiert. Die bisherige Straßenzuständigkeit für die einzelnen Fachkräfte wird aufgelöst zugunsten einer sozialraumbezogenen Teamorganisation. Für die Terminvergabe wurden je nach Dringlichkeit zeitliche Standards festgelegt (Siehe Anlage 6).

Die Veränderungen in den Aufgabenfeldern des Allgemeinen Sozialdienstes haben zu einer erheblichen Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt.

Mitzeichnung der beteiligten Stellen

Die Referate A und F haben die Vorlage mitgezeichnet.

Gabriele Müller-Trimbusch

Anlage 3:

Interview mit Frau Weibler – Allgemeiner Sozialdienst Stuttgart - am 23.07.2012

Fragenkatalog:

1. Wie würden Sie Ihren Arbeitsalltag (Aufgaben, Rechte und Pflichten) beschreiben?
 - Beratung von Kindern, Eltern oder ganzen Familien zu psychischen, sozialen oder materiellen Problemen.
 - Begleitung der Leistungserbringung.
 - Moderation bei Konflikten während der Hilfestellung.

2. Ab welchem Zeitpunkt werden Sie zuständig bzw. tätig?
 - ASD überprüft eine Familie.
 - Die Pflegefamilie hat Beratungs- und Erziehungsbedarf.
 - Die Herkunftsfamilie lebt hier, bzw. Pflegekind wird an Stuttgart abgegeben.

3. Mit welchen Diensten/Ämtern stehen Sie in Bezug auf Vollzeitpflege in Kontakt? Weshalb?
 - Freiwillig:
 - o Alle Stellen, zu denen die Eltern der Pflegekinder Kontakt haben (z.B. Ärzte, Therapeuten, ggf. Drogenberatung, etc.): Sie müssen für Einschätzung des Hilfebedarfs und der Dauer miteinbezogen werden.
 - o Sozialamt
 - o Evtl. das Meldeamt
 - Unfreiwillig (z.B. bei Sorgerechtsentzug):
 - o Gericht: ASD muss einen Gerichtsbericht verfassen
 - o Verfahrenspfleger
 - o Anwälte

4. Wie viele Fälle von Vollzeitpflege haben Sie?
 - Im Moment keinen.

5. Wie gestaltet sich der grundsätzliche Ablauf einer Vollzeitpflege?

- Die für den Einzelfall geeignete Hilfe wird gesucht.
- ASD meldet einen Bedarf an den PKD. Dieser sucht eine passende Familie. Vorher muss manchmal als Übergang eine Bereitschaftspflegefamilie gefunden werden.
- Anschließend Hilfeplangespräch mit den Eltern, dem ASD, evtl. dem Vormund (falls vorhanden), den Pflegeeltern und dem PKD. Abschluss eines Kontrakts
- Betreuung und Beratung bei Pflegefamilien macht der PKD
- BZ ist für die Herkunftsfamilie zuständig, daher Konfliktpotenzial aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen von PKD und ASD.
- Wenn die Herkunftsfamilie oft umzieht, kann der Zuständigkeitswechsel (bis zum Ablauf der 2 Jahre) beim ASD schnell gehen.
- Rückführung ja oder nein ist ein großes Thema des ASD. Der Mitarbeiter muss die Perspektive jedes Kindes genau im Blick haben.
- Die Rückführung kann aber auch schnell gehen, z.B. bei geplanten Aufenthalten in der Pflegefamilie. Je kleiner die Kinder sind, desto schneller geht die Rückführung. Je älter die Kinder, desto behutsamer muss die Rückführung angegangen werden.
- Das Wunsch- und Wahlrecht wird bei Kinder und Jugendlichen ab ca. 7-8 Jahren berücksichtigt. Trotzdem muss den Kindern Orientierung geboten werden.

6. Wie ist der Kontakt mit der WJH? Wie oft und in welchen Momenten haben Sie Kontakt/Berührungspunkte?

- Prinzipiell sehr gut!
- Es gibt kurze Wege, da man einen gemeinsamen Arbeitsplatz hat (Bündelung der Kompetenzen von ASD und WJH in einem Beratungszentrum).
- WJH bekommt eine Mehrfertigung fast aller Unterlagen des ASD.
- WJH prüft, ob die vom ASD angedachte Hilfe rechtmäßig ist.
- WJH bearbeitet Anträge der Pflegefamilie auf einmalige Leistungen. Der ASD weiß in den meisten Fällen vor dem Antrag darüber Bescheid und klärt die Bedingungen vorab mit der WJH ab.

7. Gibt es rechtliche oder praktische Schwierigkeiten oder Abgrenzungsprobleme der einzelnen Dienste bei der Vollzeitpflege?

- Die Parallelstrukturen von PKD und BZ ergeben ein Konfliktpotenzial, da ein Dienst die Pflegefamilie und einer die Herkunftsfamilie vertritt (unterschiedliche Interessenlagen).
- Bei der Auswahl einer geeigneten Pflegefamilie herrscht teilweise Uneinigkeit der Dienste.
- In der Hilfe gibt es viele Parteien, die mitreden und mitentscheiden möchten.

8. Haben Sie Verbesserungsvorschläge für Arbeitsabläufe?

- (etwas) mehr Unterstützung für Pflegefamilien in Form von Beratung, etc. ...

Anlage 4:

Referat Soziales, Jugend und Gesundheit Stuttgart; Kinder in Pflegefamilien – Konzeption, Stand: Januar 2012 (Auszug)



6. Aufgaben

Der Pflegekinderdienst hat folgende Aufgaben:

- Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung von Pflegefamilien
- Überprüfung der Pflegeeltern
 - Erteilung der Pflegeerlaubnis für Pflege ohne Hilfe zur Erziehung (§ 44 SGB VIII)
 - Eignungsfeststellung bei selbstinitiierten Pflegeverhältnissen
 - Eignungsfeststellung bei Verwandtenpflegeverhältnissen im Rahmen von Hilfe zur Erziehung
 - Eignungsfeststellungen für Pflegefamilien bei Bereitschaftspflege und Belegung durch andere Träger
- Erstellung eines jeweiligen Eignungsprofils der Pflegefamilien
- Qualifizierung der Pflegeeltern durch regelmäßige Schulungen, Referentenabende, Gruppenangebote
- Auswahl geeigneter Pflegefamilien und Vermittlung der Kinder
- Beratung und Begleitung der Pflegefamilien und der Kinder
- Veranstaltungen für Pflegekinder (Kinderfest, Gruppenangebote...)
- Kooperation mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst, anderen Institutionen und beteiligten Fachkräften
- Hilfeplanung (Kontraktgespräche 4x im Jahr) mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst
- In Kooperation mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst: Zusammenarbeit mit der Herkunftsfamilie

6.1. Öffentlichkeitsarbeit und Gewinnung von Pflegefamilien

Die vielfältige Öffentlichkeitsarbeit ist Grundlage unserer Arbeit. Nur durch gezielte Werbung und Öffentlichkeitsarbeit werden neue Pflegefamilien gewonnen. Diese haben vielfältige und unterschiedliche Lebenskonzepte, verschiedene Motivation für die Aufgabe als Pflegeeltern und bringen unterschiedliche Fähigkeiten und Vorstellungen mit. Nur durch einen „Pool“ von Pflegefamilien ist es möglich geeignete Bewerber für die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Kinder zu finden. Darüber hinaus ist für bestimmte Pflegeformen (Kurzzeitpflege, Jugendliche in Pflegefamilien, Kinder mit Rückkehroption) eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit erforderlich.

Die Suche nach der geeigneten Familie für ein bestimmtes Kind findet nicht durch eine öffentliche Anzeige statt. In jedem Einzelfall wird aus den vorhandenen freien Pflegefamilien die jeweils geeignete für die aktuelle Anfrage ausgewählt.

Viele Neubewerber werden über bereits tätige Pflegefamilien auf diese Aufgabe aufmerksam. Die Erfahrungen und Schilderungen der Pflegefamilien sind somit ein wichtiger Teil der Öffentlichkeitsarbeit. Auch aus diesem Grund ist eine umfassende und gute Begleitung der Pflegeeltern, durch die diese Wertschätzung erfahren und Unterstützung und Hilfestellung bekommen, unerlässlich. Zufriedene Pflegeeltern sind wichtige Werbeträger.

Anlage 5:

Interview mit Frau Fox-Rappold - Abteilung Beistandschaften, Vormundschaften, Pflegschaften Stuttgart – am 27.06.2012

Fragenkatalog:

1. Wie würden Sie Ihren Arbeitsalltag (Aufgaben, Rechte und Pflichten) beschreiben?
 - Siehe Anhang Nr. 1
 - Der Vormund ist ein „Elternersatz“.
 - Er ist nicht weisungsgebunden (nur an dienstliche Anweisungen), sondern nur dem Wohl des Kindes verpflichtet.
 - Der Vormund wird vom Familiengericht überwacht und muss einen jährlichen Bericht über seine Arbeit verfassen.

2. Wie lange sind Sie schon auf dieser Stelle tätig?
 - Seit dem Jahr 2000 im Bereich der Beistandschaften und Vormundschaften tätig.
 - Leitung der Abteilung Beistandschaften, Vormundschaften, Pflegschaften seit 2010.
 - Die Leitungstätigkeit umfasst v.a. die rechtliche Beratung der Mitarbeiter, sowie etwa 20 % Fallarbeit.
 -

3. Mit welchen anderen Ämtern arbeiten Sie zusammen?
 - Mit allen Ämtern aus dem Leben des Kindes.
 - Kontakte mit der WJH: bei Fremdunterbringungen schlägt der Vormund eine möglicherweise geeignete Hilfeform vor. Außerdem muss er den Antrag auf HzE unterzeichnen und in Kontraktgesprächen seines Mündels anwesend sein. Der Vormund ist außerdem der Adressat des Bewilligungsbescheids.

4. Wie intensiv sind die Beziehungen mit den Mündeln/Pflegefamilien/Herkunftsfamilien...?
 - Am 06.07.2012 wurde das Vormundschaftsrecht geändert. Seitdem sind monatliche Mündelkontakte Pflicht, ebenso wie eine Fallobergrenze pro Mitarbeiter von 50 Fällen. Beides ist jedoch zeitlich und auf längere Sicht in der Praxis undenkbar.

- Pflegefamilie und Herkunftsfamilie haben eigentlich nur bei Kontraktgesprächen miteinander Kontakt, sonst anlassbezogen.
- Mit seinem Mündel hat der Vormund vierteljährlich alleinigen Kontakt (§ 36 SGB VIII).

5. Welche Formen der Vormundschaft gibt es?

- Siehe Anhang Nr. 2.
- Gesetzliche Vormundschaft
- Bestellte Vormundschaft

6. Rechte und Pflichten des Mündels

- Siehe Anhang Nr. 3

7. Wann endet die Vormundschaft?

- Die gesetzliche Vormundschaft endet z.B. durch das Volljährig werden der Mutter oder durch eine Adoption (bei vorangegangenen Adoptionspflegeverhältnis).
- Die bestellte Vormundschaft endet durch Beschluss, z.B. bei der Rückführung, mit dem 18. Lebensjahr oder kraft Gesetzes.

8. Probleme in der Praxis? Gesetzliche Probleme?

- Es kann Probleme mit dem Familiengericht geben, z.B. wegen der Rückführung des Kindes in die Herkunftsfamilie gegen den Willen des Vormundes.
- Das neue Vormundschaftsrecht bringt ebenfalls Probleme mit sich, da die angestrebten, monatlichen Besuchskontakte in der Praxis nicht geleistet werden können.

9. Verbesserungsvorschläge? Änderungsbedarf im Gesetz?

- Neues Vormundschaftsrecht sollte anhand einer Machbarkeitsstudie überprüft werden.
- Für die Mündelkontakte sollte mehr, individueller Spielraum vorhanden sein.

10. Rechtsgrundlagen?

- Siehe Anhang Nr. 4

11. Unterschiede Vormundschaft und Pflegschaft (rechtlich und in der Praxis):

- Die Vormundschaft umfasst sowohl die gesamten Personen- als auch die Vermögenssorge des Kindes.
- Die Pflegschaft schränkt die Rechte der Eltern lediglich ein und nimmt Ihnen diese nicht ganz. Meist werden Aufenthaltsbestimmungsrecht und Gesundheitsvorsorge bzw. das recht, HzE zu beantragen, auf den Pfleger übertragen.

Anhang Interview Nr. 1:

Anlage ①

Kindeswohl ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Er orientiert sich an der individuellen Lebenssituation und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen. Bei Entscheidungen des Vormundes dürfen nur die berechtigten Interessen des Mündels handlungsleitend sein. Dies gilt auch in Bezug auf die Beantragung von Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27 ff. SGB VIII. Als Antragsteller stehen ihm in diesem Verfahren die Rechte wie jedem anderen Personensorgeberechtigten zu.

Das Jugendamt **hat** in der Regel jährlich zu prüfen, ob für das Kind eine geeignete Einzelperson oder ein Verein als Vormund zur Verfügung steht; in diesem Fall **ist** das Jugendamt als Vormund zu entlassen (§ 56 Abs. 4 SGB VIII). Ansonsten endet die Vormundschaft in den durch das BGB vorgesehenen Fällen (§ 1882 BGB).

2.3 Aufgaben der Vormundschaft

Kraft Gesetzes oder richterlicher Anordnung hat der Vormund folgende Aufgaben:

- Wahrnehmung der elterlichen Sorge für das Kind/den oder die Jugendliche/n durch Kontakt und Beziehung (Mündelbeteiligung) sowie die Umsetzung der Leitlinien für Erziehung und des religiösen Bekenntnisses sowie des Umgangs gem. § 1626 BGB, § 1 Abs. 1 SGB VIII (s. a. Ziff. 4.2, Kontakt zum Mündel);
- Wahrnehmung der Personen- und Vermögenssorge des Kindes nach außen – gesetzliche Vertretung - (§ 1629 BGB);
- Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen, z. B. Antrag auf Hilfe zur Erziehung, Mitwirkung bei der Planung und Entscheidung über die zu gewährende Hilfe (Wunsch- und Wahlrecht), Mitwirkung im Hilfeplanverfahren, Sicherstellen der Beteiligung des vertretenen Kindes.

Die Wahrnehmung der elterlichen Sorge umfasst im Einzelnen folgende Bereiche:

Aufenthalt: Bestimmung von Wohnort und Wohnung;

Pflege: Sorge für das leibliche Wohl z. B. Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Körperpflege, Gesundheit);

Medizinische Betreuung: z. B. Sorge für die notwendige medizinische Betreuung, Verantwortung für die Gesundheit, Einwilligung in Operationen, regelmäßige Gesundheitsvorsorge;

- *Erziehung:* Sorge für die sittliche und geistige Entwicklung (z. B. Bestimmung der Erziehungsziele, Beaufsichtigung der Erziehung, Wahl des Kindergartens, der Schule, Antragstellung auf Gewährung von Hilfe zur Erziehung, Wahrnehmung des Wunsch- und Wahlrechts gem. § 5 SGB VIII, Beteiligung im Hilfeplanverfahren als Personensorgeberechtigter);

Religion: z. B. Einwilligung zur Taufe;

Aufsicht: z. B. Schutz vor Schäden an Leib und Leben, an seelischer Entwicklung auch durch Dritte, die Mündel erleiden oder verursachen;

Ausbildung: z. B. Auswahl von Ausbildungsstellen und Abschluss von Ausbildungsverträgen;

- *Vermögen:* Anlage und Verwaltung des Mündelvermögens;

Unterhalt: z. B. Geltendmachung und Realisierung des Unterhaltsanspruches des Mündels;

Versicherung: z. B. Abschluss von Versicherungsverträgen;

Versorgung: z. B. Geltendmachung von Renten- oder Entschädigungsansprüchen; Beantragung von Sozialleistungen;

Erbschaft: z. B. Regelung von Erbschaftsangelegenheiten.

3. Fachliche Qualifikationen

An die Aufgabenwahrnehmung des Vormundes sind spezifische, berufliche Mindestanforderungen gestellt. Die Anforderungen beziehen sich auf

- eine Ausbildung mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium, vorzugsweise im Bereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik oder im Bereich Verwaltung (s. Ziff. 3.1),
- besondere Kenntnisse und Erfahrungen in den Bereichen Pädagogik, Recht und Verwaltung, Psychologie, Soziologie (s. Ziff. 3.2),
- besondere fachliche Fähigkeiten (s. Ziff. 3.3) und
- persönliche Grundeinstellungen und Anforderungen (s. Ziff. 3.4).

3.1 Ausbildung und Fortbildung

3.1.1 Ausbildung

Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe bestimmen im Rahmen ihrer Organisationshoheit die personelle Ausstattung der Jugendämter. Sie beschäftigen hauptberuflich Personen, die eine für diese Aufgaben entsprechende Ausbildung haben (Fachkräfte), sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen oder auf Grund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgaben zu erfüllen (§ 72 SGB VIII).

Zur Führung der Vormundschaft bedarf es kompetenter Fachkräfte, die auf Grund ihrer Ausbildung nicht nur spezifische Rechts- und Verwaltungskenntnisse haben, sondern vor allem auch umfassendes pädagogisches, psychologisches und soziologisches Wissen besitzen. Insofern ist ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium im Bereich Sozialpädagogik/Sozialarbeit bzw. der Verwaltung oder eine vergleichbare Ausbildung im Angestelltenbereich erforderlich. Dabei sollten Diplom-Verwaltungswirtinnen und -wirte bzw. Verwaltungsangestellte unbedingt zusätzliche sozialpädagogische, psychologische und soziologische Kenntnisse, Diplom-Sozialpädagoginnen und -pädagogen bzw. -Sozialarbeiterinnen und -arbeiter rechtliche und verwaltungstechnische Kenntnisse und Erfahrungen besitzen, bevor sie zum Amtsvormund bestellt werden. Fehlen Teile dieser Voraussetzungen, ist eine entsprechende berufsbegleitende Zusatzausbildung - möglichst - mit Zertifizierung anzustreben.

3.1.2 Fortbildung

Ferner sollten regelmäßig einschlägige Fortbildungsangebote wahrgenommen werden, die sich auf alle Bereiche der elterlichen Sorge (Ausübung der Personensorge, Vermögenssor-

Anhang Interview Nr. 2:

Anlage ②

2. Grundlagen, Führung und Aufgaben der Vormundschaft

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Wenn die Eltern ihr Recht auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder missbrauchen oder nicht ausüben können oder wollen, ist die staatliche Gemeinschaft als Wächter über das Wohl der Kinder aufgerufen. Dieses – **staatliche** - Wächteramt des Artikels 6 Abs. 2 GG wird in der Regel durch das Jugendamt und das Familiengericht wahrgenommen. In bestimmten Fällen kommt es kraft Gesetzes oder durch richterliche Anordnung dazu, dass die Eltern die elterliche Sorge nicht mehr ausüben können oder dürfen. An ihre Stelle tritt ein Vormund, der die elterliche Sorge ausübt (§§ 1793, 1626, 1800 i. V. m. §§1631 ff. BGB).

2.1.1 Vormundschaft kraft Gesetzes

- Eintritt der gesetzlichen Amtsvormundschaft bei Geburt eines Kindes einer nicht verheirateten minderjährigen Mutter (§ 1791c Abs. 1 BGB), s. gesonderte Arbeits- und Orientierungshilfe „Gesetzliche Amtsvormundschaft“;
- beim Ruhen der elterlichen Sorge mit der Einwilligung zur Adoption, (§ 1751 Abs. 1 BGB).

2.1.2 Vormundschaft kraft richterlicher Anordnung (beschluss)

- Beim Ruhen der elterlichen Sorge bei rechtlichem oder tatsächlichem Hindernis (z. B. unbekannter Aufenthalt, Inhaftierung) (§§ 1673, 1674, 1773 BGB);
- bei Tod des sorgeberechtigten Elternteils oder der sorgeberechtigten Eltern (§ 1773 Abs. 1 BGB);
- bei einem Entzug der elterlichen Sorge bei Gefährdung des Kindeswohls (§ 1666 BGB);
- Familienstand des Kindes oder Jugendlichen ist nicht zu ermitteln (§ 1773 Abs. 2 BGB).

2.2 Führung der Vormundschaft

Vormund kann eine natürliche Person, ein Verein oder das Jugendamt werden (§ 1773 ff. BGB, § 55 Abs. 1 SGB VIII).

Im Einzelfall geeignete Personen oder Vereine werden dem Vormundschaftsgericht nach § 53 Abs. 1 SGB VIII vom Jugendamt vorgeschlagen. Diese haben Anspruch auf regelmäßige, individuelle Beratung und Unterstützung (§ 53 Abs. 2 SGB VIII). Wird ein Vormund durch das Jugendamt gestellt, hat das betroffene Kind oder der/die Jugendliche einen Amtsvormund. Das Jugendamt als Amtsvormund kann nur durch natürliche Personen tätig werden. Aus diesem Grund werden die Aufgaben des Vormundes nach § 55 Abs. 2 SGB VIII einzelnen Angestellten oder Beamten des Jugendamtes übertragen. Das Jugendamt bleibt als Institution allerdings gesetzlicher Vertreter des Kindes (§ 1791b BGB).

Der Vormund ist den Erziehungsgrundsätzen des § 1 Abs. 1 SGB VIII sowie den Regeln des Gesetzes zur religiösen Kindererziehung verpflichtet. Seine Tätigkeit wird vom Familiengericht beaufsichtigt (Fachaufsicht, § 1837 BGB), dem der Vormund mindestens einmal jährlich Bericht erstatten muss (§ 1840 Abs. 1 BGB). Neben dieser Fachaufsicht, begründet durch § 55 Abs. 2 SGB VIII, übt der Dienstherr gegenüber dem Vormund die Dienstaufsicht im Rahmen der Übertragung aus. Im Übrigen handelt der Vormund weisungsfrei. Er erledigt seine Aufgaben selbstständig und eigenverantwortlich zum Wohl des von ihm vertretenen Kindes oder Jugendlichen.

Anhang Interview Nr. 3:

Rechte eines Mündels

Anlage ③

- Recht auf Beratung durch das Jugendamt
- Recht auf angemessene Beteiligung bei der Planung der Erziehungsmaßnahmen
- Recht auf Schutz vor Gefahren wie Gewalt, Drogen und Diskriminierung
- Recht auf umfassende aktuelle Informationen (die Einrichtung betreffend)
- Recht auf individuelle Unterstützung bei der schulischen und beruflichen Entwicklung (Förderung von Talenten und Begabungen)
- Recht auf Rahmen pädagogischer Grenzen und sonstiger Regelungen sich frei zu bewegen
- Recht der freien Meinungsäußerung
- Recht auf freie Religionswahl
- Recht auf Kontakt mit Familie, Freunden und Personen, die im Leben des Mündels wichtig sind
- Im Rahmen pädagogischer und rechtlicher Einschränkungen und nach Alter und persönlicher Reife bemessen, das Recht, „Beziehungen“ einzugehen.
- Recht sich zu beschweren
- Recht auf Beteiligung bei der Wahl der Ausbildungsplätze und der Schulauswahl
- Recht auf individuelle Gestaltung des eigenen Bereiches (Zimmer etc.)
- Recht auf Taschengeld zur persönlichen Verfügung
- Recht auf individuelle Freizeitgestaltung in Absprache mit den Betreuern (altersgemäß und rechtlich vereinbar)

Alle Rechte sind begrenzt durch die individuelle und persönliche Reife und die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen.
Bewertung der Mitarbeiter des Jugendamtes und der Einrichtung sind zu beachten und ausschlaggebend, da diese die Verantwortung tragen.

Anhang Interview Nr. 4:

folgt ④

ge, gesetzliche Vertretung) erstrecken und spezifische Fragen und Probleme der Vormundschaft aufgreifen (§ 72 Abs. 3 SGB VIII).

3.2 Kenntnisse und Erfahrungen

Fachkenntnisse und praktische Erfahrungen sind in spezifischen Bereichen des Rechts und der Verwaltung sowie der Pädagogik, Psychologie und Soziologie erforderlich.

3.2.1 Recht und Verwaltung

Im Zivil- und Verwaltungsrecht sind sichere Kenntnisse, insbesondere in folgenden Rechtsbereichen erforderlich:

- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB),
- Sozialgesetzbücher (SGB), und zwar insbesondere in den Teilen I, II, VIII und XII SGB,
- Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG),
- Zivilprozessordnung (ZPO),
- Besonderes Verwaltungsrecht u. a. im Aufenthalts- und Asylrecht,
- Kenntnisse und Erfahrungen mit der Aufbau- und Ablauforganisation von Verwaltungen und bei den Gerichten und hier insbesondere bei den Jugendämtern und Familiengerichten, sind vorteilhaft.

3.2.2 Pädagogik, Psychologie und Soziologie

Neben pädagogischem, psychologischem und soziologischem Grundwissen über die Entwicklung und Erziehung von Mädchen und Jungen, insbesondere zu der Frage, auf welche Weise Fähigkeiten, Stärken, Begabungen und Interessen von Kindern und Jugendlichen erkannt und gefördert werden können, sollten gute Fachkenntnisse u. a. zu folgenden Themenbereichen vorhanden sein:

- Kommunikationspsychologie, vor allem über die Gesprächsführung mit Kindern und Jugendlichen;
- Trennungs- und Verlusterlebnisse von Kindern;
- Sexueller Missbrauch;
- Folgen von Vernachlässigung;
- Misshandlung von Kindern;
- Schule;
- Berufsausbildung;
- ambulante und stationäre erzieherische und therapeutische Hilfen für Kinder und Jugendliche und deren spezifische Problematik, z. B. Vollzeitpflege.

3.2.3 Praxiserfahrungen

Praktische Erfahrungen sind in folgenden Bereichen erforderlich:

- Beratung und pädagogische Begleitung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere in belasteten Lebenssituationen;
- Hilfeplanung und Mitwirkung unter Berücksichtigung der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nach §§ 36 und 37 SGB VIII.

Anlage 6:

KVJS Ratgeber: Was Pflegeeltern wissen sollten; Anregungen und Informationen für Familien, die sich für die Aufnahme eines Pflegekindes in Vollzeitpflege interessieren, Stand: September 2009 (Auszug)

Elterngeld

Auch nach Inkrafttreten des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit am 01.01.2007 können Vollzeit-Pflegeeltern mit Zustimmung des Arbeitgebers Elternzeit in Anspruch nehmen. Außerdem können Sie Elterngeld erhalten, wenn das Pflegekind mit dem Ziel der Annahme als Kind aufgenommen worden ist. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Fachkraft Ihres Jugendamtes.

Was müssen Pflegeeltern sonst noch beachten?

Meldepflicht

Das Pflegekind muss von den Pflegeeltern binnen einer Woche nach der Aufnahme beim Einwohnermeldeamt angemeldet werden.

Mietverhältnis

Die Aufnahme eines Pflegekindes stellt in der Regel keinen Kündigungsgrund durch den Vermieter dar, denn bei der Kinderbetreuung liegt keine vertragswidrige Nutzung vor. Damit ist die Aufnahme von Pflegekindern ohne ausdrückliche Erlaubnis des Vermieters möglich. Es wird allerdings empfohlen, dass Pflegeeltern den Vermieter von der Aufnahme des Pflegekindes unterrichten.

Krankenversicherung

In der Regel ist das Pflegekind bei seinen leiblichen Eltern krankenversichert. Im SGB V, Gesetzliche Krankenversicherung, § 10 Abs. 4 werden Pflegekinder leiblichen Kindern gleichgestellt. Deshalb ist es auch möglich, dass das Pflegekind in die Familienmitversicherung bei der Krankenkasse der Pflegeeltern einbezogen wird. Wenn keine Krankenversicherung des Pflegekindes über die leiblichen Eltern oder die Pflegeeltern möglich ist, leistet das Jugendamt Krankenhilfe für das Pflegekind in den Fällen, in denen es auch das Pflegegeld bezahlt. Im Rahmen der Krankenhilfe sind vom Jugendamt auch Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen des Pflegekindes zu übernehmen.

Unfallversicherung

Pflegepersonen können sich die nachgewiesenen Aufwendungen für Beiträge zu einer privaten Unfallversicherung erstatten lassen, sofern sie einen angemessenen Umfang nicht übersteigen. Den Jugendämtern wird allerdings empfohlen, Sammelunfallversicherungsverträge abzuschließen und sich mit Ihnen darüber ins Benehmen zu setzen.

Altersvorsorge

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zum 01.10.05 haben Pflegepersonen Anspruch auf die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Altersvorsorge. Als angemessene Aufwendung zur Alterssicherung wird der Beitrag freiwillig Versicherter in der gesetzlichen Rentenversicherung angesehen, der zum Zeitpunkt der Erstellung der Broschüre bei 79,60 € lag. Pflegeeltern, die ein Pflegekind in den ersten 36 Kalendermonaten nach Ablauf des Monats der Geburt erziehen, haben einen Anspruch auf Anrechnung der Kindererziehungszeiten für die Rentenversicherung. Dies gilt nur, wenn sie mit dem Pflegekind durch ein auf längere Dauer angelegtes Pflegeverhältnis in häuslicher Gemeinschaft wie Eltern und Kinder verbunden sind. Die Zahlung von Pflegegeld durch das Jugendamt oder die leiblichen Eltern ist hierfür ohne Bedeutung.

Haftung

Pflegeeltern müssen bei der Erziehung eines Pflegekindes die gleichen Sorgfaltpflichten wie bei der Erziehung eines eigenen Kindes erbringen. Sie sind verpflichtet, das Pflegekind altersgemäß zu beaufsichtigen. Die meisten Jugendämter haben eine Sammelhaftpflichtversicherung für Pflegeeltern abgeschlossen, die in der Regel eintritt, wenn das Pflegekind Schäden gegenüber Dritten verursacht oder Pflegeeltern und Pflegekind sich gegenseitig Schaden zufügen. Näheres über den Versicherungsschutz erfahren Sie von Ihrem Jugendamt.

Anlage 7:

Handbuch für Pflegefamilien Stuttgart, Informationen und Empfehlungen, Stand: Januar 2012 (Auszug S. 48 - 50)

1. Rechte des Kindes/Jugendlichen

"Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit."
(§ 1 Absatz 1 SGB VIII)

"Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig."
(§ 1631, Absatz 2 BGB)

2. Rechte und Pflichten der Pflegeeltern

2.1 Grundsätze

Die Pflegeeltern verpflichten sich auf körperliche und seelische Gewalt gegenüber dem Pflegekind völlig zu verzichten. Sie übernehmen die Pflichten der Eltern zur ordnungsgemäßen Pflege, Erziehung und Beaufsichtigung, sie sorgen für das seelische, geistige und leibliche Wohl des ihnen anvertrauten Kindes/Jugendlichen. Dabei berücksichtigen sie die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes/Jugendlichen zu einem selbstständigen verantwortungsbewussten Handeln (§ 1626 BGB).

Sie verpflichten sich, das Jugendamt über wichtige Vorkommnisse in der Familie und Änderungen in den familiären Verhältnissen sowie der wirtschaftlichen zu informieren. Sie verpflichten sich, das Beratungsangebot des Jugendamtes anzunehmen.

Die ersten zwei Jahre nach Beginn eines Pflegeverhältnisses ist die Teilnahme an den Fortbildungen des Pflegekinderdienstes verpflichtend, danach wird sie empfohlen. Ebenso ist die Teilnahme an einem Gesprächskreis verpflichtend.

2.2 Zusammenarbeit mit der Herkunftsfamilie

Die Pflegeeltern vermitteln dem Kind/Jugendlichen ein Bild von dessen Eltern, das sich nicht belastend oder hemmend auf die Eltern-Kind-Beziehung und damit die Entwicklung des Selbstwertgefühls des Kindes/Jugendlichen auswirkt. Sie verpflichten sich, zum Wohle des Kindes/Jugendlichen mit den Personensorgeberechtigten/Eltern zusammen zu arbeiten sowie die im Hilfeplan/Kontraktgespräch vereinbarten Besuchskontakte zu fördern.

2.3 Pflegegeld

Nach § 39 SGB VIII wird durch das Jugendamt eine monatliche Pflegegeldleistung gewährt. Diese umfasst den Grundbetrag zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes des Kindes sowie den Erziehungsbeitrag für Leistungen bei der Pflege und Erziehung des Pflegekindes durch die Pflegeeltern. Die Pflegeeltern zahlen davon dem Pflegekind ein seinem Alter entsprechendes Taschengeld. Zusätzliche Beihilfen für besondere Lebenssituationen des Pflegekindes werden durch die Richtlinien des Jugendamtes bestimmt (Siehe Handbuch)

Die Höhe des zu überweisenden Betrages wird durch Bescheid der wirtschaftlichen Jugendhilfe festgelegt. Wird dieses Pflegegeld im Rahmen von neuen Festlegungen angepasst, bedarf dies keiner Änderung dieser Vereinbarung.

2.4 Besuchs- und Ferienregelung

Besuche der Personensorgeberechtigten oder anderer Bezugspersonen in der Pflegefamilie sowie des Kindes/Jugendlichen bei den Eltern oder anderen Bezugspersonen werden im Hilfeplan/Kontraktgespräch, der gem. § 36 SGB VIII erstellt wird, vereinbart. Müssen Besuche abgesagt werden, ist umgehend nach Bekannt werden dem entsprechenden Partner Mitteilung zu machen. Bei Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Besuchs- und Ferienregelung ist das Jugendamt zu informieren

3. Rechte und Pflichten des Jugendamtes

Das Jugendamt überprüft den Erfordernissen des Einzelfalls entsprechend an Ort und Stelle, ob die Pflegeperson eine dem Wohl des Kindes/Jugendlichen förderliche Erziehung gewährleistet (§ 37 Absatz 3 SGB VIII). Ebenso verpflichtet sich das Jugendamt zur fachlichen Beratung und Unterstützung der Pflegefamilie (§ 37 SGB VIII).

Im Interesse der Kinder ist eine offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit in enger Kooperation zwischen Pflegeeltern und dem Jugendamt erforderlich.

Ihre Anliegen und Erwartungen sollen Pflegeeltern bei der für sie zuständigen Mitarbeiterin vorbringen und mit dieser besprechen. Die Mitarbeiterin des Jugendamtes soll den Pflegeeltern bei der Erfüllung deren Aufgaben zur Seite stehen und unterstützen.

Eventuell auftretende Unzufriedenheiten und Konflikte sind zu benennen, um dann gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Sollte auf diesem Weg keine zufrieden stellende Lösung gefunden werden, haben die Pflegeeltern die Möglichkeit, sich mit ihrem Anliegen an die Dienststellenleitung unter folgender Adresse zu wenden:

Jugendamt Stuttgart
Pflegekinderdienst
Frau Heugel
Wilhelmstraße 3
70182 Stuttgart
Tel.: (0711) 216-65 43

Sollten die Beschwerden die Arbeit der Dienststellenleitung betreffen, können die Pflegeeltern sich an deren Vorgesetzte, Hr. Cämmerer, Abteilung Erziehungshilfen, Tel. (0711) 216-32 08 oder Hr. Pfeifle, Amtsleitung Jugendamt, Tel. (0711) 216-25 04 unter oben genannter Adresse wenden.

4. Rechtliche Vertretung des Kindes/Jugendlichen gemäß § 1688 BGB

Die Pflegeeltern sind für die Dauer des Pflegeverhältnisses berechtigt, das Kind _____ zu vertreten (§1688 BGB).

Die Personensorgeberechtigten bevollmächtigen die Pflegeeltern insbesondere

- 4.1 Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens für das Kind/Jugendlichen abzuschließen und Ansprüche aus solchen Rechtsgeschäften geltend zu machen.

Erläuterung:

Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens können sein:

Kontakte im Alltag, weitgehend Freizeitaktivitäten, Urlaub

Die Pflegeeltern bestimmen den Umgang, soweit es nicht Personensorgeberechtigte oder Verwandte des Kindes/Jugendlichen betrifft und keine definierten Einschränkungen bestehen. Sie haben das Recht, die Genehmigung zur Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden zu geben und dürfen die Abwesenheit vom Wohnort bis zu 6 Wochen, auch grenzüberschreitend, bestimmen.

Kindergarten

Die Pflegeeltern bestimmen den Kindergarten für das Kind, soweit es sich um einen Regelkindergarten handelt.

Schule

Grundsätzlich sind die Pflegeeltern Ansprechpartner für die Schule. Die Bestimmung der Schullaufbahn hat dagegen durch die Personensorgeberechtigten zu erfolgen, jedoch in Abstimmung mit den Pflegeeltern. Die Pflegeeltern haben das Recht, Zeugnisse zu unterschreiben; sie geben die Einwilligung zur Teilnahme an Schulfahrten und Schulausflügen und haben das Recht, für das Kind in der Elternvertretung mitzuarbeiten.

Beruf

Die Ausbildung soll den Fähigkeiten und Neigungen des Pflegekindes entsprechen. Die Auswahl der Ausbildung oder des Arbeitsplatzes erfolgt in Absprache zwischen dem Pflegekind, dem Personensorgeberechtigten und den Pflegeeltern. Die Ausbildungsverträge werden von den Personensorgeberechtigten abgeschlossen. Die Pflegeeltern sind Ansprechpartner für den Ausbilder und die Berufsschule.

Gesundheit

Die Pflegeeltern haben das Recht der freien Arztwahl für das Pflegekind, soweit es dessen Mitgliedschaft in einer Krankenkasse zulässt und verpflichten sich zur Einhaltung der Vorsorgeuntersuchung. Weiter geben sie die Zustimmung zu kleineren ärztlichen Eingriffen und zahnärztlichen Behandlungen. Vor ärztlichen Eingriffen oder nach ärztlicher Auskunft risikobehafteten Impfungen und Heilbehandlungen, haben die Pflegepersonen Rücksprache mit dem Jugendamt zu halten und ggf. die Zustimmung des Sorgerechtsinhabers einzuholen. Unfälle und schwere Erkrankungen des Pflegekindes müssen den Personensorgeberechtigten und dem Jugendamt unmittelbar gemeldet werden.

- 4.2 Den Arbeitsverdienst der/des Jugendlichen zu verwalten.
- 4.3 Im Rahmen einer Grundentscheidung der Personensorgeberechtigten Rechtshandlungen im Zusammenhang mit dem Besuch einer Tageseinrichtung oder Schule oder mit der Aufnahme eines Berufsausbildungs- oder Arbeitsverhältnis vorzunehmen.
- 4.4 Bei Gefahr im Verzug alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes/Jugendlichen notwendig sind. Die Personensorgeberechtigten sind unverzüglich hierüber zu informieren. Bei Meinungsverschiedenheiten Einschaltung des Jugendamtes gem. § 38 SGB VIII.

Unterhalts-, Versicherungs- und sonstige Sozialleistungen für das Kind/den Jugendlichen werden von der wirtschaftlichen Jugendhilfe geltend gemacht und verwaltet.

Sollten die Personensorgeberechtigten die Vertretungsmacht der Pflegeeltern soweit einschränken, dass dies eine dem Wohl des Kindes/Jugendlichen förderliche Erziehung nicht mehr ermöglicht, sollen die Beteiligten das Jugendamt einschalten (§38 SGB VIII).

5. Haftung

5.1 Verhältnis Pflegeeltern Pflegekind

Die Pflegeeltern haben dem Pflegekind gegenüber die Sorgfalt aufzuwenden, die sie für ihre eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegen.

5.2 Verhältnis Pflegeeltern Dritte

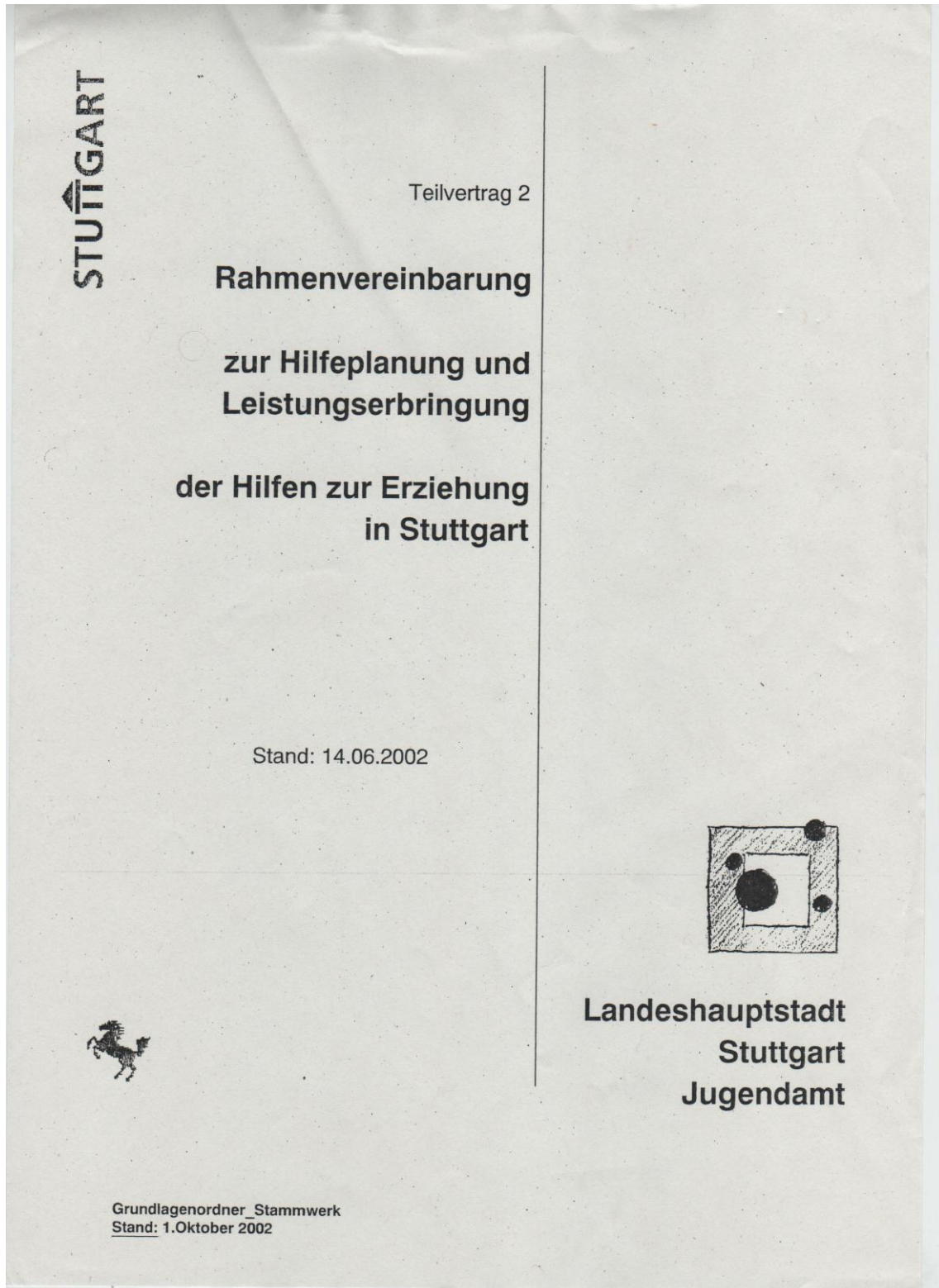
Die Pflegeeltern sind zur Aufsicht verpflichtet und haften gemäß § 832 BGB für Schäden gegenüber Dritten, die das Kind verursacht hat. Das Jugendamt der Stadt Stuttgart hat beim Württembergischen Gemeindeversicherungsverein eine Haftpflicht/Unfallversicherung abgeschlossen, die von dem Pflegekind Dritten gegenüber verursachte Schäden abdeckt. Die Pflegeeltern können jedoch eine zusätzliche Haftpflichtversicherung abschließen. (Siehe Handbuch).

5.3 Haftung der Personensorgeberechtigten

Die Personensorgeberechtigten haften nicht für Schäden, die das Kind/die/der Jugendliche im Haushalt der Pflegeeltern verursacht hat. Solche Schäden deckt ebenfalls die vom Jugendamt Stuttgart abgeschlossene Haftpflichtversicherung.

Anlage 8:

**Landeshauptstadt Stuttgart Jugendamt, Rahmenvereinbarung zur
Hilfeplanung und Leistungserbringung der Hilfen zur Erziehung in
Stuttgart, Stand: 14.06.2002 (Auszüge)**



Die vorliegende Fassung der Rahmenvereinbarung entstand unter Mitwirkung von

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der
Evangelischen Gesellschaft e.V.,
des Städtischen Trägers der Hilfen zur Erziehung,
der Sozialen Dienste des Jugendamtes aus Bereich 1 und Bereich 2,
der Jugendhilfeplanung des Jugendamtes
und Prof. Dr. Johannes Münder, Berlin.

Sie wurde verabschiedet von der Trägerkonferenz am 14.6.2002

Vorwort

Die vor Ihnen liegende „Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und zur Leistungserbringung der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart“ ist ein wichtiges und ein gewichtiges Werk. Auf fünf- und zwanzig Seiten werden Strukturen, Arbeitsweisen und Verfahren im Zusammenhang mit dem Umbau der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart beschrieben. Dieser Umbau ist für alle Beteiligten ein großer und ein mutiger Schritt. Die Rahmenvereinbarung ist dabei Stütze und Leitfaden für alle Beteiligten.

Die Rahmenvereinbarung ist das Ergebnis von vier Jahren gemeinsamer Entwicklungsarbeit zwischen Jugendhilfeplanung, Allgemeinem Sozialdienst und Trägern von Erziehungshilfe. Sie gründet auf Erfahrungen von zahlreichen Beteiligten. Sie ist das Produkt von vielen Gesprächsrunden, in denen um die „richtigen“ Formulierungen gerungen wurde.

Mein herzlicher Dank gilt allen, die mit Verstand, Ausdauer, Geduld und viel Engagement an diesem Werk mitgewirkt haben.

Auf den ersten Blick liest sich die Rahmenvereinbarung möglicherweise wie eine Art ausführliche „Dienst- oder Arbeitsanweisung“. Sie ist aber weit mehr. In jedem Kapitel steckt der Geist und die Grundhaltung, von der die Reform der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart getragen wird: gemeinsame Ziele, Transparenz, offene Aushandlungsprozesse, hohe gegenseitige Verbindlichkeit, Partizipation der Leistungsberechtigten.

In einigen Jahren wird die Rahmenvereinbarung möglicherweise einen erheblich geringeren Umfang haben. Nicht, weil die dort festgehaltenen Strukturen, Arbeitsweisen und Verfahren keinen Bestand hatten, sondern weil sie zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Dann glaube ich, waren wir erfolgreich.

Bruno Pfeifle

Inhaltsverzeichnis

1 ANWENDUNGSBEREICH	6
2 ÜBERGREIFENDE UND FALLBEZOGENE ORGANISATIONSSTRUKTUREN	6
2.1 ÜBERGREIFENDE ORGANISATIONSSTRUKTUREN	6
2.1.1 HzE-Trägerkonferenz	6
2.1.2 HzE-Bereichssteuerung	6
2.1.3 HzE-Bereichsleistungsrunde	7
2.1.4 HzE-Mitarbeiter-Plenum	7
2.2 DIE HzE-STADTTEILTEAMS	8
2.2.1 Grundlagen	8
2.2.2 Mitarbeiter und ihre Aufgaben	8
2.2.3 Organisatorisches, Verfahren	9
2.2.4 Konfliktregelung	10
3 DATENSCHUTZ	10
4 DIE ARBEITSWEISE DES ASD – BEI ANFRAGEN, INFORMATIONEN BZW. KENNTNISNAHME HINSICHTLICH EINES UNTERSTÜTZUNGSBEDARFS	11
4.1 VON DER KENNTNISNAHME ZUM HzE-FALL	11
4.2 DIE VERANTWORTUNGSBEREICHE DES ASD	11
4.3 DIE FALLEINGABE INS STT	12
5 ARBEIT IM STADTTEILTEAM	12
5.1 DER FALLUNGSPEZIFISCHE ARBEITSAUFTRAG	13
5.2 FALLSPEZIFISCHER ARBEITSAUFTRAG	13
5.2.1 Die Rolle der Fallbesprechung für die Hilfeplanung	14
5.2.2 Die Falleingabe der ASD-Mitarbeiterin	14
5.2.3 Zusammenarbeit mit Sonderdiensten und Spezialdiensten	15
5.2.4 Zusammenarbeit mit Regeleinrichtungen	15
5.2.5 Die Fallbesprechung im STT	15
5.2.6 Ergebnisse der Fallbesprechung	16
6 DAS KONTRAKTGESPRÄCH UND DER KONTRAKT MIT DEN LEISTUNGSBERECHTIGTEN	16
6.1 DIE GESTALTUNG DES KONTRAKTGESPRÄCHS	17
6.2 ZEITPUNKT UND HÄUFIGKEIT DER KONTRAKTGESPRÄCHE	17
6.3 DIE BETEILIGUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN JUGENDHILFE	17
6.4 INHALT DER LEISTUNGSVEREINBARUNG (=KONTRAKT)	18
6.5 DIE GÜLTIGKEIT DER LEISTUNGSVEREINBARUNG	18
7 DAS ABSCHLUßGESPRÄCH	18
8 DIE LEISTUNGSERBRINGUNG	20
8.1 DIE AUFGABEN DES LEISTUNGSERBRINGENDEN HzE-TRÄGERMITARBEITERS	20
8.2 DIE AUFGABEN DES ZUSTÄNDIGEN ASD-MITARBEITERS	20
8.3 DIE AUFGABEN DER WIRTSCHAFTLICHEN JUGENDHILFE	21
9 LEISTUNGSERBRINGUNG NICHT DURCH DEN SCHWERPUNKTTRÄGER (SOGENANNT „EXTERNE HILFE“)	21
10 REGELUNGEN BEI MÖGLICHER KINDESWOHLGEFÄHRDUNG	21
11 VERFAHREN BEI KRISENINTERVENTION	23
12 AUSNAHMEREDEL	24
ANHANG 1: ABLAUSCHEMA DER HILFEPLANUNG INNERHALB DES REFORMPROJEKTES „UMBAU DER HILFEN ZUR ERZIEHUNG“	25
ANHANG 2 GLOSSAR	26
Grundlagenordner_Stammwerk	4
Stand: 1.Oktober 2002	

Vorbemerkung

Der Umbau der Hilfen zur Erziehung in der Landeshauptstadt Stuttgart hat Bedeutung für alle in diesem Zusammenhang Beteiligten: für die Landeshauptstadt Stuttgart und ihr Jugendamt als Vertreter der öffentlichen Jugendhilfe, für die Erziehungshelferträger in den jeweiligen Bereichen, die als die Leistungserbringer im unmittelbaren Zusammenwirken mit den Bürgerinnen und Bürgern die Leistungen erbringen und für die leistungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger selbst. Durch die Umgestaltung sollen die Leistungen zielgerecht dem sozialpädagogischen Bedarf der Leistungsberechtigten angepasst werden und die Leistungserbringung soll optimiert werden.

Durch die hier vorgelegte Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und Leistungserbringung, die sich mit der Bearbeitung der Hilfeanfragen über die Hilfeplanung bis hin zur Fallbearbeitung befasst, werden generelle fachliche Standards für diese Tätigkeiten gesetzt.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Umbaus der Hilfen zur Erziehung ist die Bearbeitung der Anfragen – sei es von Seiten der Leistungsberechtigten oder von Dritten – an das Jugendamt (unter 4.), die Arbeit in den Stadtteilteams (unter 5.), das Kontraktgespräch und der Kontrakt mit den Leistungsberechtigten (unter 6.) und natürlich die konkrete Leistungserbringung (unter 8.); in allen diesen Arbeitsphasen ist der Datenschutz (dazu unter 3.) zu beachten.

Um im Rahmen des Umbaus der Hilfen zur Erziehung zu passgenauen Leistungen zu kommen, um eine professionelle und sozialräumliche Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern wurden in der Landeshauptstadt Stuttgart auch neue organisatorische Strukturen entwickelt; diese werden zum leichteren Verständnis vorab (unter 2.) dargestellt.

Spezifische Aspekte, wie die Inanspruchnahme sogenannter externer Hilfen, Interventionen zur Sicherung des Kindeswohls und Verhalten bei Krisensituationen werden abschließend (9. bis 12.) behandelt.

Bei der Handhabung der weiblichen oder männlichen Formulierungen wurde zwecks der einfacheren Lesbarkeit kapitelweise gewechselt.

2.2 Die HzE-Stadtteilteams

Die HzE-Stadtteilteams (zukünftig: STT) sind die Garanten der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart. Sie stellen eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen dem ASD und der wirtschaftlichen Hilfe als Vertreter der öffentlichen Jugendhilfe und den Leistungserbringern (hier den jeweiligen Schwerpunktträgern) dar und ermöglichen dadurch eine gegenseitige – persönliche wie professionelle – Öffnung zwischen den Mitarbeitern verschiedener Institutionen. Durch den unmittelbaren Ideen- und Erfahrungsaustausch profitieren die STT-Mitglieder von der gegenseitigen Transparenz des Fallverstehens und der fallunspezifischen Arbeit. Dabei orientieren sie sich an den Qualitätszielen der Adressaten- und Lebensweltorientierung, der integrativen, wohnortnahen und effektiven Hilfe. Alle Mitglieder sind gleichermaßen auf die Qualitätsziele verpflichtet und aufgerufen, diese zu vertreten. Die Verantwortung für fachlich optimales und wirtschaftlich vertretbares Handeln wird gemeinsam übernommen. Hinsichtlich der Rechtsansprüche von Leistungsberechtigten liegt die Verantwortung bei den Vertretern der öffentlichen Jugendhilfe, die hierfür auch die entsprechende Letztentscheidungskompetenz besitzen (vgl. Kapitel 2.2.4).

2.2.1 Grundlagen

Die räumliche Zuordnung der STT's soll sich an den vor Ort gewachsenen sozialen Beziehungen und den Bezugspunkten des öffentlichen Lebens orientieren. Im Idealfall handelt es sich dabei um ein Gebiet, das für die Mehrheit der dort lebenden Bevölkerung tatsächlich den Lebensmittelpunkt bildet. Dies setzt bei beiden Kooperationspartnern eine Anpassung mittels sozialraumbezogener Teamzuständigkeit voraus. Die STT's dienen der organisationsübergreifenden Kooperation von Mitarbeitern des Schwerpunktträgers und der Mitarbeiter von ASD und der WJH. Ziel und Inhalt der Arbeit ergibt sich vornehmlich aus § 36 SGB VIII. Die Kooperation beruht auf dem Konsensprinzip sowie auf dem offenen Fachdiskurs. Die organisationsübergreifende Zusammensetzung verbietet eine einheitliche Leitung des STT.

Die STT's arbeiten somit fallspezifisch hinsichtlich der individuellen Leistungserbringung und fallunspezifisch hinsichtlich der Erkundung und Mobilisierung von Sozialraumressourcen (ausführlicher vgl. 5. Kapitel).

2.2.2 Mitarbeiter und ihre Aufgaben

Dem STT gehören alle die für den Stadtteil zuständigen Mitarbeiter des ASD sowie des jeweiligen Schwerpunktträgers an. Für Teilzeitkräfte können eingeschränkte Teilnahmen verabredet werden. Außerdem nimmt jeweils ein Mitarbeiter der WJH sowie optional ein Vertreter der HzE-Bereichsleitungsrunde teil. Verantwortlich für die ausgewogene Besetzung der STT's ist die HzE-Bereichsleitungsrunde.

a) Aufgaben der Mitarbeiter des ASD

Den Mitarbeitern des ASD obliegt als Vertreter der öffentlichen Jugendhilfe die Mit- bzw. Letztverantwortung für die Leistung bezüglich der in das STT eingebrachten Fälle (§§ 69 Abs. 3, § 79 Abs. 1 SGB VIII). Dies bedeutet im Einzelnen:

- rechtzeitige und ergebnisoffene Falleingabe
- aktive Teilnahme am fachlichen Diskussionsprozess
- Mitarbeit bei der Planung der fallunspezifische Arbeit

b) Aufgaben der Mitarbeiter des Schwerpunktträgers

Die Mitarbeiter des Schwerpunktträgers haben folgende Aufgaben:

- aktive Mitarbeit bei der Erarbeitung von Hilfeoptionen
- Abklärung der eigenen Unterstützungsmöglichkeiten
- Mitarbeit bei der Planung der fallunspezifische Arbeit

c) Aufgaben der Mitarbeiter der Wirtschaftlichen Jugendhilfe

Die Mitarbeiter wachen im Rahmen der fallspezifischen STT-Arbeit über die Rechtmäßigkeit der Hilfen, insbesondere über:

- die eindeutige Klärung der Zuständigkeiten
- die Wahrung der gesetzlichen Ansprüche der Leistungsberechtigten
- die Rechtmäßigkeit der Leistungsangebote
- die Einhaltung der Verfahrens- und Beteiligungsrechte
- die Sicherstellung der korrekten Abwicklung der administrativen Abläufe

2.2.3 Organisatorisches, Verfahren

Das STT trifft sich wöchentlich für ca. 3 Stunden; die Teilnahme ist verbindlich. Das STT tritt nicht zusammen, wenn Mitarbeiter des ASD oder des Schwerpunktträgers nicht vertreten sind. Für jede Sitzung wird eine Moderation bestimmt. Die Moderation sorgt für einen geordneten, ergebnisorientierten Sitzungsablauf. Sie strukturiert die Sitzung zeitlich und sorgt u.a. dafür, dass für die fallunspezifische Arbeit genügend Zeit zur Verfügung steht. Bei den Fallbesprechungen orientiert sie sich an dem Ablaufschema für Fallbesprechungen. Die Moderation soll im Turnus wechseln.

Faustregeln für eine gelingende Moderation

Die Moderation sorgt dafür, dass:

- die Zielrichtung der Besprechung klar ist;
- die Zeitstruktur innerhalb einer Fallbesprechung und bei den anderen Punkten beachtet wird;
- keine persönlichen Angriffe erfolgen;
- eine Orientierung an den Stärken erfolgt und durchgehalten wird;
- allgemeine Aussagen konkretisiert werden;
- Ideen gefördert und nicht abgeblockt werden;
- der roten Faden nicht verloren geht;
- jeder Schritt kurz mit der anstehenden Aufgabenstellung eingeleitet wird;
- jeder Schritt mit einer Zusammenfassung abgeschlossen wird;
- konkrete Vereinbarungen getroffen werden.

Über die Sitzungen wird ein Protokoll geführt. Das Protokoll hält die wesentlichen Optionen und Konkretisierungsmöglichkeiten fest und macht so die Hintergründe für Schlussfolgerungen transparent. Deswegen sind die Protokolle übersichtlich abzufassen und so zu gestalten, dass sie auch für Dritte (z.B. Leistungsberechtigte) nachvollziehbar sind. Im Protokoll sind alle wesentlichen (Zwischen-)Ergebnisse festzuhalten. Das Protokoll ist allen Mitgliedern bis zur nächsten Sitzung vorzulegen. Im Rahmen des Protokolls werden die entsprechenden Dokumentationsbögen (Fallbesprechung im STT, STT-Doku: Allgemeine/fallunspezifische Arbeit, siehe Anhang) verwendet. Wird keine Einigkeit in wichtigen Punkten erzielt, so sind die unterschiedlichen Positionen festzuhalten.

Grundlagenordner_Stammwerk
Stand: 1.Oktober 2002

4 Die Arbeitsweise des ASD – bei Anfragen, Informationen bzw. Kenntnisnahme hinsichtlich eines Unterstützungsbedarfs

Der ASD ist die zentrale Stelle, bei dem die Informationen über einen möglichen Unterstützungsbedarf zusammenlaufen, sei es durch unmittelbare Anfragen potentieller Leistungsberechtigter, durch Informationen von Dritten oder dass der ASD in sonstiger Weise Kenntnis erlangt hat. Vom ASD hängt es zunächst ab, welche Relevanz eine solche Information hat, inwiefern Hintergründe und Begleitumstände erfragt werden und welche Unterstützungsmaßnahmen und Beratung die Leistungssuchenden schon im Vorfeld von Leistungen nach dem SGB VIII erhalten. Der ASD gestaltet die Bearbeitung der Anfragen im Wissen, dass passende Unterstützungen oft auch außerhalb der individuellen Leistungen – etwa in der offenen Jugendarbeit, in Selbsthilfegruppen oder Vereinen – zu finden sind. Neben einer solchen Unterstützung hat der ASD eine individuelle, unparteiliche, partizipative und ressourcenorientierte Recherche zu leisten. Es ist wichtig, dass tatsächlich die Sorgen und Nöte der Betroffenen, wie auch ihre Stärken und Ziele in der Hilfeplanung zum Tragen kommen.

4.1 Von der Kenntnisnahme zum HzE-Fall

Bei Kenntnis von einem Unterstützungsbedarf nimmt der ASD Kontakt mit dem möglicherweise Leistungsberechtigten auf. Eine erste Orientierungsberatung des ASD dient dazu, Fragestellungen und Problemsituationen zu sortieren und herauszuarbeiten, sowie hilfreiche Unterstützungen zu vermitteln.

Zur Einschätzung, ob bei der wahrgenommenen Lebenssituation überhaupt eine Leistung nach §§ 27ff. SGB VIII bzw. eine Hilfe nach §§ 20, 35a oder § 41 SGB VIII angezeigt ist, hat die zuständige Mitarbeiterin zunächst zu entscheiden, ob:

- die Eigenkräfte der Familie oder die Ressourcen im Lebensfeld ausreichen, um Lösungsschritte eigenständig umzusetzen;
- eine Weitervermittlung zur zuständigen oder fachlich geeigneteren Stelle angezeigt ist;
- die Weitervermittlung zu einer Beratungsstelle oder Selbsthilfegruppe hilfreich ist;
- ein medizinischer oder psychologischer Dienst zu konsultieren ist;
- im Rahmen einer eigenen Beratungsleistung¹ die Anfrage zu klären ist.

Der ASD klärt auf diesem Wege, ob eine Leistung entsprechend den genannten Bestimmungen erforderlich erscheint.

4.2 Die Verantwortungsbereiche des ASD

Hält der ASD-Mitarbeiter eine Leistung entsprechend der in 4.1 aufgeführten Punkte für wahrscheinlich oder ist ein Antrag nach §§ 27ff., §§ 20, 35a oder § 41 SGB VIII² gestellt, so stellen sich für ihn folgende Aufgaben:

- die umfassende Fallrecherche;
- die ergebnisoffene Falleingabe ins STT;

¹ Die eigene Beratungsleistung wird im Rahmen des Prozesses "ASD in Bewegung" eingehender beschrieben.

² Entsprechend Kapitel 1

- die fachliche Mitgestaltung bei der Entwicklung der Unterstützungsoptionen;
- Übermittlung der Unterstützungsoptionen an die Leistungsberechtigten, Kinder u. Jugendlichen;
- die aussagekräftige Dokumentation des Hilfeplanprozesses;
- die vollständige Aktenführung zum jeweiligen Kenntnis- und Entscheidungsstand;
- die Sicherstellung der Partizipation der Leistungsberechtigten;
- die Wahrung des Wunsch- und Wahlrechtes;
- die 3- monatige Durchführung der Kontraktgespräche;
- die Kontrolle der Umsetzung des Leistungskontrakts;
- die jährliche Wiedereingabe in das STT bei einer 12-monatigen oder längeren Inanspruchnahme von Leistungen.

Von besonderer Bedeutung ist eine genaue Recherche, da sie es erlaubt, den zu deckenden Bedarf zu bestimmen, rechtlich genau einzuordnen und die Leistung pädagogisch flexibel zu gestalten.

4.3 Die Falleingabe ins STT

Für Fälle, in denen eine Leistung nach §§ 27ff, 20, 35a, 41 SGB VIII³ wahrscheinlich ist, bzw. eine Antragstellung vorliegt, bereitet der ASD-Mitarbeiter eine Eingabe in das STT vor. Hierfür wird der STT-Falleingabebogen verwendet.

Die Falleingabe lebt von ihrer Ergebnisoffenheit und der damit verbundenen Kreativität. Im Rahmen der ergebnisoffenen Falleingabe lenkt der ASD-Mitarbeiter die Aufmerksamkeit des STT's auf die nach seiner Einschätzung vordringlichen – möglichst konkret formulierten – fallbezogenen Fragen. Gemeinsam soll im STT eine fachlich begründete Antwort hierzu gefunden werden und mögliche Unterstützungsoptionen erarbeitet werden. Damit muss die Falleingabe folgende Anforderungen erfüllen:

- a) Es stehen ausreichend Informationen für eine fundierte Fallbesprechung zur Verfügung. Hierfür werden (unter Beachtung der Datenschutzvorschriften) alle beteiligten Familienmitglieder sowie möglicherweise bereits involvierte Fachkräfte angehört.
- b) Das STT wird per Falleingabe über den Handlungsanlass, über die Sicht der Betroffenen auf die Problemlage, über die Ressourcen der Familie sowie über mögliche Wünsche und Ziele der Beteiligten informiert. Die Information erfolgt schriftlich per Falleingabebogen sowie mündlich.
- c) Liegen zu den genannten Aspekten keine Angaben vor, kann das STT die Falleingabe zurückweisen und eine weitere Recherche durch den Falleinbringenden verlangen.

Bei jeder erneuten Wiedereingabe eines Falles wird neben der Beachtung der o.a. Aspekte außerdem die letzte Hilfevereinbarung sowie die aktuelle Fallentwicklung mit eingebracht.

5 Arbeit im Stadtteilteam

Die Stadtteilteams (zum allgemeinen Rahmen und Zusammensetzung vgl. 2.2) haben ihre Arbeitsaufträge schwerpunktmäßig sowohl in der fallunspezifischen Arbeit, wie in der fallspezifischen Arbeit.

³ entsprechend Kapitel 1
Grundlagenordner_Stammwerk
Stand: 1. Oktober 2002

5.1 Der fallunspezifische Arbeitsauftrag

(1) Mit der fallunspezifischen Arbeit sollen personelle und materielle Eigenkräfte des Stadtteils gesichtet und für die Fallarbeit oder Prävention mobilisiert werden. Jedes STT führt dafür eine allen STT-Mitgliedern zugängliche Ressourcenkartei, die laufend aktualisiert wird. Eine Ressourcenkartei kann auch STT-übergreifend angelegt werden. Ein Teil jeder STT-Sitzung ist für die fallunspezifische Arbeit des Teams reserviert. Die fallunspezifische Arbeit soll am Anfang der Tagesordnung platziert werden.

(2) Die Dokumentation und Aktivierung der Eigenkräfte des Stadtteils erfolgt auf unterschiedliche Arten; die folgenden Punkte stellen die fachlichen Grundstandards dar:

- Die Angebote der ansässigen Vereine und Verbände, Kirchengemeinden oder Initiativen werden gesichtet und für die Fallbesprechungen verfügbar gehalten. Es werden Kontakte zu Schlüsselpersonen aufgebaut und gepflegt, um die Recherchen nach Ressourcen zu erleichtern.
- Aktive Präsenz in den Stadtteilgremien: Hier können Schlüsselpersonen kontaktiert werden.
- Die Regeleinrichtungen vor Ort werden durch regelmäßige Kontakte als feste Kooperationspartner gewonnen (vgl. Kap. 5.2.5) und in Hilfesettings integriert.
- Anhand der zurückliegenden fallspezifischen Arbeit werden Bedarfe⁴, die sich auf den Sozialraum beziehen, vierteljährlich zusammengestellt und ausgewertet. Anhand dieser Auflistung wird die weitere fallunspezifische Arbeit im STT geplant.
- Das STT führt eigene Aktionen durch. Die Öffentlichkeitsarbeit soll den Nutzen der stadtteilorientierten, flexiblen Erziehungshilfe für das Gemeinwesen aufzeigen.

(3) Zwischen den STT's werden die eingehenden Informationen über den Stadtteil und die Bedarfe aus der Einzelfallarbeit regelmäßig und systematisch abgeglichen. Die Sicherstellung dieser Aufgabe obliegt der HzE-Bereichsleitungsgruppe.

(4) Ein STT-Mitglied kann das STT auch mit Problemlagen konfrontieren, für die bislang keine passenden Ressourcen verfügbar schienen. Bei solchen Anfragen überlegt das STT, wer oder welche Gruppierung im Stadtteil für eine Unterstützung - außerhalb oder in Ergänzung zu HzE - infrage käme. Dabei sind bestehende Gremien zu nutzen.

5.2 Fallspezifischer Arbeitsauftrag

Das STT ist ein Forum des Zusammenwirkens von Fachkräften (zur Zusammensetzung siehe 2.2.2), das sich im Rahmen des Hilfeplanverfahrens über angezeigte Hilfearten austauscht. Auf der Basis des Wunsch- und Wahlrechts der Leistungsberechtigten sollen hier passgenaue Unterstützungen für den Leistungsberechtigten entwickelt werden. Dazu werden im STT Perspektiven entwickelt, Lösungsideen vorgebracht und damit verbundene Optionen diskutiert. Das STT hat hierbei die Funktion eines Qualitätszirkels und berät über die Ausgestaltung der Hilfen, entscheidet über Vorgehensweisen in der Hilfeplanung, reflektiert die Helfer-Klienten-Beziehungen. Das STT beschließt keine Leistungen, sondern erarbeitet Ideen und Vorschläge. Entscheidungen zur Hilfestellung können nur im Kontraktgespräch (im Sinne des §36 SGB VIII) gemeinsam mit den Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen getroffen werden.

⁴ Die fallspezifischen Bedarfslagen werden durch den entsprechenden Bogen im STT dokumentiert (Fallbesprechung im STT, Reflexion des Falles) und stehen somit der vierteljährlichen Bündelung zur Verfügung.

5.2.1 Die Rolle der Fallbesprechung für die Hilfeplanung

Die Ideen und Vorschläge des STT's orientieren sich an den Grundsätzen der Flexibilität, der Nachfrageorientierung, der Sozialraum- und Lebensweltorientierung, der Ressourcen- und Stärkenorientierung, der Klienten-Beteiligung und an den Grundsätzen von Gender-Mainstreaming.

Die Orientierungsziele für die Fallbesprechungen

Die Vorschläge konkretisieren die allgemeinen Qualitätsziele am Einzelfall. Sie sind Versuche:

- Professionelle Eingriffe ins Beziehungsgefüge nur dort vorzunehmen, wo sie auch nötig sind;
- den Leistungsauftrag einzugrenzen und zu spezifizieren;
- eine Leistung durch Ziel- und Mittelgenauigkeit zu effektivieren;
- Beziehungsabbrüche zu vermeiden;
- an Stärken und Ressourcen der Adressaten anzuknüpfen;
- an den Willen und den Vorstellungen der Betroffenen anzuknüpfen;
- Ausschlüsse aus Regeleinrichtungen (Kitas wie Schulen) zu verhindern;
- Ressourcen des Stadtteils und des sozialen Umfelds für die individuelle Unterstützung zu mobilisieren;
- die Leistungen im angestammten Lebensfeld bzw. wohnortnah durchzuführen;
- insbesondere langfristige und sich intensivierende Leistungen kritisch zu hinterfragen.

5.2.2 Die Falleingabe der ASD-Mitarbeiterin

(1) Zur Fallabklärung führt die ASD-Mitarbeiterin (unter Beachtung der Datenschutzvorschriften) Gespräche mit den Adressaten einer möglichen Erziehungshilfe sowie den unmittelbar Betroffenen im näheren Lebensumfeld⁵. Sie sammelt deren Statements zur Problemlage sowie deren Vorstellungen zur möglichen Problemlösung. In der Abklärung sind Parteinahmen, einseitige Darstellungen und Abwertungen zu vermeiden. Es ist deshalb wichtig, dass **alle** im Fall bedeutsamen Personen ihre Sicht der Dinge schildern können – und diese Schilderungen tatsächlich im Prozeß der Hilfeplanung zum Tragen kommen. Die Statements bieten die Grundlage für die Falleingabe ins STT. Die ASD-Mitarbeiterin informiert die Adressaten einer möglichen Leistung über die anstehende Falleingabe und holt deren Einverständnis ein.

(2) In der Abklärung wird nicht nur das Ausgangsproblem aufgearbeitet, sondern auch ein Augenmerk auf vorhandene Stärken der Beteiligten, in der Familie und im sozialen Umfeld gelegt.

(3) Der ASD bringt mittels Falleingabebogen **jeden** Fall in das STT ein, soweit es sich aller Voraussicht nach um Leistungen nach §§ 20, 27 ff., 35a oder § 41 SGB VIII⁶ handelt. Der ASD kann darüber hinaus Fälle einbringen, wenn er zusätzlich zur ASD-internen Fallberatung (vgl. 4.1) eine fachliche Unterstützung durch das STT wünscht (z.B. Ressourcensuche bezogen auf eingegangene Anfragen).

(4) Laufende Fälle werden per Wiedereingabe durch den ASD eingebracht. Eine Wiedereingabe erfolgt,

- wenn eine grundsätzliche Veränderung der Leistung notwendig erscheint;
- wenn sich die Mitarbeiterin des ASD und bzw. des HzE-Trägers mit der Leistungsberechtigten grundsätzlich uneins über den Fortgang der Hilfe sind;
- wenn Kontrakte von Leistungsberechtigten nicht eingehalten werden;

⁵ Dies kann z.B. der Klassenlehrer sein, der dem ASD eine drohende Verwahrlosung des Schülers gemeldet hatte oder die Erzieherin, die sich mit der Betreuung des Kindes überfordert sieht.

⁶ Entsprechend Kapitel 1

- (8) Rollenstatements (Teammitglieder nehmen zum bisher Gesagten aus der vermuteten Sicht der Hauptbetroffenen Stellung und gehen wieder aus ihrer Rolle)
- (9) Konkretisierung der gesammelten Ideen bzw. Bestimmung möglicher Vorgehensweisen (Zuständigkeiten und ungefähre Leistungsumfang, Bearbeitungsschwerpunkte, Reihenfolge der Arbeiten, Grenzen des Auftrags, Klärungsbedarf festhalten und Aufträge vergeben)
- (10) Zusammenhang zwischen Fall und Stadtteil und fallunspezifischen Ressourcen wird reflektiert und dokumentiert.

5.2.6 Ergebnisse der Fallbesprechung

(1) Je nach Infostand, Komplexität der Problemlage sowie Klarheit und Einheitlichkeit des Willens der Betroffenen variiert der Klärungsgrad, der in der Fallbesprechung erreicht werden kann. Ergebnis der Fallbesprechung können folgende Vorschläge sein:

- auf welches Thema sich eine Leistung konzentrieren sollte;
- auf welche Person sich eine Leistung konzentrieren sollte;
- welche Rolle ein Helfer im Familiensystem einnehmen sollte;
- wie der Kontakt hergestellt wird;
- welche Fragen zunächst noch mit den Beteiligten zu klären sind;
- welche konkreten Unterstützungsangebote und Ideen der Familie in bezug auf die Hilfen unterbreitet werden.

(2) Das STT kann zu dem Schluss kommen, dass trotz gründlicher Fallabklärung mit allen Betroffenen zentrale Fragen ungeklärt sind. Falls aufgrund der Komplexität, aktuellen Situation usw. eine weitere Klärung durch den ASD nicht möglich ist, besteht die Möglichkeit, einen thematisch eingegrenzten und zeitlich befristeten Klärungsauftrag als spezifische Hilfe zur Erziehung durch den Schwerpunktträger zu erbringen. Für diese Hilfe zur Erziehung gelten die üblichen Regularien der Hilfe zur Erziehung (vgl. Kapitel 6). Über das Ergebnis der Klärung ist im STT zu berichten, der Zeitpunkt hierfür wird vom STT festgelegt.

6 Das Kontraktgespräch und der Kontrakt mit den Leistungsberechtigten

Die bisherigen Hilfeplangespräche und Hilfekonferenzen werden durch zeitnahe, überschaubare Kontraktgespräche ersetzt. Mit dieser Umbenennung ist der Anspruch verbunden, die Leistung mittels Aushandlung zu entwickeln und besonders auf die Partizipation der Leistungsberechtigten, Kinder und Jugendlichen zu achten, im Wissen darum, dass Leistungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg 'verschrieben', kaum Aussicht auf Erfolg haben. In diesem Sinne sind alle Parteien Co-Produzenten.

Das Kontraktgespräch ist so zu gestalten, dass die Leistungsberechtigten tatsächlich ihre eigenen Vorstellungen einbringen können. Insbesondere die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen ist durch eine unkonventionelle Gesprächsführung, durch vertrauliche Vorgespräche oder durch die Nutzung anderer Ausdrucksmittel zu fördern.

Die zwischen Leistungsberechtigten und zuständigem HzE Trägermitarbeiter geschlossene Vereinbarung über die zu erbringende Leistung (=Kontrakt), muss von Seiten des ASD-Mitarbeiters als fachlich angemessen und von Seiten der WJH als rechtmäßig bestätigt werden. Die Vereinbarung zieht Rechte und Pflichten für Leistungsberechtigte wie HzE-Trägermitarbeiter nach sich. Sie eröffnet und spezifiziert vielfältige Leistungsbeziehungen im Bereich der Erziehungshilfen.

Der Begriff "Kontrakt" betont die Wechselseitigkeit der Vereinbarung, die sachliche und zeitliche Begrenztheit des verliehenen Mandats sowie die Prozesshaftigkeit und Vorläufigkeit

der Leistungserbringung. Grundsätzlich sind die Beziehungen zwischen den Beteiligten als zeitlich begrenzte Unterstützungen mit speziellen Zielen, Mitteln und Aufgaben zu verstehen. Die Unterstützung entlässt die Familien bzw. Betroffenen nicht aus ihrer Selbstverantwortung, sondern soll sie befähigen, diese wieder erfolgreicher wahrzunehmen.

Kontrakte können je nach Stand des Falles, der Klarheit der Beteiligten über die Leistungserbringung, der ausdrücklich vereinbarten Ziele und der Intentionen der Beteiligten mehr oder weniger umfangreich ausfallen. Der Minimalinhalt eines Kontrakts besteht in der Angabe von Zeit, Ort und Zweck eines nächsten Gesprächstermins.

6.1 Die Gestaltung des Kontraktgesprächs

Der ASD-Mitarbeiter ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung des Kontraktgesprächs:

Aufgabe des ASD-Mitarbeiter und der Mitarbeiter des HzE-Trägers ist es, in den Kontraktgesprächen die Mitbestimmung der Leistungsberechtigten und die Sicherung ihres Wunsch- und Wahlrechts zu gewährleisten und zu fördern. Erreicht wird diese u.a. durch:

- die Vorbereitung der Kontraktgespräche durch Vorgespräche: Klärung der Teilnehmer und des Treffpunktes, spielerisch und kreative Beteiligungsformen für Kinder;
- eine überschaubare Gesprächsrunde;
- eine überschaubare Dauer (Anhaltswert: max. 90 Minuten);
- ein für die Familie angenehmes Gesprächssetting (sie kann selbst den Ort wählen, Teilnehmer einladen);
- einen lebensweltlichen Sprachgebrauch der professionellen Beschäftigten (Vermeidung von Fachtermini);
- ggf. durch gesonderte Gesprächsphasen mit einzelnen Betroffenen;

6.2 Zeitpunkt und Häufigkeit der Kontraktgespräche

Kontraktgespräche finden statt:

- vor Beginn einer Hilfe;
- mindestens einmal im Quartal;
- bei einer Veränderung der bisher vereinbarten Ziele;
- wenn der im Kontrakt vereinbarte Zeitkorridor verlassen wird;

6.3 Die Beteiligung der wirtschaftlichen Jugendhilfe

Ein Mitarbeiter der WJH nimmt zumindest beim ersten Kontraktgespräch teil. Seine Aufgaben sind:

- darauf zu achten, dass die Rechte der Leistungsberechtigten, insbesondere ihr Wunsch- und Wahlrecht, im gesamten Verlauf beachtet wird;
- die Rechtmäßigkeit der Leistung zu beurteilen;
- auf die Informationspflicht und andere administrative Mitwirkungspflichten zu achten;
- den Leistungsberechtigten Vorinformationen über die Heranziehung zu den Kosten zu geben;
- Information über mögliche weitere, insbesondere materielle Leistungen anderer Sozialleistungsträger zu geben.

6.4 Inhalt der Leistungsvereinbarung (=Kontrakt)

Das Ergebnis des Kontraktgesprächs ist eine Leistungsvereinbarung (=Kontrakt), bei dem der zuständige HzE-Trägermitarbeiter, die Leistungsberechtigten und eventuell weitere Beteiligte möglichst konkrete Aufträge und Beiträge übernehmen. Die Vereinbarung ist schriftlich niederzulegen. Hierfür wird der Dokumentationsbogen "Kontraktgespräch" verwendet.

Eine Leistungsvereinbarung beinhaltet die folgenden Punkte:

- Name der beteiligten Person(en), die eine Unterstützung in Anspruch nimmt;
- Name des zuständigen Mitarbeiters des HzE-Trägers;
- Konkrete Ziele und Themen der Leistung;
- Kriterien, bei denen der Leistungsauftrag als abgeschlossen gilt;
- genauer Zeitpunkt des Leistungsbeginns;
- der zeitliche Umfang der Leistung (Zeitkorridor);
- die Gültigkeit der Vereinbarung (bis zu drei Monaten);
- der nächste Termin (auch Ort und Teilnehmer) für ein Kontraktgespräch;
- eigene Beiträge der Leistungsempfänger;
- evtl. Gründe für die Veränderung eines Leistungsauftrags;
- Zwischenbilanzen der Beteiligten⁸;
- sofern notwendig Aussagen zum Kinderschutz;
- eine gemeinsame Erklärung zum Auftragsabschluss der vereinbarten Leistungserbringung.

6.5 Die Gültigkeit der Leistungsvereinbarung

Die zwischen den Beteiligten vereinbarte zu erbringende Leistung muss den Kriterien des SGB VIII entsprechen und damit rechtmäßig sein. Dazu ist erforderlich, dass durch die zu erbringende Leistung insbesondere das Wohl der Minderjährigen gewährleistet ist, der vorhandene erzieherische Unterstützungsbedarf der Leistungsberechtigten abgedeckt wird, das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten berücksichtigt wird. Diese inhaltlichen Aspekte sind von allen Beteiligten zu beachten. Durch die Unterzeichnung des Kontrakts wird seitens der jeweils verantwortlichen Personen die Beachtung dieser Aspekte dokumentiert. Dem gemäß ist der Kontrakt zu unterzeichnen von:

- den Leistungsberechtigten,
- dem zuständigen ASD-Mitarbeiter,
- dem Mitarbeiter der WJH,
- dem für die Leistungserbringung verantwortlichen Mitarbeiter des HzE-Trägers.

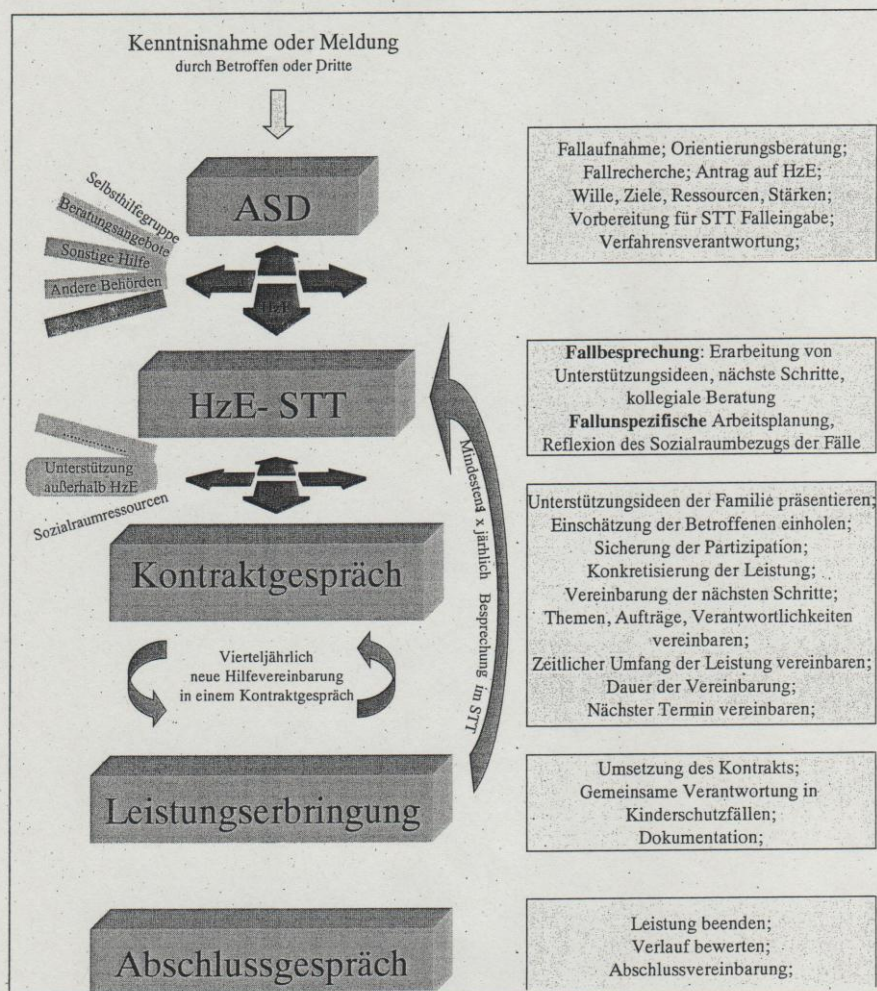
7 Das Abschlußgespräch

Zum Abschluß der Leistung findet ein Abschlußgespräch statt. Alle an der Leistung beteiligten Personen sollen die Unterstützungsleistungen im Nachgang einschätzen und den gesamten Fallverlauf bewerten. Hierbei sollen insbesondere Rückmeldungen der Leistungsberechtigten Raum finden und ein klares Signal zur Beendigung der Leistung gesetzt werden. Die nach

⁸ Um die Partizipation zu fördern, können die Statements z.B. jugendlicher Leistungsempfänger vorab schriftlich fixiert werden.

gemeinsamer Einschätzung erreichten Ziele werden benannt und somit ein Blick auf die geleistete Arbeit im Überblick ermöglicht aber auch noch ausstehenden Punkte, die ohne HZE Leistung in Zukunft bewerkstelligt werden, festgehalten. Bei Bedarf werden Abschlussvereinbarungen getroffen und die Leistung offiziell beendet.

Anhang 1: Ablaufschema der Hilfeplanung innerhalb des Reformprojektes „Umbau der Hilfen zur Erziehung“



Anlage 9:

Interview mit Frau Lässig - Wirtschaftliche Jugendhilfe Stuttgart – am 11.07.2012

Fragenkatalog:

1. Wie würden Sie Ihre Aufgaben, Rechte und Pflichten in Ihrem Arbeitsalltag beschreiben?
 - Wahrung der Rechtmäßigkeit und der ordnungsgemäßen Verfahrensabwicklung im Hilfeverlauf.
 - Klärung der örtlichen Zuständigkeit
 - Information und Beratung über möglicherweise infrage kommende Sozialleistungen.
 - Erlass von Bewilligungs-, Einstellungs- und Leistungsbescheiden
 - Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen und Ansprüchen gegen Dritte.
 - Berechnung von Kostenbeiträgen
 - Bearbeitung von Widersprüchen

2. Was würden Sie von einer Arbeitshilfe für § 33 SGB VIII (Vollzeitpflege) erwarten? Welche Punkte sind Ihnen wichtig?
 - Übersichtlichkeit, gute gegliedert, aktuell, gepflegt, umfassend
 - Aufgaben der WJH darstellen.
 - Rechte und Pflichten der Pflegeeltern mitaufnehmen.
 - Thema Sorgerecht anschneiden.
 - Abgrenzung der Aufgaben der einzelnen Dienste
 - Von wem braucht man in speziellen Fällen das Einverständnis?

3. Wie sieht ganz grundsätzlich der Hilfeablauf einer Vollzeitpflege aus?
 - Hilfebedarf wird durch den ASD festgestellt.
 - Eingabe und Besprechung im Stadtteilteam (Optionsanalyse); sobald klar ist, dass Vollzeitpflege in Betracht kommt, wird der PKD informiert.
 - Zuständigkeit und rechtliche Abklärung
 - PKD sucht Pflegefamilie.
 - Datenaustausch zwischen ASD und WJH (Hilfebeginn, Konto)
 - Kontraktgespräch (ASD, Pflegeeltern, Kind, PKD)
 - Prosoz anlegen
 - Bescheid (Bewilligung)

- Pflegegeld auszahlen (+ monatliche Ausgabe in Prosoz einstellen)
 - Ggf. Erstausrüstung gewähren und auszahlen.
 - Mitteilung über Kostenbeteiligung
 - Berechnung des Kostenbeitrags der Eltern
 - Ggf. einmalige Leistungen gewähren.
 - Beendigung Pflegeverhältnis
4. In welchen Fällen ergeben sich Kostenerstattungen anderer Städte/Landkreise?
- Gem. § 86 Abs. 6 SGB VIII Kostenerstattung erhalten oder bezahlen.
 - Kostenerstattung, wenn der maßgebliche Elternteil umzieht (in der Praxis eher selten).
5. Gibt es in Stuttgart Besonderheiten? Bei was genau?
- Stuttgart ist aufgeteilt in 10 Bereiche mit jeweils „eigenen“ Jugendämtern.
 - § 86 Abs. 6 SGB VIII wird innerhalb der Bereiche nicht angewendet.
6. Mit welchen Ämtern treten Sie im Rahmen der Vollzeitpflege in Kontakt? Weshalb?
- Mit dem PKD.
 - Bei einer Ausbildung des Pflegekindes: Agentur für Arbeit.
 - Bei Bezug von Halb- oder Vollwaisenrente des Pflegekindes: Rentenversicherung
 - Zu Beginn des Pflegeverhältnisses eventuell Familienkasse (Das Kindergeld geht dann aber direkt an die Pflegefamilie.)
7. Wie viele Fälle von Vollzeitpflege haben Sie derzeit?
- 16 Fälle von Vollzeitpflege bei insg. 130-140 Fällen
8. Gibt es praktische oder rechtliche Probleme in Bezug auf Vollzeitpflege? Gibt es Unklarheiten oder fehlende Regelungen?
- Vollzeitpflege in anderem Bundesland/Landkreis: Territorialprinzip (Regelungen dieses Bereiches werden angewendet); Informationen über die Regelungen dieses Bereichs müssen beschafft werden.

- Abgrenzungsproblematik ASD, WJH, PKD: Wer beantragt z.B. eine Krankenversicherung, wenn das Kind noch keine besitzt.

9. Wo könnte der Arbeitsablauf vereinfach/optimiert werden?

- Beschleunigung des Kontaktes durch Emails; wird innerhalb Stuttgarts bereits gut umgesetzt.
- Probleme treten eher im Kontakt mit anderen Jugendämtern auf (z.B. bei § 86 Abs. 6 SGB VIII). Die Übernahmen bei einem Zuständigkeitswechsel sollten per Fristsetzung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vorgenommen werden.

Anlage 10:**Jugendamt Stuttgart/ Pflegekinderdienst; Checkliste: Leitfaden zum Überprüfungsverfahren neuer Pflegeeltern**

Jugendamt Stuttgart
Pflegekinderdienst, GZ: 51-00-61

Stuttgart,
Bearbeiter/-in:
Nebenstelle:
Fax 216-86 40
@stuttgart.de

**Checkliste/Leitfaden zum
Überprüfungsverfahren neuer Pflegeeltern:**

Name des Kindes: _____

⇒ erster Kontakt, Infogespräch	<input type="checkbox"/>
⇒ besuchen des Vorbereitungskurses für Pflegeeltern (4 Abende)	<input type="checkbox"/>
⇒ ausfüllen des Fragebogens und erstellen des Lebenslaufes (von den Bewerbern zu erledigen)	<input type="checkbox"/>
⇒ Hausbesuch, persönliches Gespräch	<input type="checkbox"/>
⇒ Atteste und Bescheinigungen	
a) von den zukünftigen Pflegeeltern einzureichen	
- ärztliche Bescheinigung über die Eignung zur Vollzeitpflege	<input type="checkbox"/>
- Führungszeugnis (Infoschreiben vom PKD aushändigen)	<input type="checkbox"/>
b) vom Pflegekinderdienst zu beantragen:	
- Erklärung zu Ermittlungsverfahren inkl. Erklärung zu Scientology (Pflegeeltern müssen jeden der 3 Teile einzeln unterschreiben)	<input type="checkbox"/>
- Auskunft Staatsanwaltschaft	<input type="checkbox"/>
- Auskunft BZ	<input type="checkbox"/>
⇒ Pflegevereinbarung ausfüllen und unterschreiben lassen	<input type="checkbox"/>
⇒ Pflegeeltern über Alterssicherung informieren und	
- Merkblatt zur Alterssicherung aushändigen	<input type="checkbox"/>
- Antragsformular „Erklärung der Pflegeperson – Aufwendungen zur Alterssicherung“ aushändigen	<input type="checkbox"/>
⇒ Ausfüllen des Datenblattes zur Aktenanlage (weiteres siehe Aktenanlageverfahren)	<input type="checkbox"/>
⇒ nach der Aktenanlage	
- Aktennachweis unterschrieben an Akte	<input type="checkbox"/>
- Versand/ aushändigen: Pflegebescheinigung an Pflegeeltern	<input type="checkbox"/>
- Versand/ aushändigen: Antrag BonusCard an Pflegeeltern	<input type="checkbox"/>
⇒ liegt die Vormundschaft beim Jugendamt, ggf. Kontakt mit der AV aufnehmen und in den Fallverlauf mit einbeziehen	

Anlage 11:

KVJS: Die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen in Baden-Württemberg im Jahr 2011- Kerntendenzen



Die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen in Baden-Württemberg im Jahr 2011 – Kerntendenzen

Vorbemerkung

Die Auswertungen zur Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung (§§ 27 – 35 SGB VIII) und anderer individueller Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) und seelisch behinderte Minderjährige (§ 35a SGB VIII) sowie der Leistungen für Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder (§ 19 SGB VIII) und der Inobhutnahme (§ 42 SGB VIII) für das Jahr 2011 basieren auf der Erhebung des Landesjugendamtes bei den örtlichen Jugendhilfeträgern. Die vorliegende Auswertung fasst zentrale Befunde zur Inanspruchnahme dieser Jugendhilfeleistungen im Jahr 2011 und deren Veränderungsdynamik im Vergleich zum Jahr 2010 zusammen.

Die folgenden Kommentierungen beziehen sich auf die auf Seite 2 dieses Beitrags eingefügte Tabelle. Differenzierte Daten zur Situation in den Zuständigkeitsbereichen der 47 baden-württembergischen Jugendämter in den 35 Landkreisen, 9 Stadtkreisen und 3 kreisangehörigen Städten mit eigenem Jugendamt können den in der Anlage beigefügten differenzierten Kreistabellen entnommen werden. Dort finden sich zahlreiche kreisvergleichende Datenaufbereitungen zur Einschätzung der jeweils kreisspezifischen Entwicklungen im Blick auf einzelne Hilfearten und spezifische Fallzahlrelationen. Als Bezugsgrößen zur Einschätzung der jeweiligen Kreissituation sind dort die Summenwerte aller Jugendämter in Baden-Württemberg sowie die aller Kreisjugendämter und aller Stadtjugendämter ausgewiesen. Für alle unter den Hilfeparagraphen 27 und 29-35 SGB VIII ausgewiesenen Fallzahlen gilt, dass sie hilfeartbezogen die Leistungen für Minderjährige nach § 27 SGB VIII, für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a SGB VIII und für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII umfassen. Nicht berücksichtigt sind die Hilfen nach § 28 SGB VIII, da die Jugendämter über diese Daten i.d.R. selber nicht verfügen und sie deshalb vom Landesjugendamt nicht mit erhoben werden konnten.

Den Berechnungen zur Inanspruchnahme der Hilfearten je 1000 der 0- bis unter 21-Jährigen in den kreisbezogenen Tabellen im Anhang liegen die Bevölkerungsdaten zum Stichtag 31.12.2010 zu Grunde, da die Daten zum 31.12.2011 zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Auswertungen noch nicht vorlagen. Dieser Sachverhalt ist aber unproblematisch, da er in einem Berechnungszusammenhang je 1000 der 0- bis unter 21-Jährigen zu lediglich marginalen Verzerrungen führt, die zudem im Blick auf kreisvergleichende Betrachtungen alle Kreise gleichermaßen betreffen.

**Kernbefunde zur Fallzahlentwicklung vom Jahr 2010 zum Jahr 2011
in Baden-Württemberg**

Fallzahlentwicklung in Baden-Württemberg in den jeweiligen Hilfearten
(Summe Leistungen §§ 27, 41; 35a SGB VIII; sowie gesondert § 35a sonstige ambulante Hilfen;
Summe 31.12. plus beendete Hilfen des jeweiligen Jahres)

Hilfeart	Fallzahlen		Veränderung 2010->2011		2009 ->2010
	2010*	2011	abso- lut	in %	in %
§ 27 originär	6.441	6.989	+ 548	+ 9 %	+ 7 %
§ 29 (Soziale Gruppenarbeit)	5.625	5.634	+ 9	+/- 0 %	+ 4 %
§ 30 (Erziehungsbeistandschaft, Betreuungshelfer)	6.031	6.396	+ 365	+ 6 %	+ 3 %
§ 31 (Sozialpädagogische Familienhilfe)	12.398	12.680	+ 282	+ 2 %	+ 3 %
§ 32 (Tagesgruppe)	4.854	4.800	- 54	- 1 %	- 1 %
§ 33 (Vollzeitpflege)	8.426	8.541	+ 115	+ 1 %	+ 1 %
§ 34 (Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform)	10.494	10.587	+ 93	+ 1 %	+/- 0
§§ 27 & 29-32 (nicht-stationäre Hilfen)	35.349	36.499	+ 1.150	+ 3 %	+ 3 %
§§ 33, 34 (stationäre Hilfen)	18.920	19.128	+ 208	+ 1 %	+ 0 %
§§ 27 & 29-32 je 1 §§ 33,34	1,87	1,91			
§ 33 je 1 Hilfe § 34	0,80	0,81			
§ 35 (Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung)	952	989	+ 37	+ 4 %	+ 5 %
§§ 27 & 29-35 (Summe aller bis hier erfassten Hilfen)	55.221	56.616	+ 1.395	+ 3 %	+ 2 %
§ 35a: sonstige ambulante Hilfen	5.888	5.987	+ 99	+ 2 %	+ 8 %
§§ 27 & 29-35 & 35a (Summe aller erfassten Hilfen)	61.109	62.603	+ 1.494	+ 2 %	+ 3 %
§§ 27 & 29-32 & 35a sonstige ambul. je 1 §§ 33,34	2,18	2,22			

* Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen zu den Fallzahlen des Jahres 2010 resultieren aus nachträglichen Korrekturmeldungen einzelner Jugendämter

Der **erste Block** der Tabelle zeigt die Fallzahlentwicklung bei den einzelnen Hilfearten nach §§ 27-34. Im **zweiten Block** sind zunächst die Fallzahlsummen der nicht-stationären (§§ 27 + 29-32) und dann die der stationären (§§ 33,34) Hilfen berechnet. Darüber hinaus ist dort ausgewiesen, wie viele nicht-stationäre Hilfen im jeweiligen Jahr auf je 1 stationäre Hilfe kamen. Ein weiterer Kennwert bezieht sich auf den Bereich der stationären Hilfen. Er gewichtet, wie viele Hilfen in Vollzeitpflege (§ 33; erfasst sind hier die *Kostenfälle* der Jugendämter) auf je 1 Hilfe in Heimerziehung und sonstigen betreuten Wohnformen (§ 34) entfielen. Der **dritte Block** beinhaltet in seiner ersten Zeile gesondert Angaben zu den Hilfen nach § 35, weil diese in den Summenbildungen und der Gewichtung der nicht-stationären gegenüber den stationären Hilfen nicht mit berücksichtigt werden können, da die Hilfen nach § 35 sowohl einen stationären als auch einen nicht-stationären Charakter haben können. Die zweite Zeile in diesem Block weist die Summe aller bis hier erfassten Hilfen aus. Im **vierten Block** sind zunächst die Fallzahlen der seelisch behinderten Minderjährigen ausgewiesen, die eine sonstige ambulante Hilfe nach § 35a - i.d.R. in Form einer ambulant-therapeutischen Hilfe - erhielten. Ergänzend sind dann noch die Gesamtzahl aller Hilfen sowie das Gewichtungsverhältnis *aller* nicht-stationären Hilfen, also einschließlich der sonstigen ambulanten Hilfen nach § 35a, je 1 stationäre Hilfe berechnet. Schließlich ist in der **rechten – grau unterlegten – Spalte** der Tabelle die prozentuale Veränderungsdynamik im Vergleich der Fallzahlen der Jahre 2009 und 2010 ausgewiesen, so dass die jüngste Fallzahldynamik im Vergleich zu der des Vorjahres eingeschätzt werden kann.

Ein wesentlicher Befund zur Fallzahlentwicklung des Jahres 2011 besteht darin, dass die Gesamtzahl aller erfassten Hilfen (§§ 27 & 29-35 & 35a SGB VIII) in Baden-Württemberg von 61.109 im Jahr 2010 auf 62.603 im Jahr 2011 erneut leicht zugenommen hat. Das bedeutet, dass trotz des fortschreitenden Rückgangs der Alterspopulation der 0- bis unter 21-Jährigen in Baden-Württemberg nicht weniger junge Menschen und ihre Familien auf Unterstützung angewiesen sind. Allerdings ist die Zuwachsdynamik der Gesamtzahl der Hilfen im Jahr 2011 mit einem Anstieg von 2 % gegenüber den Vorjahren (2007: + 5 %; 2008: + 10 %; 2009: + 5 %; 2010 + 3 %) nochmals abgebremst worden. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass sich das Gesamtfallzahlgeschehen zusehends auf dem erreichten Fallzahlniveau konsolidiert.

Diese Tendenz zur Konsolidierung zeigt sich auch im stationären Bereich. Die Zahl der Hilfen in Heimerziehung und sonstigen betreuten Wohnformen (§ 34 SGB VIII) belief sich im Jahr 2011 auf 10.587 und hält sich seit dem Jahr 2009 relativ konstant auf diesem Niveau. Auch die Hilfen in Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII) haben sich im Jahr 2011 mit einem Anstieg von rund 1 % nur minimal erhöht, wobei dies in etwa der Zuwachsdynamik des Jahres 2010 entspricht. Somit wurden mit insgesamt 19.128 Hilfen außerhalb der Herkunftsfamilie (Summe §§ 33, 34) im Jahr 2011 annähernd so viele stationäre Hilfen für Kinder und Jugendliche gewährt wie im Jahr 2010 (18.920).

In der Gesamtschau der nicht-stationären Hilfen (Summe §§ 27 & 29-32 SGB VIII) zeigt sich ein ähnlicher Trend zur Konsolidierung. Zwar hat sich die Gesamtzahl gegenüber dem Jahr 2010 erneut um 3 % erhöht. Im Vergleich zu den Vorjahren stellt dies allerdings auch hier eine deutlich abgeschwächte Zuwachsdynamik (2007: + 10 %; 2008: + 12 %; 2009: + 6 %; 2010: + 3 %) dar. Beim Blick auf die einzelnen nicht-stationären Hilfen fällt auf, dass die sonstigen ambulanten Hilfen (§ 27.2, 27.3 SGB VIII) um 9 % angestiegen sind, womit die Fallzahldynamik bei diesen Hilfen geringfügig über der des Jahres 2010 (+ 7 %) liegt. Auch die Hilfen der Erziehungsbeistandschaft, Betreuungshelfer/innen (§ 30 SGB VIII) haben im Jahr 2011 einen Anstieg von 6 % zu verzeichnen, der damit über der Zuwachsdynamik des Vorjahres liegt (2010: + 3 %).

Angesichts der geringen Veränderungsdynamiken im Jahr 2011 haben sich sowohl die Gewichtung des nicht-stationären Sektors gegenüber den stationären Hilfen als auch das Gewichtungsverhältnis von Vollzeitpflege gegenüber der Heimerziehung im stationären Bereich nahezu konstant gehalten.

Hinsichtlich der Fallzahlentwicklungen bei den sonstigen ambulanten Hilfen für seelisch behinderte Minderjährige (§ 35a SGB VIII) fällt auf, dass die Fallzahl im Jahr 2011 nur noch um 2 % angestiegen ist. Angesichts der Entwicklungen der vergangenen Jahre (2010: + 6 %; 2009: + 11 %; 2008: + 13 %) stellt dies einen deutlichen Einbruch in der Zuwachsdynamik dar und könnte möglicherweise auf eine Trendwende hindeuten.

Nachdem die Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII bereits im Jahr 2010 einen starken Anstieg zu verzeichnen hatten (+ 14 %), hat sich die Zahl der Fälle im Jahr 2011 nochmals um 322 auf insgesamt 3.568 Inobhutnahmen erhöht, was einer Zuwachsdynamik von 10 % entspricht. Auch wenn die Dynamik nicht mehr das Niveau vom Vorjahr erreicht, zeigt sich dennoch die anhalten-

de Bedeutung dieser Maßnahme. Hierbei dürfte – neben eines möglicherweise auch tatsächlichen Anstiegs von Kindeswohlgefährdungen – der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (§ 8a SGB VIII) für das Praxishandeln der Jugendämter, auch bedingt durch eine höhere Sensibilisierung in der Wahrnehmung von Gefährdungssituationen in der Bevölkerung, eine Rolle spielen.

Alles in allem lässt sich das Jahr 2011 hinsichtlich der Inanspruchnahmeentwicklungen bei den Hilfen zur Erziehung in Baden-Württemberg als ein weiteres Jahr der Fallzahlkonsolidierung bezeichnen. Insofern setzt sich der Trend aus dem Jahr 2010 fort. Die Gesamtzahl der Hilfen hat zwar erneut zugenommen, im Vergleich zu den Vorjahren jedoch in deutlich abgeschwächter Form. Andererseits steht dieser Befund angesichts der rückläufigen Zahl der 0- bis unter 21-Jährigen in Baden-Württemberg für einen weiter zunehmenden Hilfe- und Unterstützungsbedarf für junge Menschen und deren Familien.

Das KVJS-Landesjugendamt arbeitet derzeit auf der aktuellen Datenbasis des Fallzahlgeschehens von 2011 an der Fortschreibung des Berichts zu Entwicklungen und Rahmenbedingungen der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen in Baden-Württemberg, die Mitte 2013 veröffentlicht wird. In diesem Bericht werden die landesweiten Trends sowie die kreisspezifischen Dynamiken und ihr Bedingungsgefüge sowohl zum Ist-Stand 2011 als auch im Blick auf die Entwicklungen seit dem Jahr 2006 – der Datenbasis des ersten landesweiten Berichts – differenziert analysiert und beschrieben.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass alle hier getroffenen Feststellungen auf der Betrachtung der Fallzahlentwicklungen in der Summe aller 47 Jugendämter in Baden-Württemberg basieren. Die beschriebenen Kerntendenzen treffen deshalb keineswegs für jedes Jugendamt so zu. Differenzierte kreisspezifische Standortbestimmungen lassen sich anhand der im Anhang zusammengestellten Tabellen erschließen.

Kathrin Binder/Dr. Ulrich Bürger
--

Anlage 12:

KVJS: Kreisbezogene Auswertungen der Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung und anderer individueller Hilfen im Jahr 2011 – Tabellen



**Kreisbezogene Auswertungen
der Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung
und anderer individueller Hilfen
im Jahr 2011**

Tabellen

Tabelle 1a: Fallzahlveränderungen Summe 31.12./+beendete von 2010 zu 2011 (Summe §§ 27, 41, 35a); nicht-stationäre Hilfen, § 35a sonstige amb.

Veränderung § 27/2 orig.																														Veränd.			§ 35a sonst-amb.			Veränd.			§ 29			Veränd.			§ 30			Veränd.			§ 31/Fam.			Veränd.			§ 32			Veränd.		
2010	2011	abs.	%	2010	2011	abs.	%	2010	2011	abs.	%	2010	2011	abs.	%	2010	2011	abs.	%	2010	2011	abs.	%	2010	2011	abs.	%	2010	2011	abs.	%	2010	2011	abs.	%	2010	2011	abs.	%																							
28	28	0	0	123	119	-4	-3	70	78	8	11	428	436	8	2	607	614	7	1	364	374	10	3	307	314	7	2	307	314	7	2	307	314	7	2	307	314	7	2																							
392	424	32	8	254	253	-1	-0	339	285	-54	-16	186	184	-2	-1	2	2	200	438	439	3	1	248	235	-10	-4	38	37	-1	-0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
474	482	8	2	626	606	-20	-3	1	3	2	200	436	439	3	1	248	235	-10	-4	38	37	-1	-0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
19	25	6	32	211	173	-38	-18	243	254	11	5	200	189	-11	-6	185	201	16	9	96	97	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
38	53	15	39	259	262	3	1	107	110	3	3	370	383	13	4	542	531	-11	-2	147	145	-2	-1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
99	99	0	0	169	154	-15	-9	324	340	16	5	200	192	-8	-4	428	417	-11	-2	114	100	-14	-12	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
183	225	32	17	35	40	5	14	13	13	0	0	194	204	10	5	191	176	-15	-8	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
830	841	11	1	121	106	-15	-12	20	23	3	15	43	44	1	2	328	385	57	17	119	129	10	8	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
123	132	9	7	29	24	-5	-17	200	184	-16	-8	28	42	14	50	94	82	-12	-13	25	25	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
164	211	47	29	114	94	-20	-18	98	43	-55	-56	122	135	13	11	73	76	3	4	38	30	-8	-21	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
136	120	-16	-12	12	15	3	25	68	65	-3	-4	39	42	3	8	93	98	5	5	63	63	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
26	26	0	0	54	73	19	35	17	20	3	18	127	161	34	27	245	307	62	25	63	59	-4	-6	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
349	337	-12	-3	69	69	0	0	380	442	62	16	204	204	0	0	406	391	-15	-4	14	10	-4	-29	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
5	7	2	40	5	0	0	0	0	2	2	2	41	30	-11	-27	101	106	5	5	13	18	5	38	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
470	533	63	13	161	156	-5	-3	2	191	198	7	4	135	132	-3	-2	327	358	31	9	409	403	-6	-1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
119	128	9	8	231	232	1	0	159	194	35	22	152	188	36	24	430	384	-46	-11	172	178	6	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
58	63	5	9	25	39	14	56	30	21	-9	-30	61	49	-12	-20	194	197	3	2	41	40	-1	-2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
137	117	-20	-15	77	49	-28	-34	4	5	5	0	87	100	13	15	136	155	19	14	126	124	-2	-2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
41	61	20	49	490	323	-167	-34	469	437	-32	-7	605	577	-28	-5	563	590	27	5	192	189	7	4	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
96	87	-9	-9	42	37	-5	-12	35	32	-3	-9	100	101	1	1	244	217	-27	-11	43	54	11	26	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
120	133	13	11	332	328	-4	-1	170	167	-3	-2	143	170	27	19	429	477	48	11	225	232	7	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
2	13	11	550	22	20	-2	-9	0	0	0	0	21	22	1	5	65	68	3	5	36	31	-5	-14	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
58	83	25	60	74	60	-14	-19	129	68	-61	-47	125	122	-3	-13	246	270	24	10	81	67	-14	-17	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
152	167	15	10	29	31	2	7	56	56	0	0	55	62	7	13	241	218	-23	-10	59	47	-12	-19	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
Enzkreis	4	2	-50	25	50	25	100	278	293	15	5	66	77	11	17	173	225	52	30	90	86	-4	-4	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
Freudenstadt	70	82	12	17	25	31	6	24	138	155	17	12	69	90	21	30	98	99	3	3	1	0	-1	-100	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
Freiburg (SK)	7	28	21	300	363	517	154	42	40	47	7	18	133	167	34	25	167	187	20	12	129	146	17	13	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
Breisgau-Hochschw.	192	225	33	17	170	172	2	1	176	181	5	3	146	187	51	35	328	329	1	0	129	146	17	13	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
Emmendingen	0	0	0	0	32	59	27	84	21	45	24	114	78	90	12	15	208	216	8	4	89	77	8	12	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
Ottensheim	122	127	5	4	44	66	22	50	116	96	-20	-17	84	75	-9	-11	690	710	20	3	161	149	-12	-7	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
Rotweil	27	23	-4	-15	17	18	1	6	22	10	-12	-55	2	2	0	0	111	105	-6	-5	45	40	-5	-11	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
Schwarzw.-Baar-Kr.	19	35	16	84	26	34	8	31	49	49	0	0	56	65	9	16	141	153	12	9	60	43	-17	-28	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
Villingen-Schw. (SJA)	7	5	-2	-29	15	23	8	53	16	12	-4	-25	35	25	-10	-29	94	105	11	12	56	55	-1	-2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
Tuttlingen	38	33	-5	-13	1	1	1	0	0	87	38	78	99	95	-4	-4	206	207	1	0	99	101	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
Konstanz	83	78	-5	-6	26	29	3	12	72	72	0	0	70	77	7	10	276	331	55	20	146	149	3	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
Konstanz (SJA)	0	0	0	0	5	0	-5	-100	4	10	6	150	71	70	-1	-1	102	90	-12	-12	180	177	-3	-2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																						
Lörrach	134	119	-15	-11	76	30	-46	-61	280	229	-51	-18	90	77	-13	-14	214	234	20	9	125	122	-3	-2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
Waldshut	39	57	18	46	35	39	4	11	36	33	-3	-8	57	73	16	28	231	233	2	1	79	76	-3	-4	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
Reutlingen	596	528	-68	-10	398	436	38	10	122	121	-1	-1	132	230	98	74	299	276	-23	-8	99	90	-9	-9	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1																							
Tübingen	509	690	181	36	220	244	24	11	385	422	27	7	207	187	-2																																															

Tabelle 1b: Fallzahlveränderungen Summe 31.12./-beendete von 2010 zu 2011 (Summe §§ 27, 41, 35a) stationär, Fallzahlsummen

Tabelle 10: Zeitraumsveränderungen im Vergleich zu 2010 (Summe § 1, 12, 17, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000, 1001, 1002, 1003, 1004, 1005, 1006, 1007, 1008, 1009, 1010, 1011, 1012, 1013, 1014, 1015, 1016, 1017, 1018, 1019, 1020, 1021, 1022, 1023, 1024, 1025, 1026, 1027, 1028, 1029, 1030, 1031, 1032, 1033, 1034, 1035, 1036, 1037, 1038, 1039, 1040, 1041, 1042, 1043, 1044, 1045, 1046, 1047, 1048, 1049, 1050, 1051, 1052, 1053, 1054, 1055, 1056, 1057, 1058, 1059, 1060, 1061, 1062, 1063, 1064, 1065, 1066, 1067, 1068, 1069, 1070, 1071, 1072, 1073, 1074, 1075, 1076, 1077, 1078, 1079, 1080, 1081, 1082, 1083, 1084, 1085, 1086, 1087, 1088, 1089, 1090, 1091, 1092, 1093, 1094, 1095, 1096, 1097, 1098, 1099, 1100, 1101, 1102, 1103, 1104, 1105, 1106, 1107, 1108, 1109, 1110, 1111, 1112, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1126, 1127, 1128, 1129, 1130, 1131, 1132, 1133, 1134, 1135, 1136, 1137, 1138, 1139, 1140, 1141, 1142, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1148, 1149, 1150, 1151, 1152, 1153, 1154, 1155, 1156, 1157, 1158, 1159, 1160, 1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1167, 1168, 1169, 1170, 1171, 1172, 1173, 1174, 1175, 1176, 1177, 1178, 1179, 1180, 1181, 1182, 1183, 1184, 1185, 1186, 1187, 1188, 1189, 1190, 1191, 1192, 1193, 1194, 1195, 1196, 1197, 1198, 1199, 1200, 1201, 1202, 1203, 1204, 1205, 1206, 1207, 1208, 1209, 1210, 1211, 1212, 1213, 1214, 1215, 1216, 1217, 1218, 1219, 1220, 1221, 1222, 1223, 1224, 1225, 1226, 1227, 1228, 1229, 1230, 1231, 1232, 1233, 1234, 1235, 1236, 1237, 1238, 1239, 1240, 1241, 1242, 1243, 1244, 1245, 1246, 1247, 1248, 1249, 1250, 1251, 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1257, 1258, 1259, 1260, 1261, 1262, 1263, 1264, 1265, 1266, 1267, 1268, 1269, 1270, 1271, 1272, 1273, 1274, 1275, 1276, 1277, 1278, 1279, 1280, 1281, 1282, 1283, 1284, 1285, 1286, 1287, 1288, 1289, 1290, 1291, 1292, 1293, 1294, 1295, 1296, 1297, 1298, 1299, 1300, 1301, 1302, 1303, 1304, 1305, 1306, 1307, 1308, 1309, 1310, 1311, 1312, 1313, 1314, 1315, 1316, 1317, 1318, 1319, 1320, 1321, 1322, 1323, 1324, 1325, 1326, 1327, 1328, 1329, 1330, 1331, 1332, 1333, 1334, 1335, 1336, 1337, 1338, 1339, 1340, 1341, 1342, 1343, 1344, 1345, 1346, 1347, 1348, 1349, 1350, 1351, 1352, 1353, 1354, 1355, 1356, 1357, 1358, 1359, 1360, 1361, 1362, 1363, 1364, 1365, 1366, 1367, 1368, 1369, 1370, 1371, 1372, 1373, 1374, 1375, 1376, 1377, 1378, 1379, 1380, 1381, 1382, 1383, 1384, 1385, 1386, 1387, 1388, 1389, 1390, 1391, 1392, 1393, 1394, 1395, 1396, 1397, 1398, 1399, 1400, 1401, 1402, 1403, 1404, 1405, 1406, 1407, 1408, 1409, 1410, 1411, 1412, 1413, 1414, 1415, 1416, 1417, 1418, 1419, 1420, 1421, 1422, 1423, 1424, 1425, 1426, 1427, 1428, 1429, 1430, 1431, 1432, 1433, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1440, 1441, 1442, 1443, 1444, 1445, 1446, 1447, 1448, 1449, 1450, 1451, 1452, 1453, 1454, 1455, 1456, 1457, 1458, 1459, 1460, 1461, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1467, 1468, 1469, 1470, 1471, 1472, 1473, 1474, 1475, 1476, 1477, 1478, 1479, 1480, 1481, 1482, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1491, 1492, 1493, 1494, 1495, 1496, 1497, 1498, 1499, 1500, 1501, 1502, 1503, 1504, 1505, 1506, 1507, 1508, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1517, 1518, 1519, 1520, 1521, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1528, 1529, 1530, 1531, 1532, 1533, 1534, 1535, 1536, 1537, 1538, 1539, 1540, 1541, 1542, 1543, 1544, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1550, 1551, 1552, 1553, 1554, 1555, 1556, 1557, 1558, 1559, 1560, 1561, 1562, 1563, 1564, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1570, 1571, 1572, 1573, 1574, 1575, 1576, 1577, 1578, 1579, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1586, 1587, 1588, 1589, 1590, 1591, 1592, 1593, 1594, 1595, 1596, 1597, 1598, 1599, 1600, 1601, 1602, 1603, 1604, 1605, 1606, 1607, 1608, 1609, 1610, 1611, 1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1617, 1618, 1619, 1620, 1621, 1622, 1623, 1624, 1625, 1626, 1627, 1628, 1629, 1630, 1631, 1632, 1633, 1634, 1635, 1636, 1637, 1638, 1639, 1640, 1641, 1642, 1643, 1644, 1645, 1646, 1647, 1648, 1649, 1650, 1651, 1652, 1653, 1654, 1655, 1656, 1657, 1658, 1659, 1660, 1661, 1662, 1663, 1664, 1665, 1666, 1667, 1668, 1669, 1670, 1671, 1672, 1673, 1674, 1675, 1676, 1677, 1678, 1679, 1680, 1681, 1682, 1683, 1684, 1685, 1686, 1687, 1688, 1689, 1690, 1691, 1692, 1693, 1694, 1695, 1696, 1697, 1698, 1699, 1700, 1701, 1702, 1703, 1704, 1705, 1706, 1707, 1708, 1709, 1710, 1711, 1712, 1713, 1714, 1715, 1716, 1717, 1718, 1719, 1720, 1721, 1722, 1723, 1724, 1725, 1726, 1727, 1728, 1729, 1730, 1731, 1732, 1733, 1734, 1735, 1736, 1737, 1738, 1739, 1740, 1741, 1742, 1743, 1744, 1745, 1746, 1747, 1748, 1749, 1750, 1751, 1752, 1753, 1754, 1755, 1756, 1757, 1758, 1759, 1760, 1761, 1762, 1763, 1764, 1765, 1766, 1767, 1768, 1769, 1770, 1771, 1772, 1773, 1774, 1775, 1776, 1777, 1778, 1779, 1780, 1781, 1782, 1783, 1784, 1785, 1786, 1787, 1788, 1789, 1790, 1791, 1792, 1793, 1794, 1795, 1796, 1797, 1798, 1799, 1800, 1801, 1802, 1803, 1804, 1805, 1806, 1807, 1808, 1809, 1810, 1811, 1812, 1813, 1814, 1815, 1816, 1817, 1818, 1819, 1820, 1821, 1822, 1823, 1824, 1825, 1826, 1827, 1828, 1829, 1830, 1831, 1832, 1833, 1834, 1835, 1836, 1837, 1838, 1839, 1840, 1841, 1842, 1843, 1844, 1845, 1846, 1847, 1848, 1849, 1850, 1851, 1852, 1853, 1854, 1855, 1856, 1857, 1858, 1859, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1865, 1866, 1867, 1868, 1869, 1870, 1871, 1872, 1873, 1874, 1875, 1876, 1877, 1878, 1879, 1880, 1881, 1882, 1883, 1884, 1885, 1886, 1887, 1888, 1889, 1890, 1891, 1892, 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253																							
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

* einschl. JA bei kreisangehörigen Städten

Tabelle 2: Inanspruchnahme je 1000 der 0- u. 21jährigen 2011 (Summe §§ 27, 41, 35a sowie § 35a nur sonst. amb.; jeweils 31.12.-beendete)

	§ 27,2	§ 29	§ 30	§ 31	§ 32	§ 33KF	§ 34	§ 35	§ 35a s.-a	§ 27 & 29-35	§ 27 & 29-35 & 35a s.-a	0- u. 21j.
Stuttgart (SK)	0,26	1,11	0,73	4,06	4,79	2,55	5,09	10,90	16,00	28,44	28,55	107,353
Böblingen	5,26	3,14	3,54	2,28	2,75	2,82	5,17	0,71	8,09	30,39	30,53	80,615
Esslingen	4,45	5,59	0,03	4,05	2,20	0,34	2,86	4,35	1,91	20,18	25,77	108,392
Göppingen	0,46	3,21	4,72	3,51	3,74	1,80	2,45	4,09	0,74	21,52	24,73	83,614
Ludwigsburg	0,48	2,35	0,99	3,44	4,77	1,30	2,79	3,67	0,07	17,50	19,85	111,412
Rhein-Main-Kreis	1,11	1,73	3,82	2,16	4,69	1,12	2,22	4,06	0,22	19,40	21,13	89,007
Heilbronn (SK)	9,13	0,53	8,27	7,14	0,04	6,37	10,46	0,24	16,83	42,18	43,80	24,657
Heilbronn	11,40	1,64	0,31	0,60	5,22	1,76	2,62	4,51	0,07	27,91	27,91	73,766
Hohenlohekreis	5,35	0,97	7,46	1,70	3,33	1,01	3,00	3,12	0,04	25,03	26,00	24,660
Schwaibisch Hall	4,89	2,18	1,00	3,13	1,76	0,70	4,59	3,96	0,00	20,02	22,20	43,159
Main-Tauber-Kreis	4,28	0,54	2,32	1,50	3,50	2,25	2,28	3,68	0,00	19,81	20,35	28,014
Heidenheim	0,93	2,61	0,72	5,76	10,98	2,11	3,51	3,86	0,00	27,87	27,87	27,950
Ostalbkreis	4,81	0,98	6,30	2,91	5,56	0,14	3,88	3,89	0,08	27,59	28,36	70,129
Baden-Baden (SK)	0,76	0,54	0,22	3,24	11,45	1,94	3,02	7,99	0,00	28,63	28,17	9,257
Karlsruhe (SK)	10,15	3,01	3,77	2,51	6,82	7,68	6,99	9,28	0,08	47,28	50,28	52,487
Karlsruhe	1,41	2,56	2,14	2,08	4,24	1,97	2,62	3,44	0,10	17,99	17,99	90,529
Rastatt	1,34	0,83	0,45	1,04	4,20	0,85	3,01	2,69	0,02	13,60	14,43	46,914
Heidelberg (SK)	4,73	2,99	0,20	4,04	6,26	5,01	3,19	5,45	0,00	28,69	31,88	24,750
Mannheim (SK)	1,06	5,63	7,62	10,08	10,11	3,47	7,01	10,74	0,12	50,21	55,84	37,341
Neckar-Odenwald-Kr.	2,77	1,18	1,02	3,22	6,91	1,72	4,56	4,01	0,00	24,21	25,39	31,384
Rhein-Neckar-Kr.	1,31	3,24	1,65	1,68	4,71	2,29	3,09	3,90	1,78	20,42	23,66	101,231
Wienheim (SUA)	1,54	2,37	0,00	2,60	7,81	3,67	3,79	6,87	0,12	28,40	28,77	8,446
Flörsheim (SK)	3,81	2,46	2,79	4,59	11,07	2,75	8,45	9,10	0,08	42,64	45,10	24,368
Calw	4,80	0,89	1,61	1,78	6,27	1,35	4,95	3,45	0,43	20,84	22,00	34,759
Enzkreis	0,05	1,16	6,81	1,79	5,23	2,00	2,58	2,23	0,14	22,61	23,77	43,003
Freudenstadt	3,07	1,16	5,81	3,37	3,71	0,00	2,77	3,86	0,00	31,63	31,63	41,437
Freiburg (SK)	0,68	12,48	1,13	4,51	8,04	3,81	4,92	7,75	0,98	12,67	14,31	54,950
Breisgau-Hochschw.	4,09	3,13	3,29	3,58	5,98	2,66	3,29	4,00	0,85	27,65	30,66	34,757
Emmendingen	0,00	1,70	1,29	2,59	6,27	2,21	3,77	3,54	0,00	19,67	21,37	91,574
Ortenaukreis	1,39	0,72	1,05	0,82	7,75	1,63	4,14	3,23	0,02	20,03	20,75	31,550
Rotweil	0,73	0,57	0,32	0,06	3,33	1,27	4,85	2,19	0,06	12,81	13,36	28,891
Schwarzw.-Baar-Kr.	1,30	1,27	1,82	2,42	5,70	1,60	3,09	3,95	0,15	20,04	21,30	16,893
Villingen-Schw. (SUA)	0,30	1,38	0,72	1,50	6,29	3,29	4,97	4,91	0,08	22,04	23,42	30,995
Villingen	1,07	0,03	2,82	3,07	6,70	3,27	3,27	3,72	0,06	23,96	24,02	40,989
Konstanz (SUA)	1,86	0,71	1,76	1,88	8,08	3,64	6,03	2,98	0,02	26,24	26,95	14,969
Lörrach	0,00	0,00	0,97	4,88	6,02	11,83	4,21	5,82	0,00	33,23	33,33	14,998
Waldshut	2,47	0,62	4,75	1,60	4,86	2,53	4,75	4,84	0,02	25,62	26,44	37,052
Reutlingen	1,54	1,05	0,89	1,97	6,29	2,05	3,13	3,56	0,00	19,43	20,46	60,892
Tübingen	8,67	7,16	1,99	3,78	4,53	1,48	4,38	4,55	0,05	28,43	36,59	46,988
Zollernalbkreis	14,69	5,20	8,99	3,98	4,39	1,34	3,77	3,28	1,75	42,19	47,38	46,128
Ulm (SK)	1,15	5,41	5,01	2,97	2,92	2,64	3,07	3,86	4,64	26,24	26,24	22,128
Alb-Donau-Kreis	2,84	4,37	4,75	2,08	8,10	1,91	3,65	4,07	0,68	27,46	31,64	22,434
Biberach	0,99	2,00	2,99	1,15	5,15	0,97	2,21	3,04	0,00	16,50	18,50	44,926
Bödenekreis	1,34	4,34	1,25	2,14	14,02	2,56	5,14	4,43	0,04	30,94	35,28	44,128
Ravensburg	3,56	6,12	0,52	1,20	3,15	1,97	2,67	3,85	0,25	17,49	23,61	63,263
Sigmaringen	0,46	0,55	1,27	1,03	4,08	2,99	4,00	1,52	0,49	15,84	16,39	59,997
Baden-Württemberg	5,01	1,13	3,80	4,94	6,41	3,24	4,14	5,27	0,03	32,84	37,97	238,387
Landkreis*	3,09	2,85	2,49	2,83	5,60	2,12	3,78	4,88	0,44	28,03	27,87	365,304
Sackreis	3,17	3,63	2,63	5,00	7,34	3,53	5,68	9,25	0,19	14,94	16,50	109,983
Landkreis*	3,07	2,42	2,46	2,41	5,27	1,85	3,41	3,60	0,49	22,76	24,08	109,677
Rhein-Neckar-Kr.*	1,33	3,17	1,52	1,75	4,95	2,40	3,15	4,13	1,65	20,86	22,11	49,549
Schwarzw.-Baar-Kr.*	0,92	1,31	1,40	2,07	5,92	2,25	3,81	4,32	0,11	20,60	22,11	55,925
LK Konstanz*	1,36	0,52	1,47	2,63	7,53	5,83	5,54	3,74	0,02	26,11	28,63	

* einsch. JA bei kreisangehörigen Städten

Tabelle 3: Summen und Relationen nicht-stationärer versus stationärer Hilfen; Relation Vollzeitpflege je stationärer Hilfe in Einrichtungen 2011 (Summe §§ 27, 41, 35a; 31, 12, 1-beendete)

	§§ 27 & 29-32			§§ 27 & 29-32, 35a s.a.			Veränd.			§§ 33, 34			Veränd.			§§ 27 & 29-32 je 1 § 33, 34			§§ 27 & 29-32, 35a s.a. je 1 § 33, 34			Hilfen § 33 je stat. Hilfe § 34		
	2010	abs.	%	2010	abs.	%	2010	abs.	%	2010	abs.	%	2010	abs.	%	2010	abs.	%	2010	abs.	%	2010	abs.	%
Stuttgart (SK)	1.295	35	3	1.418	1.449	31	2	1.743	1.718	-25	-1	0,74	0,77	0,81	0,84	0,72	0,77	0,81	0,84	0,87	0,81	0,84	0,87	0,91
Böblingen	1.780	1.741	-39	2.034	1.984	-49	-2	2.034	1.984	-49	-2	2,65	2,67	2,65	2,67	2,65	2,67	2,65	2,67	2,65	2,67	2,65	2,67	2,65
Esslingen	1.196	1.196	0	1.824	1.805	-19	-1	1.824	1.805	-19	-1	1,59	1,59	1,59	1,59	1,59	1,59	1,59	1,59	1,59	1,59	1,59	1,59	1,59
Göppingen	743	766	23	954	939	-15	-2	949	952	3	1	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13	2,13
Ludwigsburg	1.204	1.222	18	1.463	1.484	21	1	1.463	1.484	21	1	1,74	1,74	1,74	1,74	1,74	1,74	1,74	1,74	1,74	1,74	1,74	1,74	1,74
Rems-Murr-Kreis	1.163	1.148	-15	1.332	1.302	-30	-2	1.332	1.302	-30	-2	1,55	1,55	1,55	1,55	1,55	1,55	1,55	1,55	1,55	1,55	1,55	1,55	1,55
Heilbronn (SK)	592	619	27	627	659	32	5	627	659	32	5	4,28	4,15	4,15	4,15	4,28	4,15	4,15	4,28	4,15	4,15	4,28	4,15	4,15
Heilbronn	1.340	1.422	82	1.461	1.528	67	5	1.461	1.528	67	5	5,27	5,26	5,26	5,26	5,27	5,26	5,26	5,27	5,26	5,26	5,27	5,26	5,26
Hohenlohekreis	470	465	-5	0	469	489	-20	-3	469	489	-20	-3	4,00	3,99	3,99	4,00	3,99	3,99	4,00	3,99	3,99	4,00	3,99	3,99
Schwäbisch-Hall	399	398	-1	0	411	403	-8	-2	411	403	-8	-2	1,64	1,67	1,67	1,64	1,67	1,64	1,64	1,67	1,64	1,67	1,64	1,64
Main-Tauber-Kreis	478	573	95	20	532	546	14	21	532	546	14	21	1,59	2,06	2,06	1,59	2,06	2,06	1,59	2,06	2,06	1,59	2,06	2,06
Heidenheim	1.353	1.384	31	2	1.422	1.453	31	2	1.422	1.453	31	2	5,53	5,45	5,45	5,53	5,45	5,45	5,53	5,45	5,45	5,53	5,45	5,45
Ostalbkreis	1.683	1.683	0	1.953	1.953	0	0	1.953	1.953	0	0	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35	2,35
Baden-Baden (SK)	1.532	1.624	92	2	1.693	1.762	69	5	1.693	1.762	69	5	1,76	1,76	1,76	1,76	1,76	1,76	1,76	1,76	1,76	1,76	1,76	1,76
Karlsruhe (SK)	1.032	1.072	40	1.263	1.304	41	3	1.263	1.304	41	3	2,65	2,67	2,67	2,65	2,67	2,65	2,65	2,67	2,65	2,67	2,65	2,67	2,65
Karlsruhe	384	370	-14	4	409	409	0	0	409	409	0	0	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08	1,08
Rastatt	481	501	20	568	575	7	0	568	575	7	0	1,39	1,41	1,41	1,39	1,41	1,39	1,39	1,41	1,39	1,41	1,39	1,41	1,39
Heidelberg (SK)	1.870	1.854	-16	-1	2.360	2.177	-183	-3	2.360	2.177	-183	-3	2,91	2,91	2,91	2,91	2,91	2,91	2,91	2,91	2,91	2,91	2,91	2,91
Mannheim (SK)	518	491	-27	5	560	526	-32	-6	560	526	-32	-6	2,45	2,45	2,45	2,45	2,45	2,45	2,45	2,45	2,45	2,45	2,45	2,45
Neckar-Odenwald-Kr.	1.087	1.179	92	8	1.419	1.507	88	6	1.419	1.507	88	6	7,13	7,08	7,08	7,13	7,08	7,08	7,13	7,08	7,08	7,13	7,08	7,08
Rhein-Neckar-Kr.	653	653	0	0	733	733	0	0	733	733	0	0	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57
Worms (SK)	124	132	8	6	148	152	4	4	148	152	4	4	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Worms (SK)	639	610	-29	5	713	670	-43	5	713	670	-43	5	4,68	4,68	4,68	4,68	4,68	4,68	4,68	4,68	4,68	4,68	4,68	4,68
Calw	562	550	-12	2	591	581	-10	-2	591	581	-10	-2	2,85	2,85	2,85	2,85	2,85	2,85	2,85	2,85	2,85	2,85	2,85	2,85
Freudenstadt	374	426	52	12	438	459	21	20	438	459	21	20	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57	1,57
Freiburg (SK)	585	585	0	1.136	1.270	114	10	1.136	1.270	114	10	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58
Breisgau-Hochschw.	968	1.078	110	14	1.250	1.250	0	0	1.250	1.250	0	0	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68
Emmendingen	376	430	54	14	406	459	53	49	406	459	53	49	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12
Ottumkreis	1.157	1.157	0	1	1.217	1.223	6	6	1.217	1.223	6	6	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06
Rottweil	207	180	-27	-13	224	196	-28	-12	224	196	-28	-12	2,26	2,26	2,26	2,26	2,26	2,26	2,26	2,26	2,26	2,26	2,26	2,26
Schwarzw.-Baar-Kr.	325	345	20	6	351	379	28	6	351	379	28	6	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64	1,64
Villingen-Schw. (SJA)	208	202	-6	3	223	225	2	2	223	225	2	2	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06
Tübingen	491	523	32	7	624	624	0	0	624	624	0	0	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39
Kornstanz	557	505	-42	7	653	724	71	67	653	724	71	67	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39	1,39
Kornstanz (SJA)	357	347	-10	3	347	347	0	0	347	347	0	0	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06
Lörrach	843	781	-62	-7	816	811	-5	-5	816	811	-5	-5	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06
Waldshut	442	442	0	7	419	419	0	0	419	419	0	0	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06	1,06
Reutlingen	1.238	1.245	7	1	1.536	1.581	45	3	1.536	1.581	45	3	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58	2,58
Tübingen	1.566	1.566	0	9	1.857	1.812	-45	-5	1.857	1.812	-45	-5	3,15	3,15	3,15	3,15	3,15	3,15	3,15	3,15	3,15	3,15	3,15	3,15
Zollernalbkreis	571	568	-3	3	787	802	15	15	787	802	15	15	2,99	2,99	2,99	2,99	2,99	2,99	2,99	2,99	2,99	2,99	2,99	2,99
Ulm (SK)	452	452	0	10	517	507	-10	-10	517	507	-10	-10	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99
Ulm (SK)	452	452	0	10	517	507	-10	-10	517	507	-10	-10	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99
Alb-Donau-Kreis	465	465	0	2	592	599	7	7	592	599	7	7	2,12	2,12	2,12	2,12	2,12	2,12	2,12	2,12	2,12	2,12	2,12	2,12
Biberach	946	946	0	1	1.123	1.133	10	10	1.123	1.133	10	10	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23	1,23
Bödenkreis	446	446	0	7	681	743	62	62	681	743	62	62	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63
Bödenkreis	597	573	-24	4	612	656	44	7	612	656	44	7	3,73	3,69	3,69	3,73	3,69	3,69	3,73	3,69	3,69	3,73	3,69	3,69
Ravensburg	699	701	2	5	701	735	34	5	701	735	34	5	2,66	2,62	2,62	2,66	2,62	2,62	2,66	2,62	2,62	2,66	2,62	2,62
Sigmaringen	35.349	35.349	0	41.237	42.468	1.249	3	41.237	42.468	1.249	3	18.930	18.128	208	1	1,87	1,87	1,87	1,87	1,87	1,87	1,87	1,87	1,87
Baden-Hürttemberg	27.593	27.593	0	9.019	9.317	298	3	9.019	9.317	298	3	5.492	5.456	-36	-1	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38
Landkreis	27.593	27.593	0	9.019	9.317	298	3	9.019	9.317	298	3	5.492	5.456	-36	-1	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38
Rhein-Neckar-Kr.*	1.211	1.311	100	8	1.565	1.659	95	6	1.565	1.659	95	6	8,13	7,98	-15	-2	1,49	1,49	1,49	1,49	1,49	1,49	1,49	1,49
Schwarzw.-Baar-Kr.*	533	537	4	574	604	30	5	574	604	30	5	3,80	3,84	-4	-1	1,71	1,71	1,71	1,71	1,71	1,71	1,71	1,71	1,71
UK Kornstanz*	1.014	1.052	38	4	1.045	1.081	36	3	1.045	1.081	36	3	5,16	5,19	3	1	1,97	1,97	1,97	1,97	1,97	1,97	1,97	1,97

* einsch. JA bei freigegebenen Stellen

Tabelle 4: Faltzahlveränderungen der Hilfen nach § 35a von 2010 zu 2011 (31.12./beendete)

	sonst. amb.	Veränd.	§ 29	Veränd.	§ 30	Veränd.	§ 31	Veränd.	§ 32	Veränd.	§ 33	Veränd.	§ 34	Veränd.	§ 35	Veränd.
	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.	abs.
Sigmaringen (SK)	123	119	-4	0	0	0	0	0	33	33	0	104	102	-2	1	1
Böblingen	254	253	-1	0	0	0	0	0	0	0	5	37	36	-1	0	0
Eßlingen	626	606	-20	0	0	0	0	0	20	19	-1	89	89	0	2	1
Göppingen	211	173	-38	0	0	0	0	0	13	17	4	0	0	0	0	0
Ludwigsburg	259	262	3	0	0	0	0	0	4	1	-3	3	0	0	0	0
Reins-Mün-Kreis	169	154	-15	0	0	0	0	0	5	2	0	69	68	-1	0	0
Heilbronn (SK)	35	40	5	0	0	0	0	0	3	5	2	2	19	22	3	0
Heilbronn	121	108	-15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Hohenlohekreis	29	24	-5	0	0	0	0	0	14	14	0	61	54	-7	4	3
Schellbach-Hall	114	94	-20	0	0	0	0	0	12	9	-3	2	14	13	-1	0
Main-Tauber-Kreis	12	15	3	0	0	0	0	0	0	2	3	2	69	69	0	0
Heidenheim	54	73	19	0	0	0	0	0	6	7	1	0	12	16	4	0
Ostalb-Kreis	69	69	0	0	0	0	0	0	3	4	1	2	21	21	0	0
Baden-Baden (SK)	5	5	0	0	0	0	0	0	3	3	0	17	19	2	0	0
Karlsruhe (SK)	151	156	5	0	0	0	0	0	0	0	0	1	3	3	0	0
Karlsruhe	231	232	1	0	0	0	0	0	11	11	0	0	0	0	0	0
Rastatt	25	39	14	0	0	0	0	0	20	22	2	0	0	0	0	0
Hochlohe (SK)	77	74	-3	0	0	0	0	0	4	4	0	1	3	3	0	0
Neckar-Odenwald-Kr.	490	323	-167	0	0	0	0	0	41	56	15	0	27	29	-2	0
Rhein-Neckar-Kr.	332	328	-4	0	0	0	0	0	7	11	4	0	0	0	0	0
Waldheim (SJA)	22	20	-2	0	0	0	0	0	64	87	23	0	0	0	0	0
Platzheim (SK)	74	60	-14	0	0	0	0	0	12	15	3	0	0	0	0	0
Calw	29	31	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Enzkreis	25	50	25	0	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0
Freudenstadt	25	31	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Freiburg (SK)	303	517	154	0	0	0	0	0	44	27	-17	1	56	42	-14	1
Bräunle-Hochschwe.	170	172	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Emmendingen	32	59	27	0	0	0	0	0	11	13	2	0	0	0	0	0
Odenaukreis	44	66	22	0	0	0	0	0	23	28	5	8	11	3	30	35
Rottweil	17	18	1	0	0	0	0	0	4	5	1	1	0	0	0	0
Schwarzw.-Baar-Kr.	26	34	8	0	0	0	0	0	9	6	-3	0	0	0	0	0
Villingen-Schwe. (SJA)	15	23	8	0	0	0	0	0	6	9	3	0	0	0	0	0
Tuttlingen	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Konstanz	26	29	3	0	0	0	0	0	22	20	-2	13	19	6	24	24
Konstanz (SJA)	5	0	-5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Lörrach	76	30	-46	0	0	0	0	0	4	4	0	0	0	0	0	0
Waldshut	35	39	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Reutlingen	396	436	38	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Tübingen	220	244	24	0	0	0	0	0	3	5	2	5	6	1	31	26
Zollernalbkreis	209	217	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ulm (SK)	85	109	24	0	0	0	0	0	4	7	3	0	10	16	6	0
Alb-Donau-Kreis	102	89	-13	0	0	0	0	0	2	3	1	0	0	0	0	0
Ellwangen	178	165	-13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Biberach	215	270	55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ravensburg	15	35	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sigmaringen	32	34	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Baden-Württemberg	5.888	5.887	-1	0	0	0	0	0	21	25	4	119	141	26	1.286	1.377
Sachsen	1.423	1.399	-24	0	0	0	0	0	564	64	-81	117	25	8	353	363
Landkreis*	4.485	4.508	23	0	0	0	0	0	139	123	-16	17	25	8	897	914
Rhein-Neckar-Kr.*	354	348	-6	0	0	0	0	0	408	421	13	5	58	116	18	27
Schwarzw.-Baar-Kr.*	41	57	16	0	0	0	0	0	110	102	-8	0	1	1	107	113
LK Konstanz*	31	29	-2	0	0	0	0	0	26	25	-1	19	25	6	33	29

* einricht. JA bei kreisangehörigen Städten

Tabelle 5: Fallzahlveränderungen der Hilfen nach § 41 von 2010 zu 2011 (31.12./-beendete)

	§ 27 orig.		Veränd.	2010	2011	Veränd.	§ 30		Veränd.	2010	2011	Veränd.	§ 33		Veränd.	2010	2011	Veränd.	§ 34		Veränd.	2010	2011	Veränd.	§ 35		Veränd.
	2010	2011	abs.	2010	2011	abs.	2010	2011	abs.	2010	2011	abs.	2010	2011	abs.	2010	2011	abs.	2010	2011	abs.	2010	2011	abs.	2010	2011	abs.
Stuttgart (SK)	9	8	-1	0	0	0	60	59	-1	58	41	-17	229	237	8	4	1	3	33	25	-8	1	1	-3	4	1	-1
Böblingen	22	16	-6	0	0	0	19	19	-6	16	17	-1	98	104	6	6	33	25	-8	81	87	6	8	7	1	1	
Esslingen	9	5	-4	0	0	0	108	99	-9	57	48	-9	143	126	-17	81	87	6	13	25	12	13	25	12	13	25	
Göppingen	3	6	3	0	0	0	24	15	-9	29	10	-19	57	59	2	13	25	12	4	0	-4	0	0	-4	0	-4	
Ludwigsburg	3	6	3	0	0	0	19	19	0	18	12	-6	97	77	-20	4	0	-4	0	0	-4	0	0	-4	0	-4	
Rems-Murr-Kreis	0	0	0	0	0	0	31	35	4	15	9	-6	78	77	-1	9	5	-4	5	4	2	2	2	2	2	2	
Heilbronn (SK)	0	1	1	0	0	0	12	13	1	16	10	-6	46	59	13	4	2	-2	4	2	-2	4	2	-2	4	2	-2
Heilbronn	7	4	-3	0	0	0	5	5	0	8	7	-1	57	52	-5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Hohenlohekreis	0	0	0	0	0	0	1	10	9	1	5	4	11	12	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Schwäbisch Hall	1	1	0	0	0	0	30	35	5	22	22	0	22	26	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Main-Tauber-Kreis	0	0	0	0	0	0	9	12	3	8	4	-4	34	28	-6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Heidenheim	1	0	-1	0	0	0	22	27	5	3	3	0	10	15	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ostalbkreis	13	4	-9	7	15	8	61	60	-1	22	15	-7	38	40	2	0	2	2	0	2	2	0	2	2	0	2	
Baden-Baden (SK)	0	0	0	0	0	0	12	12	0	2	1	-1	11	8	-3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Karlsruhe (SK)	99	139	40	6	7	1	20	38	18	31	38	7	124	112	-12	2	1	-1	11	8	-3	2	1	-1	11	8	-3
Karlsruhe	10	0	-10	5	0	-5	22	47	25	18	20	2	55	51	-4	0	2	2	2	2	2	0	2	2	0	2	2
Rastatt	0	0	0	0	0	0	1	18	12	-6	9	5	4	14	16	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Hedelberg (SK)	15	9	-6	0	0	0	19	29	10	9	7	-2	40	39	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Mannheim (SK)	3	4	1	74	52	-42	70	73	3	15	14	-1	113	104	-9	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Neckar-Odenwald-Kr.	0	1	1	0	0	0	23	22	-1	4	3	-1	16	10	-6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Rhein-Neckar-Kr.	7	4	-3	1	0	-1	10	11	1	22	24	2	96	73	-23	42	54	12	42	54	12	42	54	12	42	54	
Weinheim (SJA)	0	0	0	0	0	0	4	2	-2	1	0	-1	13	17	4	2	1	-1	1	1	-1	2	1	-1	2	1	
Plönheim (SK)	0	4	4	0	5	5	37	27	-10	10	20	10	46	58	12	0	2	2	0	2	2	0	2	2	0	2	2
Enzkreis	2	0	-2	0	0	0	30	27	-3	9	11	2	13	13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Freudenstadt	1	2	1	0	0	0	16	19	3	5	6	1	26	30	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Freiburg (SK)	1	23	22	5	22	17	15	37	22	3	24	21	26	63	37	17	20	3	3	3	3	17	20	3	3	3	
Breisgau-Hochschw.	0	2	2	0	0	0	38	56	18	25	24	-1	44	40	-4	13	9	-4	13	9	-4	13	9	-4	13	9	
Emmendingen	0	0	0	0	0	0	16	19	3	12	14	2	28	27	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Odenaukreis	2	6	4	0	0	0	18	25	7	23	31	8	57	49	-8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Rottweil	1	2	1	0	0	0	1	2	1	6	7	1	6	9	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Schwarzw.-Baar-Kr.	1	2	1	0	0	0	9	15	6	2	3	1	17	20	3	1	0	-1	1	0	-1	1	0	-1	1	0	
Villingen-Schw. (SJA)	0	0	0	0	0	0	7	2	-5	5	5	0	12	12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Tutlingen	4	3	-1	0	0	0	22	22	0	4	95	91	12	8	-4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Konstanz	3	1	-2	0	0	0	8	8	0	18	19	1	19	22	3	2	1	-1	2	1	-1	2	1	-1	2	1	
Konstanz (SJA)	0	0	0	0	0	0	6	8	2	5	6	1	21	19	-2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Lörrach	14	8	-6	0	4	0	20	24	4	15	19	4	39	45	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Waldshut	0	0	0	0	0	0	13	25	12	14	16	2	22	16	-6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Reutlingen	8	9	1	0	0	0	28	31	3	30	15	-15	104	59	-45	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Tübingen	5	19	14	0	0	0	26	35	9	11	13	2	34	34	0	4	6	2	4	6	2	4	6	2	4	6	
Zollernalbkreis	3	3	0	0	0	0	0	1	1	9	12	3	25	30	5	13	35	22	5	13	35	22	5	13	35	22	
Ulm (SK)	0	5	5	0	0	0	16	22	6	5	4	-1	19	14	-5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Alb-Donau-Kreis	0	0	0	0	0	0	17	16	-1	6	5	-1	24	27	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Biberach	4	4	0	0	0	0	24	20	-4	19	14	-5	44	43	-1	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Bodenseekreis	10	9	-1	0	0	0	11	12	1	12	14	2	39	46	7	7	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
Ravensburg	3	4	1	0	0	0	10	2	-8	46	65	19	26	32	6	10	27	17	17	17	17	17	17	17	17	17	
Sigmaringen	3	2	-1	0	0	0	7	8	1	11	9	-2	13	17	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Baden-Württemberg	257	320	63	111	110	-1	989	1.111	122	723	790	67	2.145	2.103	-42	264	310	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46
Stuttgart	127	193	66	85	67	-18	261	310	49	147	159	12	654	694	40	27	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26	26
Landkreise*	140	127	-13	26	43	17	728	801	73	576	631	55	1.409	1.409	82	237	284	47	47	47	47	47	47	47	47	47	
Rhein-Neckar-Kr.*	7	4	-3	1	0	-1	14	13	-1	23	24	1	109	90	-19	44	55	11	11	11	11	11	11	11	11	11	
Schwarzw.-Baar-Kr.*	1	2	1	0	0	0	16	17	1	7	8	1	29	32	3	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
LK Konstanz*	3	1	-2	0	0	0	14	16	2	23	25	2	40	41	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	

* einsch. JA bei kreisangehörigen Städten

Tabelle 6: Fallzahlen § 33 in 2011 nach Kostenfällen (KF) und Betreuungsfällen (BF) und Hilfen § 34 nach Betreuungsformen (Summe §§ 27, 41, 35a, jeweils 31.12./4-beendete)

	§ 33/KF	§ 33/BF	§ 33/KF je 1000 O-u21]	§ 33/BF je 1000 O-u21]	§ 34 insgesamt	Heim	betr. Wohnform	Erziehungsinstitution
	547	426	3,97	3,97	1171	88,1	7,9	4,0
Stuttgart (SK)	235	254	3,15	3,15	471	87,3	10,1	2,6
Böblingen	310	340	3,14	3,14	471	87,3	10,1	2,6
Esslingen	132	128	2,38	2,38	220	95,0	3,2	1,8
Göppingen	311	330	2,96	2,96	409	90,7	6,1	3,2
Ludwigsburg	198	204	2,29	2,29	361	90,9	5,8	3,3
Rhein-Main-Kreis	157	122	4,95	4,95	258	87,6	7,0	5,4
Heilbronn (SK)	153	220	2,98	2,98	333	94,9	2,7	2,4
Hohenlohekreis	74	76	3,08	3,08	77	96,1	3,9	0,0
Schwaibach Hall	198	213	4,94	4,94	171	100,0	0,0	0,0
Main-Tauber-Kreis	64	75	2,68	2,68	103	91,3	8,7	0,0
Heidenheim	98	110	3,94	3,94	108	96,3	2,8	0,9
Ostalb-Kreis	272	302	4,31	4,31	273	91,6	4,0	4,4
Baden-Baden (SK)	28	21	2,27	2,27	74	91,9	2,7	5,4
Karlsruhe (SK)	367	305	5,61	5,61	487	95,0	7,8	7,2
Karlsruhe (SK)	237	307	3,39	3,39	311	88,4	6,8	4,8
Reutlingen	141	150	3,20	3,20	126	84,1	6,3	9,5
Heidelberg (SK)	79	68	2,75	2,75	135	93,0	14,1	3,0
Mannheim (SK)	402	283	4,94	4,94	616	95,6	1,8	2,6
Neckar-Odenwald-Kr.	143	159	5,06	5,06	126	99,2	0,0	0,8
Rhein-Neckar-Kr.	313	350	3,46	3,46	395	95,2	4,8	0,0
Wienheim (SJA)	32	35	4,14	4,14	58	89,7	6,9	3,4
Pforzheim (SK)	208	179	7,34	7,34	222	90,5	7,7	1,8
Calw	172	189	5,44	5,44	120	91,7	8,3	0,0
Enzkreis	111	133	3,09	3,09	96	94,8	3,1	2,1
Freudenstadt	74	79	2,96	2,96	103	93,2	4,9	1,9
Freiburg (SK)	204	158	3,81	3,81	321	96,9	2,2	0,9
Freiburg-Hochschw.	181	233	4,24	4,24	220	92,3	7,3	0,5
Emmendingen	131	143	4,11	4,11	123	94,3	4,9	0,8
Odenwaldkreis	379	411	4,49	4,49	286	97,3	2,7	0,0
Rothweil	153	170	5,39	5,39	69	91,3	5,8	2,9
Schwarzw.-Baar-Kr.	83	83	3,46	3,46	106	87,7	6,6	5,7
Villingen-Schw. (SJA)	83	78	4,55	4,55	82	87,8	3,7	8,5
Tübingen	101	87	2,82	2,82	115	90,4	4,3	5,2
Konstanz	247	242	5,91	5,91	122	97,5	2,5	0,0
Konstanz (SJA)	63	63	4,21	4,21	87	89,7	10,3	0,0
Lörrach	229	240	4,98	4,98	233	96,6	0,9	2,6
Weiskirchen	116	133	3,59	3,59	132	98,5	0,0	1,5
Reutlingen	267	287	4,71	4,71	277	83,4	13,0	3,6
Tübingen	177	194	4,13	4,13	154	81,2	11,7	7,1
Zollernalbkreis	123	135	3,36	3,36	155	92,3	7,7	0,0
Ulm (SK)	86	96	2,89	2,89	96	87,9	2,1	0,0
Alb-Donau-Kreis	98	101	2,77	2,77	135	88,9	11,1	0,0
Biberach	231	254	5,65	5,65	198	92,5	7,5	0,0
Bodenseekreis	118	116	2,63	2,63	170	95,9	12,9	1,2
Ravensburg	253	262	4,15	4,15	96	91,7	8,3	0,0
Sigmaringen	124	132	4,40	4,40	158	94,9	3,2	1,9
Baden-Württemberg	8,241	8,241	3,33	3,33	10,587	91,3	6,0	2,6
Sachsen	2,076	1,828	4,46	4,46	4,775	92,5	4,8	2,7
Landkreis	8,465	7,028	2,29	2,29	5,812	90,3	7,1	2,5
Rhein-Neckar-Kr.*	345	385	3,51	3,51	7,115	91,9	6,1	2,0
Schwarzw.-Baar-Kr.*	168	169	3,88	3,88	3,472	90,1	6,0	3,9
LX Konstanz	310	305	3,11	3,11	227	89,0	7,0	4,0

* einschl. JA bei kreisangehörigen Studien

Tabelle 7: Fallzahlen und Eckwerte § 19 am 31.12.2011 (und 31.12.2010) und § 42 im ganzen Jahr 2011 (und 2010)

	Fallzahl § 19 Mütter + Väter			Fallzahl § 42			§ 42 je 1000 der Q.u.18j.		
	2010	2011	Veränd. 2010 -> 2011	2010	2011	Veränd. 2010 -> 2011	2010	2011	
Stuttgart (SK)	28	22	-7	197	178	-19	1,99	1,99	
Böblingen	6	7	1	147	162	15	2,39	2,39	
Eßlingen	9	10	1	154	193	39	2,11	2,11	
Göppingen	0	0	0	42	47	5	1,05	1,05	
Ludwigsburg	4	7	3	188	191	3	2,04	2,04	
Rems-Murr-Kreis	8	10	2	193	158	-37	2,10	2,10	
Heilbronn (SK)	8	7	-1	138	154	16	7,50	7,50	
Heilbronn	8	6	-2	107	91	-16	1,48	1,48	
Hohenlohekreis	0	2	2	20	39	19	1,81	1,81	
Schwäbisch Hall	5	5	0	13	9	-4	0,25	0,25	
Main-Tauber-Kreis	1	2	1	43	32	-11	1,38	1,38	
Heidenheim	1	0	-1	27	46	19	1,99	1,99	
Ostalbkreis	5	9	4	94	114	20	1,95	1,95	
Baden-Baden (SK)	1	1	0	18	13	-5	1,69	1,69	
Karlsruhe (SK)	15	16	1	139	185	46	4,35	4,35	
Karlsruhe	3	4	1	83	99	16	1,31	1,31	
Rastatt	5	2	-3	31	55	24	1,41	1,41	
Heidelberg (SK)	14	4	-10	48	51	3	2,62	2,62	
Mannheim (SK)	22	27	5	267	279	12	5,84	5,84	
Neckar-Odenwald-Kr.	2	1	-1	30	25	-5	0,87	0,87	
Rhein-Neckar-Kr.	10	11	1	60	80	20	0,95	0,95	
Wienheim (SJA)	1	2	1	13	10	-3	1,41	1,41	
Flörsheim (SK)	4	4	0	66	65	-1	3,22	3,22	
Calw	3	5	2	18	11	-7	0,38	0,38	
Enzkreis	0	0	0	37	42	5	1,18	1,18	
Freudenstadt	5	8	3	34	17	-17	0,77	0,77	
Freiburg (SK)	10	10	0	135	184	49	5,49	5,49	
Breisgau-Hochschw.	5	4	-1	93	63	-30	1,37	1,37	
Emmendingen	2	5	3	27	27	0	0,93	0,93	
Odenaukreis	12	11	-1	90	145	55	1,90	1,90	
Rottweil	3	2	-1	8	19	11	0,73	0,73	
Schwarzw.-Baar-Kr.	1	1	0	30	40	10	1,80	1,80	
Villingen-Schw. (SJA)	1	2	1	25	28	3	1,89	1,89	
Tübingen	4	2	-2	82	125	43	4,84	4,84	
Konstanz	5	2	-3	70	89	19	2,60	2,60	
Konstanz (SJA)	2	3	1	2	14	12	1,22	1,22	
Lörrach	2	4	2	54	68	14	1,70	1,70	
Waldshut	6	6	0	9	17	8	0,55	0,55	
Reutlingen	8	7	-1	160	128	-32	2,50	2,50	
Tübingen	2	4	2	55	55	0	1,44	1,44	
Zollernalbkreis	6	5	-1	48	63	15	1,81	1,81	
Ulm (SK)	3	3	0	33	25	-8	1,29	1,29	
Alb-Donau-Kreis	1	0	-1	23	56	33	1,51	1,51	
Biberach	2	2	0	15	4	-11	0,11	0,11	
Bodenseekreis	1	0	-1	16	14	-2	0,38	0,38	
Ravensburg	1	1	0	50	47	-3	0,90	0,90	
Sigmaringen	7	4	-3	14	17	3	0,69	0,69	
Baden-Württemberg	253	250	-3	3.246	3.568	322	1,90	1,90	
Stadtkreise	106	94	-12	1.041	1.134	93	2,07	2,07	
Landkreise*	147	156	9	2.205	2.434	229	1,78	1,78	
Rhein-Neckar-Kr.*	11	13	2	73	90	17	1,52	1,52	
Schwarzw.-Baar-Kr.*	2	3	1	55	66	11	3,79	3,79	
LK Konstanz*	7	5	-2	72	103	31	1,55	1,55	

LK Konstanz* Einsicht JA bei kreisangehörigen Städten

* einschl. JA bei kreisangehörigen Städten

Literaturverzeichnis

Bernzen, Christian: Einführung in das Kinder- und Jugendhilferecht, 2005.

Blandow, Jürgen: Pflegekinder und ihre Familien – Geschichte, Situation und Perspektiven des Pflegekinderwesens, 2004.

Fiesler, Gerhard/ Herborth, Reinhard: Recht der Familie und Jugendhilfe, Arbeitsplatz Jugendamt/Soziale Dienste, 7. Auflage, 2010.

Kunkel, Peter-Christian: Jugendhilferecht – Systematische Darstellung für Studium und Praxis, 6. Auflage, 2010.

Kunkel, Peter-Christian (Hrsg.): Sozialgesetzbuch VIII, Kinder- und Jugendhilfe, Lehr- und Praxiskommentar, 4. Auflage, 2011.

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS): KVJS Ratgeber: Was Pflegeeltern wissen sollten – Anregungen und Informationen für Familien, die sich für die Aufnahme eines Pflegekindes in Vollzeitpflege interessieren, 2009.

Landeshauptstadt Stuttgart: Handbuch für Pflegefamilien – Informationen/ Empfehlungen, 2012.

Landeshauptstadt Stuttgart, Jugendamt: Teilvertrag 2; Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und Leistungserbringung der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart, 2002.

Münder, Johannes/ Wiesner, Reinhard/ Meysen, Thomas (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilferecht - Handbuch, 2. Auflage, 2011.

Pietsch, Claudia: Entwicklung in Nischen – Resilienz bei Pflegekindern, 2009.

Referat Soziales, Jugend und Gesundheit Stuttgart: Kinder in Pflegefamilien – Konzeption, 2012.

Schellhorn, Walter/ Fischer, Lothar/ Mann, Horst/ Schellhorn, Helmut/ Kern, Christoph: SGB VIII Kinder und Jugendhilfe - Kommentar, 4. Auflage, 2012.

Wiesner, Reinhard: SGB VIII Kinder und Jugendhilfe – Kommentar, 4. Auflage, 2011.

Erklärung der Verfasserin

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.“

Datum

Unterschrift